

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1900 unter Nr. 7071.
 Unter Streifen für Deutschland und
 Österreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Sonntagen.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolon-
 netze oder deren Raum 40 Pfg. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.
 Anzeigenpreis: Band I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.

Mittwoch, den 28. März 1900.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.

Bezugs-Einladung.

Mit dem 1. April eröffnen wir ein neues Abonnement auf den
„Vorwärts“
 mit seinem wöchentlich fünfmal erscheinenden
Unterhaltungsblatt
 und der Sonntags-Beilage
„Die Neue Welt“.

Im Unterhaltungsblatt bringen wir Leo Tolstoj's neuen
 Roman

„Anferkung.“

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expediteure
 sowie unsere Expedition, Brühlstr. 3, Bestellungen entgegen zum
 monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennig frei ins Haus.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Be-
 stellungen zum Preise von

3 Mark 30 Pfennig
für die Monate April, Mai, Juni

entgegen. (Eingetragen ist der „Vorwärts“ in der Post-Zeitungsliste
 unter Nr. 7071.)

Die Redaktion des „Vorwärts“.

Zur Frage der Zwangserziehung.

Das preussische Herrenhaus wird am Mittwoch die
 Beratung über den Gesetzentwurf betr. Zwangserziehung ver-
 wahrloster Kinder und junger Leute aufnehmen. Gegenüber
 den reaktionären Anschauungen, die in jenem Scheinparlament
 über diese Frage zu Tage getreten sind und sicherlich sich jetzt
 wieder hervorwagten werden, dürften einige Bemerkungen
 behufs ernsthafter Lösung derselben wohl am Platze sein.

Zunächst ist die Meinung, als stiehe die Sittenverderbnis
 der Jugend in Zusammenhang mit der viel bejammerten
 Abnahme des religiösen Sinns, völlig irrig. Das beweisen
 die Verhältnisse in Frankreich, wo seit längerem Jahren
 der öffentliche Unterricht konfessionslos ist, überdeutlich.
 Der Religionsunterricht thut's nicht, denn trotz der
 mit Religion gepflanzten und garnierten preussischen Volkss-
 schule hat hier die Zahl der jugendlichen wegen Ver-
 gehen oder Verbrechen Verurteilten nach den vom Minister
 des Innern v. Rheinbaben im Herrenhause mitgeteilten
 Angaben in der Zeit von 1882-1897 von 30 697 auf
 45 327, d. h. um 47,3 Prozent, zugenommen. Es würde
 deshalb auch an dem heutigen traurigen Zustand
 natürlich nichts ändern, wenn man „in erster Linie Kirche
 und Schule zur Besserung dieser Zustände berufen“ hielte und
 den „Respekt vor der Kirche“ und eine noch positivere Pflege
 des Christentums in der Schule als vornehmste Hilfsmittel in
 Anwendung bringen wollte, wie dies im Herrenhause von
 mehreren Seiten empfohlen wurde.

Man vergegenwärtige sich nur einmal ernstlich die eigent-
 lichen Ursachen der zunehmenden Verwahrlosung der Jugend,
 die keineswegs von zweifelhaftem, ideologischem Charakter,
 sondern sehr harter materieller Natur sind und man wird
 über die eigentlich wirksamen Mittel zur Besserung nicht lange
 in unklaren sein. So halte man dicht neben die Zahlen
 über die Zunahme jugendlicher Verbrecher auch die Zahlen
 über die zunehmende unerhörte Ausbeutung der kindlichen
 Arbeitskraft. Man stelle sich sein eigen Kind im zarten Alter
 von oft nur acht Jahren vor, wie es Tag für Tag in die Fabrik
 eilen, oder bis tief in die Nacht Regel aufsetzen, oder in aller Herr-
 gottsfrühe Brot und Zeitungen austragen, oder auf den lebhaftesten
 Straßen hausieren gehen muß, und man frage sich dann, ob
 man unter solchen Umständen trotz bester Erziehungsgrundsätze
 zu verhindern im stande sein würde, daß das Kind auf die
 abschüssige Bahn, sei es der Unfittlichkeit, sei es des Dieb-
 stahls, sei es der Verrohung gerät. Man vergesse auch
 nicht, die Wohnungen der jugendlichen Verbrecher aufzu-
 suchen, so sehr sich auch alle fünf Sinne gegen die
 schaurigen Szenen des Wohnungselends der arbeitenden
 Klasse aufbäumen möchten; gegen die ungläubliche Ueber-
 füllung mit Grob und Klein, mit Mann und Weib, das alles
 durcheinander lebt, schläft, sich wäscht oder nicht wäscht und
 sonstige intimere verrichtungen vornimmt; gegen das trübe
 Licht, das durch enge, schmutzige und geborstene Scheiben auf
 graues Elend fällt; gegen den pestilenzialischen Geruch, der einem
 den Atem benimmt; gegen den neuesten Standal, in dem
 jeder zum Wort kommen will; und man frage sich wieder,
 ob man sich selbst, geschweige sein Kind, unter solchen
 Verhältnissen, in ethischer Unverehrtheit zu erhalten ver-
 möchte.

Wenn man mit dem Kopf schüttelt, so erkläre man sich
 auch bereit, mit der Hilfe hier einzusetzen zu wollen, indem man
 die Frauen- und Kinderarbeit einschränkt bezw. verbietet, um
 dadurch die männliche Arbeitskraft von widerstandslosen
 Lohnbrüdern zu befreien, indem man die Arbeits-
 löhne erhöht, um die Lebenslage der Arbeiterklasse
 zu bessern, indem man die Arbeitszeit verkürzt,

um den jungen und alten Arbeitern Zeit zur inneren Selbst-
 besinnung, zur Fortbildung, zur Pflege des Familienlebens
 zu schaffen, kurz, man unterstütze die Arbeiter-
 schaft in ihrem Bestreben auf Beseitigung
 des auf ihr lastenden Drucks, auf Empor-
 entwicklung zu menschenwürdigem Dasein.
 Die Verwahrlosung der Jugend hängt auf das engste mit
 der socialen Frage zusammen, und wenn man deren Lösung
 auf diese Weise am wirksamsten vorarbeitet, wird man auch
 der Verelendung der Jugend erfolgreich entgegenwirken.

Damit sollen nun freilich keineswegs brauchbare positive
 und direkte Maßnahmen zur Besserung der gefallenen und
 gefährdeten Jugend als überflüssig gekennzeichnet werden.
 Der Staat hat sehr wohl die Mittel in der Hand, der sitti-
 lichen Verwahrlosung der Kinder sowohl vorzubeugen, wie
 hemmend in den Weg zu treten, ganz abgesehen davon, daß
 er auch in oben skizzierter mittelbarer Weise wesentlich mitzu-
 helfen verpflichtet ist. Preußen kennt seit dem Allgemeinen
 Landrecht das Recht des Staats, den Eltern unter Umständen die
 Erziehungsgewalt über ihre Kinder abzunehmen. Ebenso kann
 nach dem Reichsstrafgesetzbuch (§§ 55 u. 56) Ueberweisung eines
 straffälligen Kindes in eine Erziehungsanstalt verfügt werden.
 An sich wird man dem Staat das Recht nicht abprechen
 können, die elterliche Gewalt in bestimmten Fällen zu über-
 nehmen; das wird bei Ganzwaissen und verlassenen
 Kindern ohne jedwede Härte durchzuführen sein, und
 bei Halbwaissen und unehelichen Kindern wird die
 Uebernahme der Erziehung durch den Staat dem
 dazu verpflichteten elterlichen Teil oft genug willkommen
 sein. Weit schwieriger liegt der Fall, wenn beide Eltern
 leben und ihnen wegen sittlicher Verkommenheit, die eine
 ordentliche Erziehung ihrer Kinder durch sie ausschließt,
 die vormundschaftlichen Rechte abgenommen werden sollen.
 Würden derartige Fälle nicht mit den größten Sicherheits-
 maßregeln umgeben, so daß der diskretionären Gewalt der
 betreffenden Behörden kein Spielraum bleibt, so können hier
 die größten Härten platzgreifen. Diese Gefahr liegt in hohem
 Grade bei dem gegenwärtigen preussischen Gesetzentwurf vor,
 da er der Zwangserziehung nach den Bestimmungen des
 Bürgerlichen Gesetzbuchs und des Einführungsgesetzes dazu
 unterwerfen will:

1. Kinder unter 12 Jahren, die eine strafbare Handlung be-
 gangen haben, wegen deren sie strafrechtlich nicht verurteilt werden
 können, wenn das Vormundschaftsgericht die Zwangserziehung
 für zulässig erklärt hat; 2. Minderjährige unter elterlicher Gewalt,
 wenn der Vater oder die Mutter durch Mißbrauch der Er-
 ziehungsgewalt das leibliche oder geistige Wohl des Kindes ge-
 fährdet; 3. Bevormundete nach freiem Ermessen des Vormundschafts-
 gerichtes; 4. Minderjährige überhaupt, wenn die Zwangs-
 erziehung zur Verhütung des völligen sittlichen Verderbens not-
 wendig erscheint.

Die Begriffe „leibliches und geistiges Wohl“, „völliges
 sittliches Verderben“ scheinen uns mit Rücksicht auf die höchst
 wechselnden und verschiedenartigen Ansichten sowohl bei
 einzelnen Menschen wie bei Vormundschaftsrichtern über
 Sittlichkeit, Ehrenhaftigkeit und ähnliche Dinge viel
 zu unbestimmt, zu lauschkartig und dehnbar. Man
 denke an den sehr leicht möglichen Fall, daß
 ein Richter Sittlichkeit für unzertrennlich mit Religion
 hält und deshalb in einen offenen Bekenner des Atheismus
 oder einer offiziös nicht anerkannten Religion einen
 Erzieher sieht, der das „völlige sittliche Verderben“ seiner
 Kinder herbeiführt, weshalb ihm seine Erziehungsgewalt
 genommen werden müsse. Man denke ferner an den
 vorläufig zwar abgewehrten Fall, daß durch ein
 neues erfolgreicheres „Zuchtanstaltsgesetz“ streifende Arbeiter zu
 „ehelosen“ Vätern gemacht werden und sich nach ihrer Ent-
 lassung aus dem Zuchtstube ihrer elterlichen Rechte beraubt
 sehen könnten, da sie das „leibliche oder geistige Wohl ihrer
 Kinder gefährden.“ Gegen derartige und ähnliche Möglich-
 keiten müssen die Eltern völlig geschützt werden.

Eine weitere Forderung, die mit dieser Frage zusammen-
 hängt, ist die der Erhöhung des strafmündigen Alters. Jetzt
 tritt die Strafmündigkeit schon mit dem vollendeten
 12. Lebensjahre ein, eine Grenze, die bereits lebhaften
 Widerspruch auch in juristischen Kreisen gefunden hat.
 Die deutsche Gruppe der internationalen kriminalistischen
 Vereinigung fordert die Ginzuführung der Strafmündigkeits-
 Grenze auf das vollendete 14. Lebensjahr, doch dürfte man
 wohl mindestens noch zwei Jahre weiter gehen. Bei Begehung
 einer strafbaren Handlung vor diesem Alter soll unter
 Umständen auf Zwangserziehung erkannt werden können.
 Dieser Weg wird indes nur Erfolg versprechen, wenn
 der Nachdruck hierbei nicht so sehr auf den „Zwang“ als auf
 die „Erziehung“ gelegt wird. Der Zwang ist das
 Charakteristikum des Gefängnisses, vor dem jedoch die
 Jugendlichen möglichst bewahrt bleiben müssen; denn wenn
 auch auf dem Papier noch so sehr eine Verührung jugend-
 licher Gefangener mit erwachsenen zu vermeiden versucht
 wird, so zeigt die Praxis nur zu häufig ein andres Bild; zu-
 dem erliegt eine noch unangebildete sittliche Wider-
 standskraft nur zu leicht den sonstigen mannigfachen
 Inzponderabilien der Inhaftierung. Führt doch Prof.
 v. List die überraschend hohe Zunahme der „Vorbestrafen“
 von 249 auf 1000 Verurteilte im Jahre 1882 auf 380
 auf 1000 Verurteilte im Jahre 1896, also ein Wachstum
 um 14 Proz., vorzüglich auf Fehler des heutigen Strafen-
 systems zurück, um wie viel mehr werden besonders die

jugendlichen Gefangenen darunter leiden! Deshalb muß es
 sich in der Hauptsache um die „Erziehung“ handeln. Nicht
 darauf darf es ankommen, den jugendlichen Straffälligen eine
 fühlbare Lehre zu erteilen, sondern darum handelt es sich,
 ihn wieder zu einem brauchbaren Mitglied der menschlichen
 Gesellschaft zu machen. In der Mehrzahl der Fälle wird
 dies schon erreicht werden, sobald das betreffende Kind nur
 in reine Verhältnisse gebracht wird, die ihm nicht wie seine
 frühere Umgebung die Neigung zum Unrechtthum gleichsam
 auf dem Präsentierbrett entgegentragen. Jedenfalls
 hat die staatlich überwachte Erziehung weder in
 einer rauhen und harten Behandlung, noch in ein-
 seitiger religiöser Beeinflussung der ihr anvertrauten Jugend
 das Ziel zu erblicken. Hart und rauh sind die straffälligen
 Kinder meistens schon genügend vom Schicksal mitgenommen
 worden, was ihnen aber gerade gefehlt hat, das war warme
 herzliche Liebe, Milde, Freundlichkeit; diese werden wie Sonnen-
 strahlen das verstockte und bereifte Kindergemüth auftauen.
 Mit größter Gewissenhaftigkeit hat ferner der Staat gegen-
 über derartigen ihm völlig überantworteten Kindern religiöse
 Toleranz und Parität zu pflegen.

Das wird aber nur möglich sein, wenn die zu Zwangs-
 erziehung bestimmten Kinder nicht wie heutzutage diesel-
 fach an den Mindestbietenden losgeschlagen werden, der sich
 dazu auch nur bereit gefunden hat, um das Pflegegeld
 zu erhaschen, während ihm die Erziehung des Kindes
 meistens recht gleichgültig ist; oder wenn man
 bei staatlichen Erziehungshäusern nicht aus Gründen der
 Sparamkeit von der Anstellung ausreichender und befähigter
 Pädagogen zu Gunsten beliebiger billigerer Hausväter und
 Verwalter absieht. Mit andern Worten, es darf die Zwangs-
 erziehung nicht als ein lästiges Stück der ohnehin lästigen Armen-
 pflege betrachtet werden, sondern der Staat hat in ihr eine hohe
 sociale Pflicht zu erblicken, für deren Erfüllung er nicht die
 notwendigen Kosten scheuen darf.

Freilich ist damit gerade der wundeste Punkt berührt,
 und wenn man erwägt, daß die Herrenhaus-Kommission
 bereits beschloffen hat, daß in den nächsten Jahren die Zwangs-
 zügelung auch in Landarmen- und Korrigenden-
 anstalten untergebracht werden können, so eröffnet das
 eine amnütige Perspektive auf die endliche gesetzliche Regelung
 dieser Frage. Die könnte man auch in den gegenwärtigen
 Zeitläuften hochgradigsten Plottenparoxysmus nennenswerte
 Aufwendungen für Kulturzwecke erwarten!

Politische Ueberblick.

Berlin, den 26. März.

Der Reichstag

war am Dienstag immerhin etwas stärker besucht, als es in
 den ersten Tagen nach den Heine-Kämpfen der Fall
 war. Auf der Estrade des Bundesrats hatte sich eine
 ganze Reihe von Ministern, Staatssekretären, Bundesrats-
 Bevollmächtigten und Kommissaren niedergelassen.

Die General-Debatte, mit der die diesjährige
 dritte Lesung des Etats begann, war von sehr kurzer
 Dauer. Der Welsch von Schele-Wunstorff brachte die Lage
 der Steinarbeiter in seinem Wahlkreise zur Sprache;
 seine Angaben, soviel man ihnen verstand, waren zum Teil
 durchaus bemerkenswert. Kein anderer Redner wünschte zur
 Generaldiskussion das Wort; so wurde dem gleich nach der
 Rede des Herrn v. Schele in die Specialdiskussion
 eingetreten.

Als erster Titel wurde der Etat des Reichstags vor-
 genommen. Von freisinniger Seite wurde hierzu eine Reso-
 lution eingebracht, welche die Regierung auffordert, end-
 lich mit der Gewährung von Diäten an die
 Reichstagsmitglieder Ernst zu machen. Das Cen-
 trum und die Nationalliberalen ließen durch die Herren
 Wassermanu und Gröber den Abänderungsantrag zu
 dieser Resolution stellen, wonach anstatt „Diäten“ „An-
 wesenheitsgelder“ gesagt werden soll. In dieser Form —
 Herr Gröber verspricht sich von ihr Wunderdinge im Kampfe
 gegen eine etwaige Erneuerung der Obstruktion — gelangte
 die Resolution zur Annahme, nachdem selbst Herr v. Kardorff
 thranenden Auges bekannt habe, daß die Diätenverweigerung
 die gewünschten Dienste gegen die Socialdemokratie nicht
 geleistet habe. Bezeichnend war, daß trotz aller Aufforderungen
 die Regierungsvertreter sich hartnäckig ausschwiegen.

Beim Etat des Reichskanzlers bewies Herr
 Richter aufs neue seine novellistische Begabung,
 die er bereits im ergreifenden Roman von der „Sparagnes“
 und der „Strampelannie“ an den Tag gelegt hat, indem er
 dem Hause eine reizende Geschichte von der alten braven
 Reimachefrau erzählte, welche drei Kanzlern
 ihre treuen Dienste gewidmet hat. Uebrigens scheint die
 kleine Novelle ihren Eindruck nicht verfehlt zu haben; denn
 der Reichskanzler nickte zustimmend zu der Aufforderung,
 der guten Alten eine regelmäßige Unterstützung zukommen zu
 lassen.

Eine sehr lebhafte Debatte entspann sich beim Etat des
 Reichsamts des Innern. Unser Genosse Rosenow
 und der freisinnige Schrader erkundigten sich nach dem
 Zeitpunkt, wo das verprochene Reichs-Wohnungs-
 gesetz das Licht der Welt erblicken werde; Prinz Carolath
 und Richter brachten die Frage des Frauenstudiums zur

Sprache. Graf Posadowsky befolgte die Taktik, die er nach Fabius' Umstator, andre Leute aber nach dem Arshinischer Sandstürme benennen, und sprach von Erwägungen, die in die Wege geleitet worden sind.

Die Herren Baasche und Arendt brachten etwas Abwechslung in die etwas eintönige Unterhaltung: sie spürten einmal wieder das Verlangen, sich an der Socialdemokratie zu reiben. Nach der Behauptung des Dr. Arendt — der nebenbei übrigens wieder sein Stedenpferd Nr. 2, den „Luder-Brief“, mit — soll Genosse Thiele-Halle bei der Reichs-Vergesek-Debatte einem Rausfelder Obersteiger namens Kothe schweres Unrecht gethan haben; St. Baasche, der bisweilen antisemitisch schillert, sucht heute mit wahren Mastabdenmut für die Firma U. & W. Dieselbe hat einen Angestellten entlassen, der sich nachher im Biergarten entleibt hat. Diese Thatsache stellte auch Herr Dr. Baasche nicht in Abrede; aber er behauptete, an die Hinterbliebenen sei eine Pension gewährt worden, und zwar bevor die Reichstagsverhandlungen über diesen Fall bekannt geworden seien. Die Zeitrechnung, die Herr Baasche ins Feld führte, um Bebel „Leichtgläubigkeit“ nachzuweisen, war sehr zweifelhafter Art. Am 10. Februar hat Bebel seine Rede gehalten und am 13. Februar hat Baasche einen Brief von der betreffenden Firma empfangen, worin die Gewährung einer Pension an die Hinterbliebenen des Entlassenen mitgeteilt wird. Abgesehen davon, daß innerhalb dreier Tage eine solche Gewährung sehr wohl erfolgen konnte, ist zu bedenken, daß der Fall bereits wochenlang in den Blättern der verschiedensten Parteirichtungen behandelt worden war, ohne daß die Firma mit „Berichtigungen“ aufzuwarten geruht hätte. Während Bebel Herrn Baasche gründlich abführte, nahm für den abwesenden Thiele Genosse Singer das Wort, der den Versuch, aus einem übrigens noch nicht nachgewiesenen Irrtum Kapital gegen die Glaubwürdigkeit einer ganzen Partei zu schlagen, mit gebührender Schärfe zurückwies.

Nachdem sich noch der Centrums-Abgeordnete Rembold eine lange Rede, der niemand zuhörte, über die Maul- und Klauenfeuche geleiht hatte, wurde die Fortsetzung der dritten Lesung des Etats auf Mittwoch vertagt.

Preussischer Landtag.

Am Dienstag hielten beide Häuser des Landtags Sitzungen ab. Das Herrenhaus, das nach einer Pause von zwei Monaten wieder zusammentrat, genehmigte debattelos und unverändert die Vorlagen betr. die Dienstvergehen der Beamten der Landesversicherungs-Anstalten und betr. Ausdehnung des Gesetzes über die Wasserversorgung auf das Gebiet der Ruhr. Durch Kenntnisnahme erledigte das Haus die Denkschriften über die 1897/98 erfolgten Bauausführungen an denjenigen Wasserstraßen, über deren Regulierung dem Landtage besondere Vorlagen gemacht worden sind, sowie betr. die Ausführung des Gesetzes über die Beförderung deutscher Ansiedlungen in Westpreußen und Posen. Bei Besprechung der letztgenannten Denkschrift hielt Graf Mirbach wieder einmal eine seiner bekannten agrarischen Reden, in der er den Nachweis zu liefern suchte, daß die deutsche Landwirtschaft im Stande sei, den Bedarf an Fleisch selbst zu produzieren. Der Graf hielt es offenbar angebracht, das Fleischbeschau-Gesetz, das dem Reichstag zur Beratung vorliegt, für nötig, die Fleischwucherer scharf zu machen.

Morgen wollen sich die edlen Herren wieder einmal über die Zwangserziehung Minderjähriger unterhalten. Das Abgeordnetenhaus nahm die Sekundärkassen-Vorlage in zweiter Lesung an. Prinzipielle Fragen wurden dabei nicht mehr erörtert.

Für Mittwoch stehen kleinere Vorlagen und Wohlprüfungen auf der Tagesordnung.

Zu der Dunkelkammer.

Wie bei der Beratung des Flottengesetzes von 1898 verlangt auch jetzt die Regierung in der Budgetkommission Geheimhaltung der von ihr als eigentlich entscheidend angesehenen Gründe für die Notwendigkeit einer Flottenvermehrung in dem durch die neue Vorlage vorgesehene Umfang. Es wäre jedoch sehr irtümlich, wenn jemand glauben sollte, daß die tatsächlichen Verhältnisse internationaler Art vorliegen könnten, die zu verhängen eine Forderung politischer Klugheit wäre. Die ausländischen Staaten wissen ganz genau, was sie von unsrer Flottenrüstungen zu halten haben. Ja, sie haben bereits die Folgerung aus unsrer Rüstungsplänen gezogen, indem sie ihrerseits entsprechende und noch größere Rüstungen vorbereitet haben.

Nur einen wirklich berechtigten Anlaß zur Geheimhaltung ihrer Auskünfte können wir der Regierung zubeden, nämlich die Ueberzeugung, daß eine Bekanntgabe ihrer allergeringsten Gründe nur eine allgemeine erklauende Heiterkeit über die Nichtigkeit und Hohlheit des Begründungsmaterials einflößen würde. Darum ist es dem freilich besser, man hält sich in die Schleier der diplomatischen Geheimnisse, man läßt das Volk in Andacht vor dem Unbekannten, vor den in magischen Nebeln unklar drohenden Gefahrenbildern erschauern und trägt ihm in der Hypnose die Flottenmilliarden ab.

Die Frage der Geheimhaltung der Beratungen führte zu einer längeren Debatte in der Kommission. Der konservativ-Abgeordnete Graf Stolberg-Berninger wünscht, daß die gesamte Beratung geheim gehalten werden soll, denn aus den Äußerungen der Abgeordneten ließen sich Rückschlüsse ziehen auf die Angaben der Regierungsbereiter; mindestens verlangt er, daß jeder Abgeordnete das Recht haben solle, die Geheimhaltung seiner eigenen Ausführungen zu verlangen. Diefem Ansinnen widersprechen die Abgeordneten Gröber und Bebel. Dieser erklärte: Die Regierung möge das Recht in Anspruch nehmen, daß ihre Mitteilungen über die Beziehungen Deutschlands zu andern Staaten geheim behandelt werden; im übrigen aber lege er Verantwortung ein gegen jede Geheimhaltung. Wie sollten denn sonst überhaupt die Gegner der Vorlage ihre Gegenstände darlegen? Wir können davon absehen, die Gründe, welche die Regierung aufzählt, ausdrücklich als solche anzuerkennen, aber ihre Bekämpfung muß uns vorbehalten bleiben. Schließlich kam die Kommission auf Vorschlag des Abg. Richter dahin überein, daß in der heutigen Sitzung mit Auskünften von der Regierung verlangt werden sollen, die geheim bleiben, daß dann in der folgenden Sitzung die allgemeine Diskussion ohne Geheimhaltung stattfinden soll.

Die Beratungen der Kommission sollen nach einem Antrag der Centrammitglieder so vor sich gehen, daß eine Generaldebatte und zwei Lesungen stattfinden; die Generaldebatte soll in vier Hauptabschnitte zerfallen, nämlich:

1. Notwendigkeit und Umfang der Flottenvermehrung.
2. Kosten und Beschaffung der Mittel.
3. gesetzliche Festlegung der Vernehmung.
4. Durchführung der Vernehmung.

Ferner haben die Mitglieder des Centrums beantragt, anlässlich dieser Generaldebatte folgende Fragen an die Vertreter der verbündeten Regierungen zu richten:

I. Notwendigkeit und Umfang der Flottenvermehrung.

1. Welche Ereignisse sind seit dem Erlaß des Flottengesetzes vom 10. April 1898 eingetreten, die eine Aenderung desselben notwendig machen?
2. Wie ist das derzeitige Stärkerhältnis der Flotten: a) Deutschlands, Italiens, Oesterreich-Ungarns, b) Russlands und Frankreichs, c) Englands und der Vereinigten Staaten von Nordamerika?
3. Welche Verstärkungen der Flotten dieser Staaten sind zur Zeit bereits bewilligt oder in Aussicht genommen?
4. Welche sind die Stärkerhältnisse der Landarmeen dieser Staaten?
5. Wie sind unsere politischen Beziehungen zu diesen Staaten?
6. Wie weit ist der vorgeschlagene Umfang der Flottenvermehrung begründet mit: a) der Abwehr der Hochseefahrt, b) dem Schutz der Handelsflotte, c) der Verteidigung der vorhandenen Schutzgebiete?
7. Welche Ziele verfolgen die verbündeten Regierungen über vorliegende Aufgaben hinaus mit der geplanten Weltmachtpolitik?

II. Kosten und Beschaffung der Mittel.

8. Welche Steigerung der sonstigen Reimonausgaben ist mit Wahrscheinlichkeit bis zum Jahre 1920 zu erwarten, insbesondere durch Mehrkosten für das Heer, den Pensionsfonds, die Versicherungsgesetze, die Kolonien, Landwirtschaft, Festungsbauten, Uebersee-Handel, Anlagen in Kantonen, maritime Stützpunkte, Kohlenstationen, Afrikaabgaben und Vernehmung der Kolonialtruppen?
9. Sind die verbündeten Regierungen geneigt, die alsbaldige Anlage eines Rüstfabrik-Panzerflotten-Werks zur Herstellung des gesamten Panzermaterials für die deutsche Kriegesflotte auf Rechnung des Reichs in Erwägung zu ziehen?
10. Welche neuen Steuern schlagen die verbündeten Regierungen unter Aufrechterhaltung des im Art. 8 des Gesetzes vom 10. April 1898 festgestellten Grundsatzes zur Deduktion der Kosten der geplanten Flottenvermehrung vor?

III. Gesetzliche Festlegung der Vernehmung.

11. Wie denken sich die verbündeten Regierungen die praktische Durchführung der §§ 1 bis 3 der Novelle unter gleichzeitiger Aufrechterhaltung des § 7 des Gesetzes vom 10. April 1898?
12. Wäre es nicht besser, die Vorschriften des geltenden und des geplanten Flottengesetzes in ein einheitliches Gesetz zusammenzufassen?

IV. Durchführung der Vernehmung.

13. In welcher Weise gedenken die verbündeten Regierungen den Nachteilen zu begegnen, welche aus Verletzung der Flotte für die Landwirtschaft zu befürchten sind?
 14. Sind die verbündeten Regierungen geneigt im Interesse der Landwirtschaft: a) eine Maximalpräsenznummer für Heer und Flotte zusammen berechnet, zu gewährleisten, welche die Zahl der für beide Zwecke anzuziehenden Mannschaften auf ein entsprechendes Maß beschränkt? b) für eine angemessene Erhöhung der Schutzzölle auf landwirtschaftliche Erzeugnisse bei den bevorstehenden Handelsverträgen energisch einzutreten?
- Die Kommission erklärte sich mit diesen Vorarbeiten bezüglich der gesetzlichen Behandlung des Flottengesetzes einverstanden. Es erfolgte eine längere Ansprache der Regierungsbereiter über die Fragen 1—7 des Abschnitts I. Auf verschiedene Anfragen aus der Mitte der Kommission gaben der Staatssekretär des Auswärtigen und der Staatssekretär des Marine-Amts Auskünfte. Hierbei soll gemäß den Beschlüssen der Kommission nichts mitgeteilt werden. So viel aber darf gesagt werden, daß die Centrums-Abgeordneten, soweit sie bisher zu Worte kamen, nämlich die Herren Gröber, Müller-Julda, Prinz Ardenberg, eine Haltung zu den Flottenforderungen einnahmen, die bei den Regierungsbereitern das Gefühl hoher Verehrung erweckt.
- Am Mittwoch wird die Diskussion über die Auskünfte der Regierung stattfinden. Da diese Diskussion der Rechte zugänglich gemacht werden darf, wird sich alsdann zeigen, wie mächtig die Begründung der Vorlage ist, der man durch den Reiz des Geheimnisses erhöhte Bedeutung zu geben sich vergeblich bemüht.

Aus einer Korrespondenz, welche über die Kommissionsberatung berichtet, entnehmen wir noch folgendes:

In der Budgetkommission des Reichstags begann heute die Beratung der Flottenvorlage. Die Regierung ist durch Admiral Tirpitz, Graf Bülow, den Staatssekretär v. Thielmann, die Vertreter Bayerns, Sachsen, der Hansestädte und einen großen Stab von Kommissaren vertreten. Es sind besondere Maßnahmen zur Sicherung der Diskretion getroffen; auch das Vorzimmer zur Kommission, das sonst der Vertreter der Presse offen steht, ist heute nur den Mitgliedern des Reichstags oder Bundesrats zugänglich. Zur Herstellung eines offiziellen Berichtes ist der Geheimne Legationsrat Dr. Hammann in die Kommission entsendet worden. Der Vorsitzende v. Kardorff bringt auf strengste Geheimhaltung der Verhandlungen, besonders der Mitteilungen des Grafen Bülow.

Aus der nicht geheimen Diskussion heben wir das Folgende hervor: Abg. Müller-Julda (C.) tadelte die Art der Agitation für die Flotte, vornehmlich auch den Hinweis auf die notwendige Getreidezufuhr. Abg. Dr. Baasche (nass.) betonte die Notwendigkeit der Auslandsfahrten. In Cochran sei seit achtzehn Jahren kein deutsches Schiff gewesen. Das Erscheinen des kleinen Kreuzers „Geier“ in Mittel- und Südamerika habe sehr wohlthätig gewirkt. Ihre Kaufleute, die in spanisch und portugiesisch redenden Ländern thätig sind, lehren Walter als leistungsfähige Steuerzahler nach Deutschland zurück. Abg. Graf Stolberg (L.) verwahrt sich ausdrücklich gegen die Ausführungen in einzelnen Flottenagitations-Broschüren, welche in letzter Zeit das Land überflutet haben. Auf Anfrage des Abg. Bebel, ob die Nachricht von der Erwerbung deutscher Kolonien in Africa begründet sei, erklärt Staatssekretär Graf Bülow, daß an dieser Nachricht nichts Wahres sei.

Die Psychologie des „Meineids“.

Zum Güstrower Meineidsprozeß schreibt man uns: „Es kommt sehr selten vor, daß Menschen eine Begebenheit so einfach, wie sie sich zugetragen hat, erzählen, ohne daß sie dem Bericht etwas von ihrer persönlichen Auffassung beimischen. Sogar werden sie häufig, wenn sie etwas Neues sehen oder hören, von ihren vorgefaßten Meinungen, wenn sie nicht sehr auf der Hut sind, in einem solchen Grade voreingenommen, daß das, was sie sehen oder erzählen hören, in ihrem Kopfe eine ganz andre Gestalt annimmt; namentlich dann, wenn das betreffende Ereignis die Begriffe des Erzählers oder Zuhörers übersteigt und am meisten, wenn er ein Interesse daran hat, daß sich die Sache auf irgend eine Weise zugetragen hat. Daher kommt es, daß in Chroniken und Geschichtswerken mehr die Ansichten der Verfasser als die eigentlichen Begebenheiten zu Tage treten und daß ein und derselbe Fall, wenn zwei Menschen von verschiedenen Ansichten denselben erzählen, oft so verschieden berichtet wird, daß sie von zweierlei Begebenheiten zu reden scheinen.“

So weit unser Gewährsmann, der die verdeckliche Unvernunft eines so klüchtigen sinnlichen Wahrnehmungen beruhenden Eides — der niemals erzwingen werden sollte — klar beweist. Damit man aber nicht mutmaßt, daß unser Gewährsmann sich seine Psychologie aus Anlaß des Güstrower Falles eigens zurecht gemacht

habe, sei verraten, daß die Betrachtung vor 230 Jahren bereits im Druck erschienen ist, in Epinozas Theologisch-Politischem Traktat.

Gleichwohl sind diese einfachen psychologischen Thatsachen noch heute in unserer Rechtsprechung vollständig unbekannt, und ein in der Nacht verwehender Schall wird zwischen feindlichen Interessenten zum Richter über ein Menschenheißdial gesetzt.

Wem haben wir überhaupt staatliche Prüfungen, wenn richterliche Beamte nicht einmal die bekanntesten Gesetze der Erfahrungs-Psychologie kennen. Ein Urteil ohne solche Kenntnis gleicht dem Verfahren eines Arztes, der vom Bau und den Funktionen des menschlichen Leibes nichts weiß. Man wende nicht ein, daß ja Laien, in Klassenmeinungen befangene Geschworne das Güstrower Urteil gefällt haben. Ein juristisch gebildeter Staatsanwalt hat die Anklage begründet und gelehrte Richter haben von ihrem Recht nicht Gebrauch gemacht, den Spruch der Geschwornen aufzuheben, weil sie sich zum Nachteil des Angeklagten geirrt hätten. Darum trifft die Verantwortung für das furchtbar irrende Urteil ebenso schwer und schwerer die gelehrten Richter.

Zum Güstrower Meineidsprozeß.

Sie wir hören, hat der in 3 Jahren Zuchthaus verurteilte Holt auf die Einleitung der Revision verzichtet geleistet, da er nicht vergebens noch mehrere Monate in Untersuchung bleiben und seine Leidenszeit unnötig verlängern wollte. Dagegen wird von ihm jedenfalls die Wiederannahme des Verfahrens betrieben werden.

Wir werden morgen in der Lage sein, bisher noch unbekannt, die Güstrower Gerichtsverhandlung charakteristisch beleuchtende Vorgänge mitzuteilen.

Mittlerweile beschäftigt sich die Güstrower Staatsanwaltschaft damit, die Kritik ihres Verhaltens und des Verhaltens des Gerichtshofs unter Beschlagnahme zu legen. Wir erhalten aus Rostock die Mitteilung, daß zwei Nummern der dortigen „Medlenburgischen Volkszeitung“, die sich mit dem Güstrower Prozeß befaßten, auf Anordnung der Güstrower Staatsanwaltschaft konfiszirt worden sind. Dies beweist jedoch nichts für den Rechtspruch des Güstrower Schwurgerichts, aber viel für die Vernunft der medlenburgischen Justiz, unter deren Augen die unangenehme Socialdemokratie immer härter herangewachsen ist.

Wir können heute mehrere bemerkenswerte Äußerungen der bürgerlichen Presse zu dem Güstrower Justizdrama wiedergeben. Die „Berliner Zeitung“ schreibt:

„In der medlenburgischen Stadt Güstrow hat sich diese Tage ein Justizdrama abgepielt, das seinen ganzen Verlauf nach ein Seitenstück bildet zum Essener Meineidsprozeß, nur daß in diesem Falle die Verurteilung noch weit weniger begreiflich erscheint, die Thatsache eines Heißwurdes noch weit härter zu Tage tritt und darum um so erschütternder auf jeden mitschlagenden Denker wirken muß.“

Wir verlieren einwurzeln sein Wort weiter über dieses Trauerspiel. Möge zunächst die Thatsache für sich wirken. Sie wird vermuthlich weit mehr Leute nachdenklich stimmen, als den medlenburgischen Ankläger und Richter lieb sein dürfte.“

„Nach die „Volks-Zeitung“ begleitet die Schilderung des Thatbestandes mit folgender Besprechung:

„Nach Lage der Sache ist anzunehmen, daß hier wieder einmal ein verhängnisvoller Justizirrtum vorgekommen ist, unter dem ein ehrenwerter Mann in furchtbarer Weise zu leiden hat. Die Geschwornen scheinen von dem unheiligen Gedanken geleitet worden zu sein, daß ein unbescholtener, ehrenhafter Anhänger der Socialdemokratie sich aus Parteirücksichten so weit hinsetzen lassen würde, die schwerste Bestrafung zu riskieren, nur um einen Parteigenossen vor einer Geldstrafe zu retten. Es gehört zu einer solchen Annahme bei Männern, die im Namen des Volks das Recht zu ermitteln und zu vertreten haben, eine derartige Verleumdung nicht nur des Weisens der Socialdemokratie im allgemeinen, sondern auch aller psychologischen Momente im Leben des einzelnen, daß es unmöglich ist, zur Bezeichnung dieses politischen und psychologischen Mißgriffs die richtigen Worte zu finden. Der Fall Holt wirkt erschütternd im Hinblick auf den bemitleidenswerten Verurteilten nicht minder als, losgelöst von dem persönlichen Moment, erschütternd im Hinblick auf die allgemeine rechtliche Seite der Sache. Was in dem Essener und Güstrower Fall dem einen wie dem andern Angeklagten passiert ist, kann jedem andern Menschen passieren, der zufällig Zeuge irgend eines Standaals ist und darüber vernommen wird. Welche ihm, wenn er andre Eindrücke gewinnt, oder wenn in seinem Erinnerungsbildern andre Eindrücke haften, als sie in der Vorlesung von zufällig in der Nähe befindlichen Polizeibeamten latent geblieben sind? Die Geschwornen in Güstrow haben anscheinend übersehen, daß auch Polizeibeamte schwebende Menschen sind, deren Schlüsse nicht immer unschwer bindend zu sein brauchen. Oder haben die Geschwornen, die den Angeklagten Holt schuldig gesprochen haben, erlaubt, Polizeibeamte seien gegen die Unrichtigkeit aller Schlussfolgerungen aus ihren subjektiven Wahrnehmungen schiedensderrings gefest? Wie dem auch sei, tief ergriffen und zu den schwerlichsten Gedanken über die Wirksamkeit politischer Vorurteile veranlaßt, stehen wir dem Güstrower Fall gegenüber. Möge es im Interesse der Rechtspflege Mittel und Wege geben, den Fall Holt vor einem andern Forum zu nochmaliger Verhandlung zu bringen, damit der Verurteilte vor Geschworne gestellt werde, die politische Erwägungen, die mit der Angelegenheit nichts zu thun haben, vollständig ausschließend, freieren psychologischen Erwägungen zugänglich sind, als sie bei der Sandkammerkonstruktion im vorliegenden Falle maßgebend gewesen zu sein scheinen.“

Deutsches Reich.

Flottenbetriebs.

Die „grüßliche Flotte“ bereitet den Agrariern argenummer. Die Deutsche Tageszeitung hat keinen zehnjährigen Wunsch, als daß dieser Ketch erst an ihr vorübergegangen sein möge. Sie schreibt heute über Flottenvorlage und Reichstags-Auflösung gegen die Heißwurde der Flottenbewegung:

Die Budgetkommission des Reichstags hat heute die allgemeine Vorberatung des Flottengesetzes begonnen. Obwohl die Stimmung in vielen Kreisen des Reichstags für das Wesen ungünstiger geworden ist, giebt man sich doch der Hoffnung hin, daß die Angelegenheit in befriedigender Weise erledigt werden könnte, freilich nur unter der Voraussetzung, daß eine verständige Regelung der Bedungsfrage gefunden und das jährliche Bewilligungsrecht des Reichstags unbedingt gesichert werde. Sollten sich diese beiden Voraussetzungen nicht erfüllen lassen, so wird nach menschlichem Ermessen eine Mehrheit für die Vorlage kaum zu erlangen sein. Man glaubt nun vielfach, daß in diesem Falle der Reichstag der Auflösung verfallen werde. Wir nehmen das nicht an, welches so klar auf der Hand liegt, daß durch Neuwahlen ein flottenfeindlicher Reichstag nicht geschaffen werden kann. Daß die Socialdemokratie bei Neuwahlen in diesem Jahre ihren Bestand nicht nur behaupten, sondern verstärken werde, wird sich jeder eingetragenen Kunde selbst sagen müssen. Es liegt außerdem die Gefahr recht nahe, daß auch in vielen ländlichen Kreisen flottenfeindliche Abgeordnete durch Gegner der Flotte ersetzt werden könnten. Das alles werden sich die verbündeten Regierungen selbst sagen müssen. Deshalb gebietet ihnen die ruhige Ueberlegung, auf dieses letzte Mittel zu

verzicht und darauf bedacht zu sein, daß das Flottengesetz in diesem Reichstag eine Mehrheit finde. Die Heereskommission der Flottenbewegung lassen zwar keinen Tag vorübergehen, ohne die Regierung aufzufordern, mit diesem elenden Reichstag ein kräftig Wortlein zu reden, wir glauben aber, daß alle diese Aufforderungen keine Beachtung finden werden. **Zu einem ausichtsreichen Appell an die Wählerschaft fehlt jede Voraussetzung.**

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat gute Kenntnis von der Stimmung auf dem Lande. Sie hat darum wahre Heidenangst vor einer Neuwahl des Reichstags, welche mit den Agrariern, die für Handels- und Exportförderung vermittelt Flotte eintreten, lustigen Segras machen würde. So erleben wir das heitere Schauspiel, daß die Agrarier der „D. T.“ für die möglichst glatte Annahme der Flottenvorlage eintreten, weil ihre Wähler nichts von dieser Vorlage wissen wollen.

Rebriegen sind von diesen Beschlüssen nicht nur die ostelbischen Agrarier heimgesucht. Auch im Centrum fürchtet man sich vor einer Reichstagsauflösung; und nicht etwa deshalb, weil die Flottenbegeisterung im Volke die Centrumsmandate gefährden könnte, sondern umgekehrt, weil die Centrumswähler die Flottenmeinungen der Centrumsabgeordneten zu bestrafen drohen.

Es befindet sich von Tag zu Tag deutlicher, daß die angebliche Flottenfreundlichkeit des deutschen Volks nur in dem Geklam der Profitjäger und Kämmerer eine Scheinexistenz hatte.

Die Galafotte. Wozu wir eigentlich die große Flotte brauchen, das erzählt mit verblüffender Offenheit ein Konstantinopler Brief des „Berl. Tagebl.“. Weils nämlich hübsch aussieht, viele Schiffe zu haben. So denkt man nach dem „Berl. Tagebl.“ in Konstantinopel:

„Auch wir besitzen hier einen „Flottenverein“; seit Jahresfrist bestehend, zählt er schon weit über hundert Mitglieder. Wenn irgendwo, so fühlen wir Deutsche hier am Vesporn die Notwendigkeit einer Flottenvermehrung, haben wir doch tagtäglich den aktuellen Beweis unserer maritimen Unzulänglichkeit vor Augen; die kleine schwache, wenn auch recht schmutzige „Vorel“, während die andern Großmächte je zwei bedeutend stärkere Stationäre besitzen — ja, wir haben schon seit Monaten überhaupt kein Stationschiff, da „Vorel“ in italienischen Gewässern weilt. Wenn wir ein stärkeres und moderneres Schiff — oder zwei — am Vesporn zu sehen wünschen, so ist es nicht aus Furcht vor etwaigen Ereignissen hier, die uns den Saug eines Stationsars wünschenswert erscheinen lassen würden, nein, dies Mißtrauensvotum den Herren des Landes gegenüber liegt uns fern; vielmehr fordern wir eine des Vaterlands würdige Verrechnung hier, wie sie die andern Mächte besitzen, **aus nationalem Ehrgeiz!** Und daran sind wir Anhänger einer Vergrößerung unserer Seestreitmacht.“

Das heißt endlich einmal das große Geheimnis der Flottenfehlsucht deutlich ausdrücken. Abgesehen von den realen Interessen der Marinelieferanten, wünscht man eine Flotte, weil die das ganze Land zieht. Wir wollen eine Renommier- und Impontierflotte. Jeder Winkel der Welt, wo ein paar Deutsche haften, will in seiner Nähe „aus nationalem Ehrgeiz“ ein paar schmutzige Galafotten haben. Man übersteht bei dieser leeren Propaganda nur, daß man auch bei einer Vergrößerung der Flotte nicht auf allen Meeren Repräsentationsposten aufstellen kann. Das ist ein unnötiger Luxus. Und außerdem sollten die biederen Deutschen im Ausland, die mit diesem „nationalen“ Karren Ehrgeiz behaftet sind, sich die schneidigen „schwimmenden Fensterpromenaden“, nach denen sie schmachten, selber bezahlen.

Die besten Flottenpatrioten. Aus Saarbrücken schreibt man der „Germania“:

Die Flottenagitation gewisser Geschichtswissenschaftler und ihrer Blätter ist in den letzten Wochen durch mancherlei Mitteilungen über die Verdienste bei der Kanzerfabrikation in ein recht eigenartiges Licht getreten, und ein Versuch, die Mitteilungen zu widerlegen, ist nicht gemacht worden. Nur in Sachen Stumm und Dillinger Hütte hat die „Post“ versucht, die Sache dadurch abzuwachen, daß sie behauptete, Stumm sei lediglich nur Aktionär der Hütte und nicht einmal Mitglied des Aufsichtsrats. Eingeweihte Kreise haben mit Nachdruck die Behauptung geleugnet, da Stumm Lonanger der ganzen Unternehmung ist. Neuestens bezeichnet nun die „Post“ es als Lüge, daß Stumm wegen Nichtfabrikation von Rießelschiff durch große Summen von Anrup abgefunden worden sei. Wir können zwar nicht feststellen, welche von den Behauptungen recht hat. Vielleicht wird aber die von der „Post“ als „Lüge“ gekennzeichnete Behauptung durch die Thatsache in der Erörterung einen Schritt weiter gefördert, daß das Stummische Kennzeichen Wert dem Dillinger Hüttenwerk jährlich 20000 M. Abfindung zahlt, damit es nicht auch Eisenbahnschienen fabriziere. Oder hat die Post die Stimm, auch das als Lüge zu bezeichnen? Dann noch ein anderer Gesichtspunkt zur Beurteilung der Flottenfrage. Ein Teil der Dillinger Aktionäre gehört dem Ausland an. Es sind Franzosen, einige wohnen in Paris, und so wandert ein Teil der Flottenmillionen nach Frankreich. Sollen unsere Steuerzahler aber die Taschen französischer Millionäre füllen?

So fragt denn wohl die „Germania“, deren Partei sich eben anschaut, die Taschen französischer Kapitalisten zu füllen.

Ungelungen-Patriotismus. Für die Flotte wird namentlich auf den Spezialitätenbahnen lauter agitiert. So sucht in einem großen Varietetheater zu Hannover der Besitzer auf die Weise seine Notwendigkeit der Flotte zu beweisen, daß er durch zehn lotummierte Madonnen (Matrosen) jede mit einer langen deutschen Reichsfahne in der Hand, Länze aufzuführen und Lieder singen läßt. Damit nicht genug, muß ein Matrose sogar eine eingepaukte politische Rede halten, die mit einem Hurra auf die deutsche Flotte schließt.

Danach wird die Heilige-Mehrheit sich wohl von dem bildenden Wert der Ungelungen-Patrioten überzeugen. Man reitet nicht nur à la Vona Parrison unglücklich auf einem Schimmel, sondern auch hochnational auf der deutschen Flotte.

Zweiterlei Maß. Aus Straßburg i. E. schreibt man uns: Eine gewaltige Angst vor den Argumenten der Flottengegner und der Wirkung ihrer Demonstrationen versammeln sich die reichsständische Diktaturregierung zu haben. Während allerorts im Lande ihre Beamten Flottenvereine ins Leben rufen und marinesfreundliche Vorträge arrangieren, schließlich sie der Opposition gegen die neuen Milliardenforderungen einfach den Mund, indem sie alle Versammlungen, in welchen Flottengegner zum Worte kommen sollen, von vornherein rundweg verbietet. In hiesiger Stadt hatte der nichts weniger als liberal gesinnte Gemeinderat einen früheren Beschluß, kein städtisches Lokal zu Versammlungen politischen Charakters herzugeben, auf Antrag seiner sozialistischen Mitglieder kürzlich dahin modifiziert, daß Vorträge über politische Angelegenheiten, sofern sich daran keine Diskussion anschließen, von jenem Beschluß nicht betroffen werden sollten. Man hätte sich zu diesem Zugeständnis genötigt, nachdem vor einigen Wochen den Flottengegnerinnen der Landeshauptstadt ein städtisches Lokal zu einem Vortrag des Berliner Professors Schmoller zur Verfügung gestellt worden war. Am verkoffenen Sonntag sollte nun Genosse Dr. Duard aus Frankfurt a. M. in demselben Lokal vor einer Vollversammlung den Standpunkt der sozialistischen Flottengegner präzisieren. Tags zuvor traf jedoch vom Bezirkspräsidium der Weichsel ein, daß der geplanten Versammlung die erforderliche Genehmigung versagt worden sei. So war die erste öffentliche Demonstration gegen den neuen Flottengesetz-Entwurf, welche das Reichsland gesehen hätte, durch behördlichen Nachdruck unterdrückt. Trotz alledem leben wir im Lande der besten Rechtsgarantien und erkennen uns einer Regierung, „so milde, wie wir sie seit 300 Jahren nicht gehabt haben“.

Satz und Liebe. Die „Deutsche Tageszeitung“ des Bundes der Landwirte benutzt fortwährend den alten Fürsten Hohenlohe zur Zielscheibe ihrer giftigsten Pfeile. Sie erklärt ihm bündig, daß die Hoffnungen der deutschen Landwirtschaft nicht auf den Herrn Reichskanzler gerichtet sind.

Dagegen schwärmt das Blatt für den Grafen Posadowsky und den Herrn v. Miquel, obwohl es doch erst vor ein paar Monaten erklärt hat, die deutsche Landwirtschaft habe dem preussischen Finanzminister nie getraut. Jetzt aber beteuert das bündlerische Organ:

„Durch den Rücktritt beider würde die Vertrauenslosigkeit und Verbitterung der landwirtschaftlichen Kreise einen noch wesentlich höheren Grad erreichen. Ob man das will, lassen wir zunächst dahingestellt. Was aber das anlangt, daß einzelne Reichsämter unter dem Fürsten Hohenlohe eine größere Selbstständigkeit und Initiative behauptet haben als früher, so ist das gewiß richtig, aber so selbstverständlich wie nur irgend möglich und betrifft viel weniger das Reichsamt des Innern als die übrigen Reichsämter. Wie sollte es auch anders sein, wenn Sr. Majestät der Kaiser beispielsweise täglich mit dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, aber höchst selten mit dem Reichskanzler verhandelt?“

Vor dem verhassten Hohenlohe flüchten sich die Agrarier vertrauensvoll in die in reichlichen Liebesbeweisen erprobten Arme der Miquel und Posadowsky.

Die Leutenot. In der Konferenz zur Abhilfe der Leutenot hat der „Germania“ zufolge sich über das Vorhandensein des Arbeitermangels im allgemeinen und die belagerten Wirkungen desselben nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch die Industrie allgemeine Uebereinstimmung herausgestellt. Die Regierung verfolgt den Zweck, durch den gegenseitigen Meinungsaustausch besser informiert zu werden. Zur Klärung der Angelegenheit ist eine Unterkommision eingesetzt worden.

Die allgemeine Uebereinstimmung erklärt sich daraus, daß die Minister nur mit Agrariern konferiert haben.

Ein unästhetischer Schriftsteller ist für die „Kreuz-Zeitung“ Zola:

„Man braucht sich nur in der ersten besten Leihbibliothek umzusehen, und man wird auf eine Fülle der unästhetischer Erzeugnisse stoßen, die ganz ungehindert ausgegeben werden. Um nur ein Beispiel anzuführen, kann man die bis vor einiger Zeit verbotenen (?) Uebersetzungen sämtlicher Zola'schen Romane überall angesetzt sehen.“

Der gewaltige Anführer der Unästhetik, einer, wenn nicht der größte Romanautor unserer Zeit, fällt also nach der „Kreuz-Zeitung“ unter die lex Heinze!

Ein aufkläreres Geständnis.

Die Konserbativen des Abgeordnetenhauses beabsichtigen, die preussische Staatsregierung wegen der Behandlung des Reichsbeschau-Gesetzes im Reichstage zu interpellieren. — Liners' Wissen, sagt die „Freis. Ztg.“, ist es ohne Beispiel, daß zwischen der zweiten und dritten Beratung im Reichstag derart in einem Partikular-Landtag eine Einwirkung versucht wird auf diejenige Regierung, welche zugleich für das Reich in Preußen fungiert.

Wahlkreis-Geometrie.

Der preussische Minister des Innern, Herr v. Rheinbaben, hat in der kurzen Zeit, seitdem er im Amte ist, dem Abgeordnetenhause eine ganze Reihe von Gesetzesentwürfen unterbreitet, die sich auf die Erweiterung gewisser Stadtkreise beziehen. Anscheinend haben alle diese Vorlagen nur lokale Bedeutung, thatsächlich jedoch handelt es sich bei den meisten derselben um eine Vergrößerung des Wahlrechts der Städte zu Gunsten desjenigen des platten Landes. Dies Streben tritt besonders deutlich zu Tage bei dem neuesten Gesetzesentwurf, durch den die Stadtgemeinde Grabow sowie die Landgemeinden Bredow und Namitz der Stadtgemeinde und dem Stadtkreise Stettin einverleibt werden sollen. Zugleich scheiden mit dem Zeitpunkt ihrer Einverleibung die drei genannten Gemeinden aus dem zweiten, die Kreise Randow und Greifenhagen umfassenden Wahlbezirk des Regierungsbezirks Stettin aus und treten dem aus dem Stadtkreise Stettin gebildeten, dritten Wahlbezirk dieses Regierungsbezirks hinzu. Trotzdem Stettin durch die Einverleibung um mehr als 30000 Seelen zunimmt, soll es doch in Zukunft nur durch einen Abgeordneten im Landtag vertreten sein, während der Kreis Randow-Greifenhagen nach wie vor zwei Vertreter in den Landtag entsenden darf. Daß Randow-Greifenhagen stets konservativ, Stettin aber freisinnig wählt, ist natürlich nur eine zufällige Begleiterscheinung.

Ganz ähnlich liegt es mit Frankfurt a. M. Hier scheiden mit dem 1. April 1900 die Landgemeinden Oberrad, Niederrad und Endbach aus dem Landkreise Frankfurt a. M. aus, um mit der Stadt vereinigt zu werden. Gleichzeitig scheiden sie aus dem zweiten Wahlbezirk des Regierungsbezirks Wiesbaden (Oberamtswalden und Landkreis Frankfurt a. M.) aus und treten dem 11. Wahlbezirk (Stadtkreis Frankfurt a. M.) hinzu. Dadurch wird der Einfluß des jehnten, augenblicklich nationalliberal vertretenen Wahlkreises des Regierungsbezirks Wiesbaden zu Gunsten des freisinnig resp. demokratisch vertretenen ersten Wahlkreises beträchtlich erhöht.

Auch in Posen wird in ähnlicher Weise Wahlkreis-Geometrie getrieben, indem hier durch den Gesetzesentwurf betreffend die Aenderung des Stadtkreises Posen, der erste Wahlkreis des Regierungsbezirks Posen, vertreten durch einen Freisinnigen, an Seelenzahl zunimmt, ohne daß ihm eine größere Vertretung im Landtag einräumt wird.

Bei den beiden letzten Vorlagen, die sich auf die Entwicklung der Stadtkreise Kienburg bezug. Halle a. S. beziehen, ist eine Wahlkreis-Geometrie nicht möglich gewesen, da die Gemeinden, die einverleibt werden sollen, schon jetzt mit den Städten zusammen einen einheitlichen Wahlbezirk bilden. Inmitten aber hat die Oeffentlichkeit ein großes Interesse daran, diese scheinbar lokalen Gesetzesentwürfe auf ihre Beeinträchtigung des Wahlrechts sorgfältig zu prüfen. Dabei stellt sich heraus, daß das Streben des Ministers planmäßig darauf gerichtet ist, die schon jetzt ungerechte Vertretung der großen Städte noch ungerechter zu gestalten und den Einfluß des platten Landes zu organisieren. Auf diese Weise wird künstlich eine reaktionäre „Volksvertretung“ geschaffen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Budapest, 27. März. Das Abgeordnetenhause erledigte den gesamten Staatsvoranschlag für das Jahr 1900 nach einer dreifach aufgenommenen Rede des Finanzministers v. Lulacs, welcher sodann dem Hause das Budgetgesetz vorlegte.

Schweizerische Militärausgaben. Bern, 27. März. Der Nationalrat bewilligte dem Bundesrat einen Kredit im Betrage von 300000 Franc zur Fortsetzung von Versuchen in der Neubewaffnung der Artillerie; es soll behufs Vergleichs mit der bereits bestehenden Krupp'schen Versuchsbatterie eine zweite Batterie — belgisches System Coquerill-Kordensfeld — angeschafft werden.

Schweiz.

Der neue Sieg des Kabinetts Walde-Rouffan ist zum großen Teil dem Uebereifer des Herrn Ribot aufs Konto zu schreiben, der zu frühzeitig seine Karten aufdeckte, indem er ganz offen alle seine Absicht aussprach, das Kabinett zu stürzen. Dies brachte wieder eine große Mehrheit auf die Seite des Kabinetts, während anfänglich auch Socialisten gegen dasselbe gestimmt hatten. Nun, nach der Niederlage der Melinisten und Konfession werfen die nationalistischen Blätter Ribot undankbar seinen Eifer

vor und verbitten sich für den nächsten Kampftag seine rednerische Unterstärkung.

Dieser Kampftag steht nahe bevor. Die Melinisten bereiten nämlich eine neue Erörterung der **allgemeinen Politik des Kabinetts** vor; sie wollen Walde-Rouffan keine Ruhe lassen und rechnen darauf, daß ihre unerwünscht wiederholten Angriffe schließlich demnach zum Siege führen werden.

Ein solcher Sieg wäre übrigens jetzt fürs erste sehr unwahrscheinlich. Denn wie man heute aus Paris telegraphiert, wird die **Welt-Ausstellung** schon am 14. April eröffnet. Und wenn das Ministerium die Eröffnung erlebt, so wird es nach allgemeiner Annahme den ganzen Sommer am Ruder bleiben, da während des Ausstellungsommers aus geschäftlichen Gründen keine politische Krise herbeigeführt werden dürfte.

Paris, 27. März. Mehreren Blättern zufolge hat der Generalstab-Chef der Marine Caillaud infolge von Meinungsverschiedenheiten mit dem Marineminister Lanessan die Absicht ausgesprochen, seine Entlassung zu nehmen.

Belgien.

Brüssel, 27. März. Im Senate erklärt Keesen bei Erörterung des Budgets für das Auswärtige, die **Haager Friedens-Konferenz sei miflungen**, da ihr, und zwar um ein wenig Gold, ein Krieg gefolgt sei, der zahlreiche Opfer an Menschenleben erfordere. Da der Bestand Belgiens auf der Aufrichtigkeit der Verträge beruhe, sei es von Wichtigkeit, daß das Recht der Schwachen geschützt werde und daß Gewalt nicht vor Recht gebe. Der Minister des Innern, de Favereau, erwidert, die Haager Akte werde in internationaler Beziehung erst bestehen, nachdem alle Ratifikationen ausgetauscht seien. Das Werk bezeichne einen bedeutenden Schritt auf dem Wege friedlicher Lösung der internationalen Streitigkeiten. Montefiore erhebt Einspruch gegen die von der belgischen Presse wider England gerichteten Angriffe. Der Minister stimmt dem bei und giebt seinem Bedauern Ausdruck, daß die Presse vergesse, was England für Belgien gethan habe, das jenem tiefe Erkenntlichkeit schulde. Zu einer Sympathieäußerung des Senatsvorsitzenden Picard für die Voren-Republikaner bemerkt der Minister, Regierung und Parlament hätten über fremde Streitigkeiten keine Ansicht zu äußern.

Italien.

Rom, 27. März. Deputiertenkammer. Das Haus nimmt nach Beratung einiger unregelmäßiger Gegenstände die Erörterung des Antrags Cambray-Digui wieder auf. Der Präsident legt auf Grund der Geschäftsordnung dar, daß sein (des Präsidenten) Verhalten am Sonabend vollkommen rechtmäßig und das Verhalten der äußersten Linken rechtswidrig gewesen sei. „Ich weiß“, sagt der Präsident noch, ehe er Sentur das Wort erteilt, daß der Abgeordnete Pantano heute wie Sonabend die Absicht hat zu sprechen. Ich habe nach der Geschäftsordnung nicht die Macht, ihn zum Schweigen zu bringen, noch auch ihn aus dem Hause zu weisen. Ich würde daher die Sitzung aufheben müssen und die Verantwortung dafür dem Abg. Pantano zu überlassen haben.“ (Lebh. Beifall; Unruhe; Widerspruch auf der äußersten Linken.) Pantano protestiert gegen die Worte des Präsidenten und erklärt, es sei dies das erste Mal, daß im italienischen Parlament der Präsident die Rechte der Minderheit verletze, anstatt dieselben zu schützen. (Beifall auf der äußersten Linken; Lärm.) Redner sagt, zugleich im Namen seiner politischen Freunde, hinzu, daß sie sich einer derartigen **Vergeßlichkeit** mit allen Mitteln widersetzen würden. (Beifall auf der äußersten Linken; großer Lärm im Centrum und auf der Rechten.) Der Präsident erteilt sodann Sentur das Wort; Pantano legt jedoch seine am Sonabend unterbrochene Rede fort, worauf der Präsident die Sitzung **aufhebt**. (Großer Lärm und Widerspruch auf der äußersten Linken.)

Asien.

Der Kampf gegen die Reformen wird in China nicht aufgegeben. „Daily Mail“ meldet aus Shanghai: Die Kaiserin-Witwe hat die chinesischen Kreuzer „Hai-tien“ und „Hai-hou“ angewiesen, nach den Straits Settlements zu gehen und dort zusammen mit einigen dort hin entsandten Leuten den Versuch zu machen, Kang-hu-wei und andre dort befindliche Reformen **lebend oder tot** in ihre Gewalt zu bekommen. Die Kaiserin-Witwe glaube, daß es den Kreuzern, die in der Stunde 24 Knoten zurücklegen, möglich sein werde, britischen Kriegsschiffen zu entkommen.

Wenn die englischen Behörden von der Absicht der chinesischen Regierung, wie es nach der Meldung der „Daily Mail“ den Kaschin hat, unterrichtet sind, werden sie zweifellos rechtzeitige Vorkehrungen treffen, diese Absicht zu vereiteln.

Peking, 27. März. Die Bewegung unter den Anhängern des „Boxers“ benannten Geheimbunds im Norden nimmt einen beunruhigenden Umfang an. Nach hier eingegangenen Nachrichten hat zwischen den „Boxers“ und den kaiserlichen Truppen bei Jen-Chiu in der Provinz Schjili ein ernstes Gefecht stattgefunden. Beide Teile waren ungefähr 1500 Mann stark. Die Verluste sollen schwer gewesen sein, der Kampf blieb unentschieden.

Partei-Nachrichten.

Gemeindevahlen. Socialdemokratische Gemeinderäte wurden nach den heute vorliegenden Nachrichten gewählt in Kietleben, Passendorf und Dolau je einer und ebenso einer in Langenöls bei Liegnitz.

Eine Konferenz socialdemokratischer Gemeindevertreter tagte am Sonntag in Kappel bei Chemnitz. Es waren 90 delegierte Gemeinderatsmitglieder aus 74 sächsischen Orten anwesend. Die Hauptaufgabe der Konferenz war die Schaffung eines Gemeindevahl-Programms für Sachsen. Diese Aufgabe wurde erfüllt. Das Programm zerfällt in einen einleitenden theoretischen Teil — der in einer auf Wunsch des Centralcomitees vom Genossen Kautsky gegebenen Fassung beschlossen wurde — und in bestimmte Forderungen an den Staat und an die Gemeinde. Es wird gefordert: Vollige Selbstverwaltung der Gemeinde, allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht für alle mündigen Einwohner ohne Unterschied des Geschlechts, unter Anwendung des Proportionalsystems. Dessenartige Unterstellungen dürfen von Wahlrecht nicht ausgeschlossen. Abschaffung der getrennten Kollegien, Immunität und Diäten für die Gemeinderatsmitglieder, Weltlichkeit und Einheitlichkeit der Schule. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel. Uebernahme der Kosten für Schul-, Armen- und Gesundheitswesen und für den Bau und den Unterhalt der großen Verkehrs- und Durchgangsstraßen, sowie Regulierung der Wasserläufe durch den Staat; Abschaffung aller Aufwendungen aus Gemeindegeldern zu kirchlichen und religiösen Zwecken; Uebergabe der Sicherheitspolizei in die Verwaltung der Gemeinde; Ausdehnung des Expropriationsrechts der Gemeinde.

Von den Gemeinden wird gefordert: Gemeindevahl an einem gelegentlichen Ruhetage, öffentliche Wahlhandlung, öffentliche Gemeinderats-Sitzungen, direkte Steuer nach steigenden Sätzen als einzige Steuer. Schulräte, Schulkantinen zu unentgeltlicher Verfügung der Schulkinder, Schulbäder, Gergelste Kranke- und öffentliche Gesundheitspflege, Gemeinde-Apotheken, unentgeltliche ärztliche Hilfeleistung und Heilmittel, unentgeltliche Beerdiung, Versorgungshäuser für dauernd Bedürftige, Gemeinnützige Wohnungspolitik, Gemeindegeld für Beleuchtung, Wasserversorgung, Straßenbauten usw. Dieferanten und Unternehmer für die Gemeinde sind auf die Erfüllung der Gemeindevahlbedingungen zu verpflichten. Unständliche Arbeitszeit und Koalitionsfreiheit für Gemeindegeldarbeiter, Gewerbergerichte, Einrichtungen, die es der Masse der Bevölkerung ermöglichen, ihre länglichen Ruhestunden geistiger und körperlicher Entladung zu widmen — Volks-Bibliothek, Volkshallen, Volks-Hochschulen, Volkshäuser, Volkstheater, Parks, Amusements- und Turnplätze. Dagegen Verweigerung aller Unterstützungen aus Gemeindegeldern für byzantinischen Pöbel und aristokratische oder geschäftsmäßig betriebene Sports. Bildung von Gemeindevorständen zur Durchführung dieser Forderungen.

Der Entwurf wurde nach gründlicher Diskussion und Einzelabstimmung in der Gesamtabstimmung einstimmig angenommen.

Der Wahlkreis Offenbach-Dieburg hielt am Sonntag eine Kreisversammlung ab, an der 58 Genossen aus 30 Orten teilnahmen. Nach der Abrechnung betrug die Einnahme im vorigen Jahre 5436 M. und die Ausgabe 3980 M. In Rücksicht auf die Aushebung des Verbindungsvertrags wird von der Wahl eines Kreisvertragsmanns Abstand genommen. An die Hauptkassiere in Berlin sollen in diesem Jahre mindestens 500 M. abgeführt werden. Als Partei-Organisation werden in Zukunft nur solche Mitgliedschaften angesehen, die ihre Beitragslisten vom Kreisvorstand beziehen. Es wurde dann noch über die Förderung der Gewerkschaftsorganisationen und über die Reiseleiter beraten, wobei es allgemein verurteilt wurde, die Reiseleiter nach dem 1. Mai zu veranlassen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Einen sehr merkwürdigen Bescheid wegen verweigertem Versammlungsbewilligung erhielt ein Genosse in Erdmannsdorf in Schleisien. Sie lautet: Der königliche Landrat. Hirschberg, den 2. März 1900. K. A. 588.

Ihre Bescheid vom 17. Februar d. J. über den vorliegenden Antragsbescheid wegen Nichterteilung einer Bewilligung über die Abreise erfolgte Anmeldung der öffentlichen Versammlung am 18. Februar d. J. muß als unbegründet zurückgewiesen werden, da die Anmeldung nicht, wie es der § 1 der Verordnung vom 11. März 1850 ausdrücklich vorschreibt, mindestens 24 Stunden vor dem Beginn der betreffenden Versammlung, sondern erst eine Stunde vor Beginn der Versammlung beim amtierenden Amtsvorsteher-Steuervertreter — wie dieser ausdrücklich erklärt hat — eingegangen ist. Danach war Ihre Anzeige zu spät an die zuständige Stelle gelangt und deshalb die Erteilung (1) einer polizeilichen Bewilligung über die verspätete Anmeldung nicht zu erteilen. (2) Wenn trotzdem — wie der Amtsvorsteher berichtet — die Versammlung stattgefunden hat, so sind die Veranstalter, der Wirt und die Redner gemäß § 12 l. c. zu bestrafen. Z. S.: v. Darnier.

Ob denn dem Landrats-Steuervertreter nicht aufgefallen ist, daß sich der Beschwerdeführer am 17. noch nicht beschweren konnte über die Verweigerung der Anmeldebewilligung, wenn er die Anmeldung erst am 18., eine Stunde vor der Versammlung, besorgt hätte. Dieser Widerspruch läßt sich vielleicht auf, wenn die angedrohte Bestrafung erfolgt und die Sache damit einer ordentlichen Kontraktualistischen Verhandlung unterworfen wird.

Gewerkschaftliches.

Das Bureau der Berliner Gewerkschaftskommission befindet sich vom Sonntag, den 31. März 1900 ab, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, I rechts, Zimmer Nr. 8. Geschäftszeit: vormittags 9—1, nachmittags 6—8 Uhr. Des Umzugs wegen bleibt das Bureau am Freitag, den 30. März, geschlossen. Inhabern von Restaurationen, Cigarren- und andern Geschäften machen wir bekannt, daß neue Adressenplakate in unserm Bureau zu den bekannten Stunden zu haben sind. Bei guterhaltenen Plakaten senden wir auf Wunsch gedruckte Streifen der Veränderungsanzeige.

Der Ausschuss.

Die Stuccateure (Breiarbeiter) der Firma Hauer, Berlin, befinden sich im Ausstand.

Im Gewerkschaftskartell für Berlin und Umgegend gingen folgende Beiträge ein:

Für die streikenden Tischler und ausgesperrten Holzarbeiter: Holzerer und Rohmaterialien in drei Katen 70.—, Buchdrucker in zwei Katen 90.—, Gewerkschaftsmittler des Vorwärts 10.—, Bauarbeiter, Kater 50.—, Schimmacher, I. Kater 25.—, Köhler der Firma W. Krumm 5,75, Eifen 171 und 172 27,90, Köhler 20.—, Eifen 168, 169, 170, 251, 252 27,05, Metallarbeiter-Gewerkschaft 500.—, Tapezierer 25.—, Geschäfts-Kommission 12,50, Statist. Fortuna, gel. auf einem Kranzigen 7.—, Ueberblick vom Wintervergnügen der Allgemeinen Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter, Filiale Panfow, 20.—, Risse 253 6.—, Risse 321 14,45, Eifen 306 und 307 8,40, Kranzpenden, Ueberblick von den Arbeitern der Firma Arnheim 13,75, Risse 224 21.—, Eifen 185, 186, 188, 190 17,00, Ueberblick vom Radball von den Bauern von Colindale unter J. (siehe Risse) 20.—, Eifen 376, 378, 386, 388 39,75, Eifen 304, 307, 309, 310, 311, 312, 313, 316, 317 59,20, Metallarbeiter-Gewerkschaft Berlin eine Vorauszahlung auf Eifen 500.—, Lohn-Kommission der Bäder Berlin 40.—, Für die streikenden Verarbeiter Central: Zimmerer 600.—, Köhler 25,00, Geschäfts-Kommission 5.—, Eifen 182, 183, 184, 186, 62,25, Schimmacher 15.—, Risse 187, 10,00, Eifen 150 u. 160, 15,20, Ueberblick vom Wintervergnügen der Allgemeinen Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter, Filiale Panfow, 10.—, Für die gemahregelten deutschen Bergarbeiter: Bauarbeiter 25.—, Schimmacher 15.—, Ueberblick vom Wintervergnügen der Allgemeinen Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter, Filiale Panfow, 10.—, Für die streikenden Nieder-Berliner: Bauarbeiter 25.—, Eifen 120 u. 134, 18,30.

Weitere Beiträge werden im Bureau des Gewerkschaftskartells für Berlin und Umgegend, Dragonerstr. 15, Hofpartierre, nachmittags von 3—8 Uhr, entgegengenommen. J. A.: A. Piesler, Kassierer.

Bei dem Gewerkschaftskartell in Rixdorf gingen folgende Beiträge für die ausländischen Tischler und Möbelpolierer ein:

Centralverband der Zimmerer, Bahnhöfe Rixdorf, 10.—, Centralverband der Moler, Lackierer usw., Bahnhöfe Rixdorf, 10.—, Centralverband der Bau-, Erd- und generell. Hilfsarbeiter, Bahnhöfe Rixdorf, 30.—, Risse 259 8,00, Risse 261, 10,40, Risse 264, 11.—, Risse 270, 4,25, Risse 341, 4,25, Risse 344, 3,50, Risse 345, 5,05, Risse 285, 9,90, Risse 286, 6,05, Risse 278 8,95, Risse 279, 0,50, Risse 287, 1,75, Risse 293, 7,60, Risse 294, 5,80, Risse 313, 9,10, Risse 314, 2,90, Risse 334, 5,15.

Weitere Beiträge nimmt Aug. Rietich, Rixdorf, Steinmetzstraße 85, entgegen.

Die Schneider in Dresden haben am Sonntag in einer imposanten Versammlung beschlossen, am Montag in allen Geschäften die Arbeit einzustellen, wo der Tarif nicht anerkannt wird. Mehrere Geschäfte der Bahndränger haben den Tarif bewilligt, während die Innungsmeister sich ablehnend verhalten. Von ihnen ist das Gewerbeamt als Einigungsamt angerufen und haben sich die Arbeiter bereit erklärt, zu verhandeln, wenn von den Unternehmern zuvor die Schwarzen Listen aufgehoben werden.

Die Aussperrung der Berliner Holzarbeiter

Es nunmehr definitiv beendet, nachdem die maßgebenden Organisationen der Arbeiter und Unternehmer ihre Zustimmung zu den Einigungsbedingungen gegeben haben. Die Arbeiter haben keinen durchschlagenden Erfolg erzielt, aber dennoch erreicht, daß in einer Reihe von Werkstätten, wo besonders schlechte Löhne gezahlt wurden, nunmehr eine Erhöhung erfolgen muß. Auch da, wo bisher gewisse Nebenarbeiten (Holztragen) nicht bezahlt wurden, muß diese Arbeit vergütet werden. Mitin ist gerade für die am schlechtesten gestellten Arbeiter eine Verbesserung erfolgt. Weitergehende Forderungen mußten aufgegeben werden, denn schließlich lassen sich bei zwei so starken Gegnern nur Friedensbedingungen durch gegenseitiges Nachgeben festlegen. Es sei auch an dieser Stelle konstatiert, daß das Einigungsamt sich der äußerst mühevollen Arbeit mit anerkanntem Eifer gewidmet hat, unermüdet für ein Zustandekommen der Einigung tätig war. Das gilt sowohl von dem Vorsitzenden Herrn von Schulz, als auch von den Beisitzern leider Gruppen.

Die Arbeiter thaten gut daran, die Vorschläge des Einigungsamts anzunehmen, dem Unsicheren der Zukunft das Sichere des gegenwärtig Gebotenen vorzuziehen, sie haben den Kampf ehrenvoll beendet und die Unternehmer haben keinen Anlaß zu triumphieren. Wir geben uns auch der Hoffnung hin, daß die Organisation der Streikenden aus diesem Kampf ungehindert hervorgeht. Denn wenn je, so haben in diesem Kampfe die Unternehmer durch ihre Aussperrung den unorganisierten Arbeitern eingebläut, was es heißt, ohne Organisation, ohne Unterstützung fünf und eine halbe Woche arbeitslos auf der Straße zu liegen. Für diese den unorganisierten Arbeitern erteilte bittere Lehre, gebührt

den Unternehmern noch nachträglich der Dank. Sie haben mehr bewiesen, als der schlimmste Terrorismus der Arbeiter erreichen könnte; ziehen die Arbeiter die richtige Lehre, dann kann es nur zum Nutzen der Organisation geschehen. Die Organisation der Unternehmer giebt auch dem Arbeiter die dringende Mahnung: Jeder Holzarbeiter muß seiner Organisation angehören!

Die Vertreter des Holzarbeiter-Verbands und die des Vereins der Berliner Holzindustriellen waren am Dienstagvormittag nochmals zusammengekommen, um den Schiedspruch des Gewerbegerichts entgegenzunehmen.

Zunächst einigten sich nach längeren Verhandlungen die Vertreter der Holzarbeiter mit den Holzindustriellen dahin, daß für die Holzindustrie 5 Schieds-Kommissionen gebildet werden und zwar für die Möbelstuhlfabrik 2 Kommissionen (1 für bessere und 1 für einfache und Küchenmöbel), 1 für Ladentischlerei, 1 für Maschinenarbeiter und eine für Bauarbeiter. Letztere Kommission ist vollständig unabhängig, kann dieselbe ihre Differenzen nicht erledigen, so soll ihr das Recht zustehen, sofort das Einigungsamt anzurufen. Die anderen Kommissionen sind nur Unterkommissionen. Um 12 Uhr trat das Einigungsamt zusammen. Assessor v. Schulz richtet zunächst eine Anfrage an Glode, ob die Personen, welche dem Vergleich nicht zugestimmt haben, vom Verband unterstützt würden? Hierauf bemerkt Glode, daß nach den Generalversammlungs-Beschlüssen des Holzarbeiter-Verbands vom Sonntag diejenigen, welche die Arbeiten nicht zu den Einigungsbedingungen aufnehmen, keinen Anspruch auf Unterstützung erheben können. Herr v. Schulz erklärte nunmehr, daß nachdem beide Teile, auch der Holzarbeiter-Verband, die Einigungsvorschläge angenommen, es sich erbringe, den Schiedspruch zu fällen. Er spricht den Parteien seinen Dank aus und damit ist die öffentliche Sitzung geschlossen. Seitens der Holzindustriellen wurde von Glode verlangt, die Erklärung dahingehend abzugeben, daß, wenn die Maschinenarbeiter, ohne die Schieds-Kommission anzurufen, in Streit treten, ihnen vom Holzarbeiter-Verband keine Unterstützung gewährt werde. Glode antwortete, daß es ihm nicht möglich ist, eine solche Erklärung abzugeben.

Die Tischlermeister stimmten in einer am Montag abgehaltenen Versammlung ohne Debatte der Beendigung des Streiks zu. Direktor Lorenz betonte nochmals ausdrücklich, daß die Entlassungsliste nicht eingeführt werden sollen, und daß die Arbeitgeber über den noch mühevollen Tag jetzt endgültig erfolgten Friedensschluß sehr erfreut seien. Die Herr Dr. H. H. teilte, fünf Klagen bei dem Vorsitzenden der Partei des Klägers schriftlich einzureichen, dann entscheidet jede Partei je zwei Vertreter, welche den Streikfall an Ort und Stelle zu untersuchen haben. Wenn der erste Vergleichsversuch scheitert, dann fällt die Schieds-Kommission einen Termin ab, und wenn ein Vergleich nicht gelingt, dann fällt die Kommission einen Schiedspruch.

Die Versammlung nahm folgende Resolution an: Die heutige Generalversammlung der Freien Vereinigung der Holzindustriellen, des Central-Verbands der Bauarbeiter, der Ladeneinrichtungs- und Küchenmöbelbranche, des Vereins der Fräseerbesitzer und Holzbearbeitungsfabriken, sowie der Telephonbranche erklären den Streik auf Grund des Einigungsprotokolls für beendet. — In der Voraussetzung, daß die Arbeiter wider Erwarten einzelne Betriebe sperren, beziehungsweise die Arbeit nicht wieder aufnehmen, behält sich die Freie Vereinigung vor, sofort geeignete Gegenmaßnahmen zu treffen.

Versammlungen.

Simlichkeit und Sittlichkeit. Ueber dieses Thema sprach am Montagabend im „Verein zur Förderung der Kunst“ im Bürgercafé des Rathauses der Kunstschaffler Herr Stahl. Seine Ausführungen beschäftigten sich zum großen Teil mit der lex Heinze. Der Vortragende sieht in ihr ein Aufbäumen des — noch dazu falsch verstandenen — Nazarenertums gegen den Hellenismus, den Kampf einer verzerrten überfüllten Sittlichkeit, die im immerhin Grund tiefe Unfähigkeit ist, gegen die gesunde Sittlichkeit. Statt sich zu bekämpfen, sollen aber wahre Sittlichkeit und wahre Simlichkeit Hand in Hand gehen: die Harmonie zwischen beiden herzustellen, sollte das Kulturideal sein. Die Schule verlagert bei diesem Streben; wie sie jetzt ist, zeigt sie sich völlig unfähig, eine ästhetische Läuterung der Sittlichkeit herbeizuführen; wenn sie im — noch dazu meist sehr zweifelhaften — Gesange dem Ohre etwas bietet, so bietet sie dem Auge gar nichts. Von der heutigen Schule im Stich gelassen, hat das Kunstideal seine Hoffnungen auf das Volk zu legen: auf alle Schichten des Volks; sind doch die bisher noch ästhetisch ungebildeten, aber von Wissens- und Schauensbrang erfüllten Massen empfänglicher als viele „Gebildete“, die teils ästhetisch ebenso ungebildet, aber ohne Erkenntnisdrang, teils, was noch schlimmer, ästhetisch verblödet sind. Ein Geheimrat, der vielleicht ein ganz tüchtiger Beamter ist, kann ein großer Kunstbanause sein. In dem am Sonntag geistigten Goethe-Abend ist ein verheißungsvoller Anfang gemacht worden, alle Kreise, die die Kunst vor der Anedelung bewahren wollen, zu einem einträchtigen Zusammengehen zusammenzufassen. Die lex Heinze, die wie eine Bombe in die leider groteskente apathische Künstler- und Schriftstellerwelt fiel, hat dies Wunder bewirkt; aber es gilt nicht nur, dieses Gesetz zu Fall zu bringen: der Kampf zwischen harmonischer Bildung und unästhetisch-unfinstlicher Prüderie muß ausgefochten werden. — Eine Diskussion schloß sich an den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag nicht.

Zu einer gut besuchten Versammlung der Stuccateure, die am Montagabend stattfand, berichtete Kössner über den seit dem Montag früh beendeten Streik bei Hauer. Redner bemerkt, daß die Firma seit die Forderungen der organisierten Stuccateure michtachtet habe und eine Liste derjenigen führe, die in der Organisation irgendwie tätig seien. Erst kürzlich sind verschiedene Nachregelungen vorgekommen. Jetzt sei es nun den einmütigen in den Streik getretenen Kollegen nach dreitägigem Ausstand gelungen, die Wiederinstellung der Entlassenen und die Einführung der anderwärts üblichen besseren Arbeitsbedingungen zu erzielen. Herr Hauer habe die Organisation anerkennen müssen. Kössner und Daischütz, der noch Einzelheiten mitteilte, ermunterten die Versammlung zum festen Zusammenhalten in der Organisation. Sie verwiesen auf den soeben errungenen Erfolg und darauf, daß es bald auch in andren Betrieben zu Streiks kommen könne. Nach einer längeren, sehr lebhaften Debatte wurde einstimmig die Sperre für aufgehoben erklärt und die nichtorganisierten Teilnehmer der Versammlung wurden verpflichtet, der Organisation beizutreten. Ferner beschloß man, am 1. Mai die Arbeit vollständig ruhen zu lassen.

Die Fliesenleger waren am Montag zahlreich in Vulkan-Salon versammelt, um den Bericht über die Lage des Streiks entgegenzunehmen. Wabersky berichtet, daß eine ganze Anzahl Firmen den geforderten Minimallohn von 70 Pf. pro Stunde bewilligt haben. Hauptächlich sind es die großen Geschäfte, welche sich weigern, den Tarif anzuerkennen. Er glaube aber, daß auch diese Firmen gezwungen werden, den Tarif anzuerkennen. Welche Mittel dazu angewandt werden müssen, darüber muß sich die Versammlung heute klar werden. In der Diskussion nimmt zunächst der Inhaber der Firma Rosenfeld, Köster, das Wort. Er behauptet, daß eine Notiz im „Vorwärts“ nicht auf Wahrheit beruhe, und sucht dann in längeren Ausführungen das Verhalten der großen Firmen zu rechtfertigen und erklärt, der Tarif vom vorigen Jahre sei maßgebend, nach dem bezahlte er seine Fliesenleger und die Fliesenleger hätten gar kein Recht gehabt, in diesem Jahre von neuem Forderungen zu stellen. Die weitere Diskussion, an der sich Kessler, Knöpfchen, Brandes, Steffen, Jänich und Herr Köster wiederholt beteiligten, nahm zeitweilig einen so heftigen Charakter an, daß der überwachende Beamte mit Auflösung drohte.

Nach Mitternacht wurde dann ein Antrag angenommen, die Debatte hierüber zu schließen. Folgende Anträge wurden an-

genommen: Die streikenden Fliesenleger werden vom dritten Tag des Streiks mit 2 M. pro Tag unterstützt und für jedes Kind 1 M. pro Woche Zuschlag. Ferner hat jeder arbeitende Fliesenleger pro Tag 50 Pf. an den Unterstützungsfond zu zahlen. Ebenso hat die Kommission Arbeitsberechtigungskarten zu beschaffen, damit die Fliesenleger, die bei bewilligten Firmen arbeiten, sich durch die Arbeitsberechtigungskarten legitimieren können.

Eine öffentliche Versammlung der streikenden Tischler, die gut besucht war, sagte gestern nachmittag bei Kessler, Kappensstraße, um gegen die Beschlüsse der letzten Generalversammlung des Holzarbeiter-Verbands Stellung zu nehmen. Wie der Einberufer Meier anführte, ist ein großer Teil der Holzarbeiter mit den Einigungsbedingungen durchaus nicht einverstanden und die Beschlüsse vom Sonntag, die den Einigungsbedingungen zustimmen, seien nicht maßgebend, weil nur 6000 Personen an der Versammlung teilnahmen, während mindestens ebensoviel keinen Zutritt hatten und von der Abstimmung ausgeschlossen waren. In der Diskussion kam eine sehr geteilte Meinung zum Ausdruck. Die meisten Redner traten für Weiterführung des Streiks ein und erklärten, daß die Einigungsbedingungen den Opfern des fünfwöchentlichen Streiks keineswegs entsprächen. Von fast allen diesen Rednern wurde die Verbandsleitung heftig angegriffen und behauptet, daß sie die Interessen der Arbeiter nicht vertreten, sondern durch ihr ganzes Verhalten die Bewegung auf das schwerste gefährdet und eine Niederlage herbeigeführt hat. Geyert, Stusche, Kunze und andre versuchten die Bestimmungen der Einigungsvorschläge, die von vielen noch nicht in ihrer ganzen Tragweite verstanden werden, den Versammelten klar zu legen. Sie plädierten für die Anerkennung der Beschlüsse und wiesen die Angriffe auf die Verbandsleitung entschieden zurück.

Nach circa 2 1/2 stündiger Debatte wurde gegen eine starke Minorität und bei bedeutender Stimmenthaltung beschlossen, die Vertrauensmänner zu beauftragen, den Generalversammlungsbeschluss aufzugeben und eine Kräftigung vornehmen zu lassen, weil die Mehrzahl der Kollegen nicht in der Lage war, an der Abstimmung teilzunehmen. Außerdem gelangte eine Resolution zur Annahme, in der die Versammelten gegen den Beschluß des Holzarbeiter-Verbands protestieren und sich verpflichten, für die möglichste Durchführung der aufgestellten Forderungen zu wirken und nicht eher die Arbeit aufzunehmen, bevor entsprechende Zugeständnisse gemacht werden.

Ein Antrag, der verlangte, daß die gegenwärtige Verbandsverwaltung durch andre Personen ersetzt und die derzeitige Streikleitung aufgehoben werde, erhielt etwa 50 Stimmen.

Vom Kriegsjahnaplag

Ist heute die wichtigste Nachricht die, daß es den Engländern nicht gelungen ist, den von der Südgrenze des Ozean-Preilands kommenden Boerengeneral Olivier mit seinen Truppen abzufangen, wie es geplant war. Aus Bloemfontein wird vom Sonntag gemeldet: General French ist mit seiner Kavallerie hierher zurückgekehrt, ohne daß er mit dem Feinde zusammengestoßen ist. Eine Anzahl von Burghers in den von French durchzogenen Bezirken hat die Waffen niedergelegt.

Es dürfte dem General Olivier nun gelingen, sich mit seinen im Norden die Unabhängigkeit des Landes verteidigenden Landsleuten zu vereinigen, nachdem es ihm möglich war, ungehindert durch die Reihen der feindlichen Uebermacht zu kommen.

Ein Erfolg der Boeren.

Barth West, 28. März. Ein 400 Mann starkes Boerenkommando hat Papriet wieder besetzt und die Auftrichter im Herbet-Distrikt gezwungen, sich der Transvaal-Republic wieder anzuschließen.

Die Lage der gefangenen Boeren.

Aus der Festung Simonstown (unweit des Kap der guten Hoffnung) wird gemeldet: Die Krankheitsfälle unter den an Bord von Transportschiffen hier gefangen gehaltenen Boeren mehren sich. Drei sind heute gestorben, zwei wurden heute beerdigt; dabei wurde ihnen die Flagge von Transvaal auf den Sarg gelegt. Von den kranken Boeren leiden etwa 100 an Typhus. Die Krankheitsfälle erregen in der hiesigen Bevölkerung große Unruhe.

Nicht mitgeteilt wird, ob diese Epidemien auf ungenügende sanitäre Verhältnisse zurückzuführen sind, unter denen die Boerengefangenen zu leiden haben.

Keine Anwerbungen.

Dr. Lehds, der Gesandte der Südafrikanischen Republik, berendet aus Brüssel, 26. März, eine Verächtigung, in der es heißt: Was die Antwort der Gesandtschaft auf Gesuche um Anwerbung betrifft, so erfolgt diese stets und grundsätzlich kurz a b w e i s e n d und bedient sich die Gesandtschaft besonderer gedruckter Circulare, in denen betont wird, daß von einer Anwerbung in Europa und Bezahlung der Reisekosten unter keiner Bedingung die Rede sein könne.

Jung für die Boeren.

Dem „Neuerischen Bureau“ wird aus Lourenço Marques gemeldet: Der irische Nationalist Michael Davitt ist hier an Bord der „Gironde“ eingetroffen. Auf dem Schiffe befanden sich 90 and die Passagiere, von denen sich die meisten nach Transvaal begeben wollen.

Lezte Meldungen.

London, 27. März. Die „Times“ meldet in ihrer zweiten Ausgabe aus Bloemfontein vom 26. März: Infolge einer gestern in der Richtung nach Brandfort von Kavallerie ausgeführten Reconnoissance wurden die Boeren aus ihrer Stellung vertrieben. Die Verluste auf britischer Seite sind gering.

Derselben Blatte wird aus Lourenço Marques vom 24. März gemeldet: Infolge der Beschlagnahme eines heliographischen Apparats und anderer Kriegsgüter, die für eine Firma bestimmt war, welcher der holländische Konsul Vott als Associe angehörte, legte das Vriestergesetz der betreffenden Firma eine Geldstrafe von 210 Pfund Sterling auf. Vott hat gegen diesen Spruch appelliert. — Die auf den Vergewerken in Johannesburg beschäftigten Eingeborenen, werden dazu benutzt, um Verschauungen auf den Johannesburg umgebenden Hügel aufzuwerfen. Die Crown Reef-Vergewerke sind infolge dessen geschlossen worden, und man erwartet, daß man in andren Vergewerken das Gleiche thun wird.

Maron, 26. März. (Meldung des Neuerischen Bureaus.) Heute früh rückte eine sehr kleine englische Truppe, nachdem sie die Vorposten der Boeren zurückgeschlagen hatte, in Ladysbrand ein. Darauf griff eine beträchtliche Streitmacht der Boeren die Engländer an, die sich in guter Ordnung zurückzogen, nachdem sie den Landrosti gefangen genommen hatten. Die Verluste der Engländer werden auf drei Verwundete, die der Boeren auf acht Verwundete geschätzt. Wie es scheint, ist es die Absicht der Boeren, die englischen Truppen aufzuhalten, während sich Wagenzüge der Boeren auf Genetal zu bewegen.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Leipzig, 27. März. (B. Z. W.) Das Reichsgericht verurteilt die Revision des Schriftstellers Siegmund Wehring, welcher am 23. Januar vom Landgericht Berlin wegen Beschimpfung der katholischen Kirche, begangen im September v. J. durch Veröffentlichung des Buchs „Die feige That von Reimes“ im „M.“, zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt war. Dabei wurde ausgesprochen, der Jesuitenorden sei zwar zu Unrecht von der Vorsicht als Einrichtung der katholischen Kirche angesehen worden, doch habe dieser Rechtsirrtum auf den Bestand des Urteils keinen Einfluß.

Wien, 27. März. (B. Z.) Der größte Teil der liberalen Gemeinderäte legten ihre Mandate nieder.

Yokohama, 27. März. (Meldung des „Neuerischen Bureaus“.) In Chemulpo, der Hafenstadt von Seoul, ist ein russisches Geschwader eingetroffen.

Reichstag.

177. Sitzung. Dienstag, den 27. März, 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Reichskanzler Fürst Hohenlohe, Graf Pofadowski, Graf Bülow, von Goltz, Tirpitz, v. Pöbbecke.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung des Etats. In der Generaldebatte bringt

Herr v. Schele-Wunstorf (Welfe)

die Lage der Heimarbeiter in seinem Wahlkreis Nienburg in Hannover zur Sprache. Die Gesundheitsverhältnisse dieser Arbeiter sind sehr schlecht, das Durchschnittsalter beträgt nur 34 Jahre. Der Hauptgrund dafür liegt in der überlangen Arbeitszeit, die von 6-7 Uhr, das heißt 11 Stunden dauert. (Die näheren Ausführungen des Redners bleiben bei der Ursache des Sanftes unverständlich.)

Damit schließt die Generaldiskussion.

Die Specialdiskussion beginnt mit dem Etat des Reichstags.

Dazu liegt ein Antrag Vargmann und Genossen (fr. Sp.) vor. Der Reichstag wolle beschließen, den Bundesrat zu ersuchen, eine Abänderung der Reichsverfassung Art. 32 in dem Sinne herbeizuführen, daß die Mitglieder des Reichstags aus Reichsmitteln Diäten und Reisekosten erhalten.

Abg. Spahn (L.) (auf der Tribüne fast unverständlich):

Der sächsische Bundesbevollmächtigte Graf Hohenlohe hat neulich von seinen guten Beziehungen zur preussischen Regierung gesprochen. Dies veranlaßt mich, ihn zu bitten, er möge dafür sorgen, daß im Interesse der Reichstags-Abgeordneten bessere Schnellzugsverbindungen zwischen Leipzig und Berlin möglichst bald hergestellt werden mögen. Aus naheliegenden Gründen will ich mich an Herrn v. Thielen selbst nicht wenden.

Sächsischer Bundesbevollmächtigter Graf Hohenlohe:

Der Herr Redner überschätzt meinen Einfluß. Auf den Verkehr zwischen ausschließlich preussischen Stationen hat die sächsische Staatsbahnverwaltung keinen Einfluß. Ich muß ihm daher doch raten, sich direkt an Herrn v. Thielen zu wenden.

Abg. Fischbeck (fr. Sp.):

Unser Antrag auf Einführung von Diäten für Reichstags-Abgeordnete ist schon sehr alt und vom Reichstag bereits öfter angenommen. Die Gründe, aus denen man sich dagegen wandte, haben sich als nicht stichhaltig erwiesen. Die Socialdemokratie hat sich mit der Diätenlosigkeit sehr gut abgefunden. Gerade die Vertreter des Mittelstands mühten sich um ihren Antrag, denn gerade die geeignetsten Vertreter aus ihren Kreisen sind durch die Diätenlosigkeit verhindert, ein Mandat anzunehmen.

Vor allem spricht aber die fortgesetzte Weisheitslosigkeit des Reichstags für die Gewährung von Diäten. Die Thatlage, daß es den Reichstagsparteien nicht möglich war, bei einem Gegenwärtigen, der ihnen doch sehr am Herzen lag, aus ihren Kreisen 200 Abgeordnete drei Tage lang zusammen zu halten, ist ein Beweis, wie begründet unser Antrag ist. Wir haben die Gewerbe-Ordnungs-Novelle nicht verabschieden können und konnten auch bei der Münzgesetz-Novelle die endgültige Abstimmung nicht sofort vornehmen, weil das Haus nicht beschlußfähig war. Ich bitte Sie unsern Antrag anzunehmen.

Die Abgg. Gröber (C.) und Bassermann (nall.) beantragen in dem Antrag Vargmann statt „Diäten“ zu sagen „Anwesenheitsgelder“.

Abg. Bassermann (nall.):

Meine politischen Freunde schließen sich dem Antrag Vargmann an. Wir sind auch der Meinung, daß die Ausübung des Mandats derartige Opfer an Zeit und Geld erfordert, daß eine entsprechende Entschädigung wohl angebracht ist. Eine Reihe tüchtiger Elemente besonders aus den Kreisen der Gewerbetreibenden, sind von dem passiven Wahlrecht ausgeschlossen, weil sie aus pekuniären Gründen nicht in der Lage sind, sich längere Zeit in Berlin aufzuhalten. — Eine sofortige Beilegung der mangelnden Präsenz der Mitglieder erwarte ich von der Diätengewährung nicht. Diese hat auch noch andre Gründe, z. B. die lange Ausdehnung der Tagungen des Reichstags, die jetzt oft 7 Monate dauern. Schuld an diesen langen Tagungen hat auch die unrichtige Disposition der Regierung bei der Einbringung von Gesetzen. Ich halte es z. B. für ganz verfehlt, daß uns die Seemannsordnung erst Ende März vorgelegt worden ist. (Sehr richtig! links.)

Abg. Gröber (C.):

Auch wir werden für den Antrag stimmen, weil durch die Diätengewährung die Auswahl der Kandidaten erleichtert wird. Vor allem aber hoffen wir auch auf eine größere Präsenz des Reichstags, so daß eine Obstruktion, wie sie in der letzten Zeit vorgekommen ist, verhindert werden kann. Unter einer solchen Leideit immer das Ansehen des Reichstags. Wir haben den Antrag gestellt, statt Diäten Anwesenheitsgelder zu setzen, und wollen damit sagen, daß wir die Abgeordneten, die sich wirklich an der Arbeit beteiligen, Diäten bekommen sollen. Wie die Anwesenheit festgesetzt werden soll, muß Aufgabe der Geschäftsordnung sein. Ich erwarte vom Bundesratsitz eine Erklärung, ob die Regierung nach den gemachten Erfahrungen nicht auch die Notwendigkeit der Diätengewährung anerkennt. Es liegt doch auch im Interesse des Bundesrats selbst, die Gesetze schleuniger verabschiedet zu werden, so daß man wohl sagen kann: *tas res agitur*. Nebenbei hätte ich es nicht für überflüssig, darauf aufmerksam zu machen, daß die Freikarten beibehalten werden müssen, auch wenn Diäten gewährt werden sollten. (Sehr richtig! links.) Wünschenswert wäre bei dieser Gelegenheit auch gesetzliche Regelung des Freikartenswesens überhaupt resp. die Ausdehnung ihrer Gültigkeit auf das ganze Reich.

Abg. Singer (Soc.):

Meine politischen Freunde werden für den Antrag stimmen, aber nicht aus den Zweckmäßigkeitsgründen, die ja von allen Rednern in den Vordergrund gestellt sind, sondern weil wir die Diäten für ein notwendiges Korrelat zu dem allgemeinen gleichen Wahlrecht halten. Wenn dies Wahlrecht einmal besteht, so muß dafür gesorgt werden, daß alle Schichten der Bevölkerung ohne Rücksicht auf ihre wirtschaftlichen Verhältnisse in der Lage sind, ein Mandat auf Grund dieses Wahlrechts zu übernehmen. Das kann nur geschehen, wenn Diäten bezahlt werden. Daher erklären wir uns prinzipiell für den Antrag. Der erste Redner hat darauf hingewiesen, daß die Diätenlosigkeit als Schatz gegen die Socialdemokratie angesehen würde. Nun wir haben durch diese Diätenlosigkeit bis jetzt noch keinen Mangel an Kandidaten gemerkt. Es ist überhaupt ein schlechtes Zeugnis für eine politische Partei, wenn sie erklärt, sie könne ohne Diäten nicht genug Vertreter finden. Das sollte meinen, daß die herrliche Kraft der Idee, von der alle politischen Parteien doch eigentlich ausgehen sollten, auch im Stande wäre, die Schwierigkeiten der parlamentarischen Vertretung überwinden zu können. Wie in manchen andern Dingen, so gibt auch hier wieder die Socialdemokratie ein glänzendes Beispiel durch ihre Opferwilligkeit, mit der sie es durchsetzt, daß die Ideen, die sie für richtig hält, auch in den gesetzgebenden Körperschaften vertreten sind. Wenn man eine stärkere Beteiligung des Hauses von den Diäten erwartet und speziell an die Behinderung der Obstruktion denkt, so heißt das doch, die Bedeutung der Diäten wesentlich überschätzen. Für meine Freunde kann ich wohl behaupten, daß wir sogar auf die Anwesenheitsgelder verzichten würden, wenn wir dafür Beschlüsse, die wir für unheilvoll für das Volk halten, verhindern können. Ich halte es für gefährlich, eine Sache, die an sich durchaus berechtigt ist, hier durch Zweckmäßigkeits- Erwägungen zu begründen, wie es geschehen ist. Ich glaube, daß der Reich-

tag bisher den richtigen Standpunkt eingehalten hat, indem er grundsätzlich Diäten forderte, und daß er auf diesen Standpunkt bleiben soll. Was den Antrag Gröber betrifft, so wundere ich mich nur, daß die Parteien, die ihn gestellt haben und die doch auch im Landtage vertreten sind, dort noch nicht das Bedürfnis empfunden haben, den allgemeinen Diätenbezug durch Bezug von Anwesenheitsgeldern zu ersetzen. Im preussischen Abgeordnetenhaus treten doch ganz dieselben Erscheinungen der mangelnden Präsenz der Mitglieder wie im Reichstage hervor. Im übrigen können wir uns mit dem Grundgedanken einverstanden erklären, daß Diäten nur gezahlt werden sollen, wenn in der That durch die Beteiligung an den Reichstags-Arbeiten Kosten entstehen. Jedenfalls stimme ich mit Herrn Gröber darin überein, daß es nicht Aufgabe der Gesetzgebung sein kann, den Bezug der Anwesenheitsgelder im einzelnen zu regeln. Was die Fahrkarten anbetrifft, halte ich für wünschenswert, daß ihre Gültigkeit auf das ganze Deutsche Reich ausgedehnt werde. Wir in der Budgetkommission empfinden es häufig als außerordentlich unbequem, daß wir über lokale Verhältnisse urteilen sollen, die wir nicht aus eigener Anschauung kennen. Es würden manche Beschlüsse viel sachgemäßer gefaßt werden können, wenn die Mitglieder in der Lage wären, an Ort und Stelle zu reisen. Herr Gröber hat an den Bundesrat appelliert. Wir werden abwarten müssen, ob der Herr Reichskanzler, den wir die Ehre haben, hier im Hause zu sehen, geneigt ist, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Eins will ich noch berühren. Von der rechten Seite ist wiederholt der Gesichtspunkt geltend gemacht worden, man würde eher geneigt sein, für die Diäten zu stimmen, wenn damit gleichzeitig eine Revision des Wahlrechts verbunden sei. Ich kann wohl als sicher annehmen, daß keinem der Herren, die bisher gesprochen haben, dieser Gedanke gekommen ist. Aber es ist doch sehr wünschenswert, daß darüber kein Zweifel gelassen wird, daß, falls die verbündeten Regierungen, vielleicht ähnlich wie bei der ersten Beratung des Vereinsgesetzes, damit glauben, dem Wunsch des Reichstags in Bezug auf Erteilung von Diäten entgegenzukommen, daß sie auf der andern Seite eine Einschränkung des Wahlrechts herbeizuführen, daß davon absolut keine Rede sein kann. Ich bin der Meinung des Herrn Gröber, daß die Regierung schon in ihrem Interesse die Diäten einführen müßte. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Gräfe (L.):

Die Absicht, die Socialdemokraten aus dem Reichstag fern zu halten, ist nicht gelungen, es ist ja bekannt, daß sie ihren Abgeordneten selbst Diäten zahlen. Es wird daher im Volke nicht verstanden, daß die Regierung nicht schon längst, nachdem sich dies herausgestellt hat, im Interesse der Ordnungsparteien die Diäten eingeführt hat. Der gesamte produktive deutsche Mittelstand in Stadt und Land ist von den Arbeitern im Reichstag vollkommen ausgeschlossen. Gerade gegenüber der Socialdemokratie liegt aber in der Person eines vollstündigen, populären Kandidaten schon der halbe Sieg. Der Mangel an Diäten züchtet auch die Doppelmandate. Deshalb werden wir für den Antrag stimmen.

Abg. v. Kardorff (Rp.):

Wir haben bisher stets gegen den Antrag gestimmt; ich kann aber nicht verschleiern, daß sich jetzt ein Teil meiner Freunde für die Gewährung von Diäten interessiert. Wir haben aber, da der Antrag erst gestern Abend verteidigt worden ist, in der That nicht Stellung nehmen können und werden uns heute der Abstimmung enthalten. (Lachen links.) Die Fahrkarten sollten wie früher für das ganze Reich gelten.

Abg. Richter (fr. Sp.):

erklärt, daß seine Freunde für den Antrag Vargmann stimmen werden unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß nichts am Wahlrecht geändert wird.

Abg. Richter (fr. Sp.):

Von einer Ueberrumpelung kann keine Rede sein, der Antrag ist so alt und fast jedes Jahr von uns gestellt worden. Für ihn hat sich eine stets wachsende Mehrheit erklärt. Das kommt darauf an, die Frage wieder in Fluß zu bringen. Ob Diäten oder Anwesenheitsgelder gewährt werden, ist uns gleich. Werden die Freikartentickets beibehalten, empfiehlt sich wohl die Gewährung von Präsenzgeldern. Auch die Frage der Fahrkarten müßte in einem Gesetzentwurf geregelt werden. Wir wollen, um eine möglichst große Mehrheit herbeizuführen, dem Amendement Gröber-Bassermann zustimmen.

Hiermit schließt die Diskussion.

Der Antrag Vargmann wird mit dem Amendement Gröber-Bassermann gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Der Etat des Reichstags wird hierauf angenommen.

Es folgt der Etat des Reichskanzlers und der Reichskanzlei. Beim Titel „Reichskanzler“ erhält das Wort der

Abg. Richter (fr. Sp.):

Ich habe hier eine kleine Personalfrage zur Sprache zu bringen. Es handelt sich hier um eine alte Reimachefrau (Heiterkeit), die drei Reichskanzlern treu gedient hat und vor längerer Zeit wegen hohen Alters und mangelnder Leistungsfähigkeit entlassen worden ist. Die Frau befindet sich in sehr hilflosbedürftigem Zustande und fällt einer Tochter zur Last. Sie hat bereits um eine Unterstützung nachgesucht und 50 M. mit dem Bedenken erhalten, nicht wieder zu kommen. Das Amt einer Reimachefrau in der Reichskanzlei ist ja gewiß kein sonderlich schwieriges, aber es will doch auch verstehen sein und stellt an die Discretion der Inhaberinnen gewisse Anforderungen. (Große Heiterkeit.) Ich erinnere Sie daran, welche Rolle die Reimachefrau der deutschen Volkshaus in Paris im Dreisprossprozeß gespielt hat. Die Frau ist 60 Jahre alt und hat, wie gesagt, drei Reichskanzlern lange gedient, und alle drei Reichskanzler sollen mit ihren Diensten sehr zufrieden gewesen sein. (Heiterkeit.) Die Frau behauptet übrigens, daß das Auswärtige Amt die Dienste der Reimachefrauen höher bewertet als die Reichskanzlei, und sie meint, ob Reichskanzlei oder Auswärtiges Amt, es sei doch alles Deutsches Reich. (Große Heiterkeit.) Ich erlaube mir, die Aufmerksamkeit des Herrn Reichskanzlers auf diese Frau zu lenken. Bei seinem bekannten Wohlwollen wird es wohl nur dieser Anregung bedürfen, um der Frau eine regelmäßige Unterstützung zu sichern. (Der Reichskanzler nickt lächelnd.)

Der Etat wird hierauf bewilligt.

Es folgt der Etat des Auswärtigen Amtes. Auf eine Anfrage des Abg. Bassermann (nall.) betreffs internationaler Regelung des Schiffsverkehrs, erwidert der Director im Auswärtigen Amt Dr. v. Drüner, daß, um eine Regelung der Frage herbeizuführen, eine Umfrage stattgefunden hätte, bisher aber die Antworten noch nicht eingegangen seien. Der Etat wird hierauf ohne weitere Debatte bewilligt.

Gegen die Kolonialetat.

Es folgt der Etat des Reichsamts des Innern. Beim Titel Staatssekretär bejehwert sich

Abg. Eichhoff (fr. Sp.):

über die Subventionierung des Vereins zur Förderung der Thüringischen Exportindustrie durch das Reich. Der Verein ist infolge dieser Subventionierung in der Lage, die Konkurrenz um 10 bis 15 Proz. zu unterbieten. (Hört! hört! links.)

Staatssekretär Graf Pofadowski:

Die Subvention ist gegeben auf Befürwortung der sachsen-weimariischen Regierung und, wie ich glaube, mit Recht. Ich bedaure es, daß die Konkurrenzschäden einer derartigen Rolle spielen, daß die Sache nochmals zum Gegenstand einer Erweiterung im Reichstag gemacht ist. (Bravo rechts.)

Großherzoglich sächsischer Bundesbevollmächtigter Dr. Paulsen verweist darauf, daß der weimariische Landtag die Subvention in Höhe von 50 000 M. bewilligt hat. Dem gegenüber könne man nicht behaupten, daß die Befreiungen des Vereins keine gemeinnützigen wären.

Abg. Prinz Schönath-Carolath (Wldf.):

Ich möchte den Herrn Staatssekretär bitten, dahin zu wirken, daß den Frauen, die das Naturalisierungsbegehren bestanden haben, das Studium auf den Universitäten in weiterer Höhe als bisher freigegeben wird. Wenn ich auch bereit bin, die Frage der Immatrikulation als eine *cura posterior* zu behandeln, so wäre es doch wünschenswert, daß den Frauen wenigstens ermöglicht würde, auf allen deutschen Universitäten zu allen Vorlesungen zugelassen zu werden. Rechtswidrigerweise kann ich in dieser Beziehung auf das Vorbild von Rußland hinweisen. Dort hat ein Privatmann eine große Summe hinterlassen zum Bau einer Akademie für Frauen in Moskau, und das Kultusministerium hat sein Einverständnis mit diesem Plan erklärt.

Staatssekretär Graf Pofadowski:

Nachdem den Frauen die Zulassung zu den ärztlichen Prüfungen gestattet ist, ist ihnen der Appetit beim Essen gekommen, und sie verlangen nunmehr auch Immatrikulation auf allen Universitäten und weiter, daß jeder Professor genötigt werde, sie zu seinen Kollegien zuzulassen. Ich weiß nicht, wie der preussische Herr Kultusminister über diese Frage denkt, und ob man in Preußen daran denkt, eine Universität als Frauenuniversität einzurichten. Um aber nicht falsche Hoffnungen zu erwecken, muß ich doch sagen, daß, nachdem hervorragende Vertreter der Wissenschaft ihre lebhafteste Abneigung dagegen geltend gemacht haben, Damen zu ihren Vorlesungen zuzulassen, ich zweifelhaft bin, ob die preussische Regierung geneigt sein wird, in dieser Beziehung auf die Professoren einen Zwang auszuüben. Ich hoffe, daß sich das Vorurteil gegenüber der Zulassung von Damen zu den medizinischen Kollegien immer mehr abschwächen wird und daß sich auch diejenigen Herren Professoren, die heute noch gegen die Zulassung sind, allmählich betreten werden.

Abg. Richter (fr. Sp.):

Nach dieser Erklärung des Herrn Staatssekretärs ist es leider sehr fraglich, ob die preussische Regierung in dieser Frage den übrigen Staaten mit gutem Beispiel vorangehen wird. Ich möchte den Staatssekretär aber doch bitten, in seiner Eigenschaft als preussischer Staatsminister seinen Einfluß geltend zu machen.

Abg. Dr. Arendt (Rp.):

Bei der Verhandlung über die Notwendigkeit eines Reichs-Vergleiches hat der Abg. Thiele dem Obersteiger Rothe in der Pfannschelber Gewerkschaft Unterstellungen bei einem Hausbau vorgeworfen. Es ist mir gelungen, festzustellen, daß dieser Steiger Rothe seit mehr als 11 Jahren nicht mehr im Dienste der Pfannschelber Gewerkschaft steht. (Hört! hört! rechts.) Was würde es also beweisen, wenn vor mehr als 11 Jahren ein Beamter dieser Gewerkschaft pflichtwidrig gehandelt hätte. Aber auch das ist nicht der Fall. Dieser Steiger Rothe ist bei seinem Abgange von der Gewerkschaft als Betriebsleiter bei der chemischen Fabrik von Dr. Müller in Stolpfurt angeheiratet unter ausdrücklicher Empfehlung des damaligen Leiters der Gewerkschaft, der einen schlechten Beamten wohl nicht empfohlen hätte. Herr Rothe hat mir die sämtlichen Rechnungen vorgelegt über den Bau, um den es sich hier handelt. (Hört! hört! rechts.) Er ist noch heute in der Lage, genau nachzuweisen, woher er die Steine bezogen hat, die er unterzahlt haben soll, und welches die Arbeitslöhne gewesen sind. Ich meine, wenn man die Tribüne des Reichstags bemittelt, um derartige schwere Anschuldigungen gegen jemand zu erheben, so hat man vor allem die Verpflichtung, sich genau zu informieren, ob ein Inhalt für solche Anschuldigungen vorliegt. Hier ist ein Beispiel gegeben, was wir von solchen Anschuldigungen der socialdemokratischen Partei zu halten haben. Solche Anschuldigungen gehen ins Land hinaus, haben ihre verheerende Wirkung und wenn der Sachverhalt klargestellt wird, so sind die Dinge längst vergessen. Ich habe von dem Herrn Rothe den Auftrag erhalten, Herrn Thiele aufzufordern, die Rechnungen einzusehen und entweder von der Tribüne des Reichstags seine Anschuldigungen zu widerrufen oder sich seiner parlamentarischen Immunität zu bedienen, um dem schwer gestraften Gelegenheit zu geben, vor Gericht seinen guten Ruf wiederherzustellen. Dieser Pflicht wird sich der Herr Abgeordnete Thiele unter keinen Umständen entziehen können.

Abg. Rosenow (Soc.): Ich habe nur eine kurze Anfrage an den Herrn Staatssekretär zu richten. Der Reichstag hat eine Resolution angenommen, die Untersuchung über die bestehenden Wohnungsverhältnisse und Vorgehung eines Reichs-Wohnungsgesetzes verlangt. Die Frage ist für uns von großem Interesse und ich wollte hiermit anfragen, was bisher zur Erledigung dieser Frage von seiten der Regierung geschehen ist.

Staatssekretär Graf Pofadowski: Ich erkenne an, daß die Lösung der Wohnungsfrage die Lösung eines Teils der sozialen Frage überhaupt ist. Ich habe die verbündeten Regierungen aufgefordert, zu dieser Frage Stellung zu nehmen und wenn das Material eingegangen und gesichtet ist, wird sich das Reichsamt des Innern ein Urteil darüber bilden, inwiefern der Forderung des Reichstags auf Vorgehung eines Reichs-Wohnungsgesetzes nachzukommen werden kann. Jedenfalls werden die Regierungen gut thun, dieser Frage ihre ernsteste Aufmerksamkeit zu schenken.

Abg. Schrader (fr. Sp.): Diese Erklärung des Herrn Staatssekretärs läßt darauf schließen, daß wir auf die Erledigung dieser Angelegenheit noch ein bis zwei Jahre lang warten werden müssen. Das ist sehr bedauerlich. Diese Frage beschäftigt uns schon lange und da die Wohnungsnot auch der Regierung nicht unbekannt gewesen sein wird, hätte sie schon längst Erhebungen anstellen sollen. (Sehr richtig! links.)

Abg. Singer (Soc.):

Bei der Abwesenheit des Kollegen Thiele bin ich nicht in der Lage, auf die Sache selbst einzugehen oder zu erörtern, ob das, was Herr Arendt hier vorgebracht hat, richtig ist. Ich muß das alles dem Abg. Thiele vorbehalten. Wogegen ich mich aber heute schon vermahne, ist, daß aus einer angeblich irrigen Mitteilung eines socialdemokratischen Abgeordneten Schlüsse auf die Glaubwürdigkeit der Socialdemokratie gezogen werden und diese herabgesetzt wird. Der Fall ist für mich aber durchaus noch nicht aufgeklärt. Für Herrn Arendt ist es sehr billig, gegen einen Abwesenden vorzugehen, um so billiger, als es ja nach den Gepflogenheiten des Hauses nun eine ganze Zeitlang dauern wird, bis Kollege Thiele Gelegenheit erhält, auf die Sache zurückzukommen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. Arendt (Rp.):

Ich konnte wohl voraussehen, daß Herr Thiele bei der dritten Lesung des Etats abwesend sein würde. Es ist ja keine Pflicht, bei einer so wichtigen Verhandlung nicht zu fehlen. (Oh! oh! links.) Herr Singer bemerkte ich, der Fall Rothe ist thatsächlich aufgeklärt. Ich habe hier die amtlichen Schriftstücke, die beweisen, daß Rothe seit 11 Jahren nicht mehr im Dienste der Pfannschelber Gewerkschaft steht. Gegen diesen Mann hat Herr Thiele hier die schwersten Beschuldigungen geschleudert. Wie es mit der Glaubwürdigkeit der Socialdemokratie steht, dafür ist ja die Tuderbrief-Affaire des Abgeordneten Webel der beste Beweis. (Auf links: Der alte Tuderbitter!) Ja, dieser Fall reißt sich dem Fall Rothe würdig an. (Beifall rechts.)

Abg. Singer (Soc.):

Herr Arendt sprach von der Pflicht des Kollegen Thiele, heute anwesend zu sein. Vielleicht wirkt er einmal einen Blick hinter sich und sieht wie viele von seinen Freunden fehlen. (Sehr gut! links.) Auch durch die letzte Rede des Abg. Arendt bin ich noch lange-

nicht überzeugt, daß der Fall Nothe in seinem Sinne aufgelöst ist. Soziale Demokratie ist noch nicht gegeben, daß Kollege Thiele im Unrecht gewesen ist. Aus einem zufälligen Irrtum aber die Glaubwürdigkeit der Partei an sich in Zweifel zu ziehen, darin liegt System, freilich ein System, das viel zu durchsichtig ist, als daß es glücken könnte. (Sehr richtig! links.) Wenn es eines Beweises bedürft hätte dafür, daß es sich bei Herrn Arendt nur um das System handelt, die Socialdemokratie zu discrediten, so wäre der Beweis durch den Hinweis auf den Luderbrief geliefert. Aber trotz des heutigen erneuten Angriffs wird es dem Abg. Arendt nicht gelingen, die Wahrheitsliebe meines Freundes Bebel in Zweifel zu ziehen. Es ist doch ein gewaltiger Unterschied, ob man bewußt die Unwahrheit sagt, oder hier Dinge im besten Glauben vordringt, bei denen einmal ein Irrtum unterlaufen kann. Dieses Vordringen von Thatsachen hatten wir, wenn es zur Aufhebung von Mißständen führen kann, für unsere Pflicht, und von dieser werden wir uns nicht abbringen lassen.

Abg. Dr. Baasche (natl.):

Namentlich im Anschluß an die eben geführte Debatte möchte ich einen Fall vorbringen, den ich sonst erst später zur Sprache gebracht hätte. Es handelt sich diesmal wieder um eine unrichtige Angabe des Abg. Bebel. Ich will ihm selbstverständlich nicht bewußte Unwahrheit vorwerfen, überhaupt alle Reflexionen beiseite lassen und nur den Fall selbst vortragen. Herr Bebel hat hier bei Gelegenheit der Flottenvorlage einen Fall mitgeteilt, bei dem die Firma Ludwig Löwe beteiligt ist. Er erzählte, daß ein 27 Jahre alter angesehener Mann entlassen worden sei, weil er nicht mehr als leistungsfähig gewesen sei. Als er um Aufhebung der Kündigung gebeten habe, hätte man nur mitteilend mit den Äheln gequält. Der Mann wäre darauf in den Tiergarten gegangen und hätte sich entleert. Frau und Kinder, so schloß Herr Bebel, fallen jetzt der öffentlichen Armenpflege anheim, und solche Behandlung läßt Firmen ihren Leuten zu teil werden, die bei der Flottenvorlage die Riesengewinne einstreichen. Ich habe über den Fall authentisches Material bekommen. Es ist richtig, daß der Mann 27 Jahre im Dienst der Firma Löwe gestanden hat. Er ist dort als einfacher Arbeiter eingetretten und wurde später im Bureaudienst beschäftigt, in der letzten Zeit mit einem Jahresgehalt von 1500 M. (Hört! hört! rechts.) Der Mann hat seine Schulbildung nicht im vollen Ausmaß erhalten, der Director sieht bei ihm fortwährend auf Widerspruch und erklärte schließlich, daß er nicht mehr mit ihm ankommen würde. So bekam er die Kündigung und zwar eine Kündigung auf ein halbes Jahr. Der Mann hat um Aufhebung der Kündigung und wurde an den Generaldirektor gewiesen. Dieser hat etwa nicht, wie Herr Bebel es dargestellt hat, untheilhaftig mit den Äheln gequält, sondern er hat ihm gesagt, es sei unmöglich, ihn an der bisherigen Stelle weiter zu beschäftigen, aber wenn er fortan seine Arbeit fleißig weiter thun wolle, würde er vielleicht in einem andern Zweig des Geschäftsbetriebes übernommen werden. Der Mann ist zunächst ruhig an seine Arbeit zurückgekehrt, hat sich aber am Abend des Tages entleert. Wie verhält es sich nun mit Frau und Kindern, die nach Herrn Bebel's Angaben der Armenpflege anheimgefallen sein sollen. Ich habe hier eine lange Rechnung, aus welcher hervorgeht, daß die Firma nicht weniger als 1118 M. für Verdienstaufgaben gezahlt hat, darunter 237 M. für die Trauerkosten der Witwe. Außerdem hat die Firma Ludwig Löwe der Witwe eine Jahrespension von 1200 M. ausgesetzt, auch in Erwägung gezogen, ob ihr nicht vielleicht auch noch ein kleines Kapital, mit dem sie ein Geschäft anfangen könnte, zur Verfügung gestellt werden soll. So sehen die Dinge in Wahrheit aus, die hier Herr Bebel mit großer Pathos im Ton des Anklägers vorgebracht hat. Ich will, damit sich Herr Singer nicht wieder ereifert, die Konsequenzen nicht ziehen, das wird das Haus von selbst thun. (Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Bebel (Soc.):

Der Fall Löwe ist durch eine ganze Reihe von Verzerrungen gegangen. Außerdem ist mir die Wahrheit des Vorfalles damals von einem Kollegen aus meiner Fraktion, der die Mitteilungen von Angehörigen des Löwen'schen Bureaus selbst hatte, bestätigt worden. Eben wird mir mitgeteilt, daß die Pension der Witwe erst nach der Erörterung des Falls im Reichstage angesetzt wurde. Mehr kann ich jetzt nicht sagen. Ich kann nur meine Verwunderung darüber ausdrücken, daß Herr Löwe die Freigebungen so lange unbedingtheit gelassen hat. Der Luderbrief wird ja von Herrn Arendt gewohnheitsmäßig hier vorgebracht. Er hat zwei Stiefkinder, den Vincentinum und den Luderbrief. Ich kann nur nochmals erklären, daß, als ich die Sache vordröge, ich keinen Grund hatte, an der Glaubwürdigkeit meiner Quelle zu zweifeln. Alles andre angeht den Luderbrief hat sich ja auch bestätigt. Solch ein Irrtum kann aber jeden passieren, der im öffentlichen Leben steht und öffentliche Mißstände zu rügen hat. (Widerspruch rechts.) Das passiert sogar Staatsanwälten, die mit allen Mitteln ihres Amtes ausgestattet sind, die uns Abgeordneten gänzlich fehlen. Auch Staatsanwälte passieren es, daß sie eine oft lange vorbereitete Anklage schließlich als völlig haltlos aufgeben müssen. Im übrigen ist es ja nur der Verger, daß durch mein Material der Sturz des Herrn Peters herbeigeführt ist, was seinen Freund Arendt immer wieder veranlaßt, diese alten Kamellen hier aufzuwärmen.

Abg. Dr. Baasche (natl.):

Die eben gegebene Antwort des Abg. Bebel ist ja für seine Art sehr charakteristisch. Er besitzt eine geradezu grenzenlose Leichtgläubigkeit. Eben wird ihm mitgeteilt, so sagt er, daß die Pension erst nach den Reichstagsverhandlungen gezahlt worden sei. Herr Bebel hat die Sache hier am 10. Februar zur Sprache gebracht. Der stenographische Bericht ist erst am 12. erschienen, und am 13. Februar habe ich bereits einen Brief des Herrn Löwe in Händen gehabt, worin von der Pension und dem Plan der Gewährung eines kleineren Kapitals zur Errichtung eines Geschäftsbetriebes die Rede ist. Das muß also alles schon früher gespielt haben. Sie sehen daraus, wie leichtfertig (kann links) hier vom Abgeordneten Bebel Behauptungen angefertigt werden. Können Sie mir irgend einen Abgeordneten aus einer anderen Partei nennen, dem solche Irrtümer nachzuweisen sind? Sie werden es nicht können. Dieses von uns als so leichtfertig gekennzeichnete Verfahren wird nur von der Socialdemokratie angewendet, und nicht einmal, sondern dazumal. (Beifall.)

Abg. Dr. Arendt (Rp.):

Von uns passiert es niemand, daß er sich ohne genügende Informationen hier zum öffentlichen Ankläger macht und einen nicht anwesenden mit schweren Anklagen überschüttet. Den Vorwurf bewußter Unwahrheit habe ich Herrn Bebel nicht gemacht, das würde schon der Herr Präsident nicht zulassen. Der Luderbrief ist ein Beispiel dafür, auf wie unwahren Grundlagen die Anklagen der Herren Socialdemokraten beruhen. (Sehr richtig rechts.) Was bei den Socialdemokraten Herr Bebel meint, alles übrige, was er gegen Peters vorgebracht, hätte sich bestätigt. Ich habe aber hier bereits einmal nachgewiesen, daß sich gar nichts bestätigt hat. Herr Bebel verweist auf den Staatsanwalt. Aber Sie sind doch eben keine Staatsanwälte, sind nicht amtlich dazu berufen, Personen durch schwere Anschuldigungen bloßzustellen. Sie glauben aber alles, was in Ihren Aram paßt, um es hier vorzubringen. Als alter Parlamentarier sollte Bebel doch wissen, daß wir auf die geeignete Tagesordnung warten müssen, um solche Dinge hier nochmals zur Sprache zu bringen. Was den Fall Nothe betrifft, so will ich antworten, was Herr Thiele zu sagen hat. Es ist wichtig, daß wir diese Dinge immer wieder hier richtig stellen, um zu verhindern, daß das Bureau des Reichstags nicht durch beweislose Beschuldigungen von jener Seite herabgedrückt wird. (Bravo! rechts. Lachen bei den Socialdemokraten.)

Abg. Bebel (Soc.):

Wenn der Reichstag darauf hätte warten müssen, bis Herr Arendt hier ist, um seine Würde zu wahren, dann wäre es wirklich tönzig mit ihm bestellt. (Weiterkeit und Zustimmung bei den Social-

demokraten.) Der Ton, den er hier hineingebracht, ist wirklich nicht geeignet, die Würde des Hauses zu heben. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Wir sind unserer ganzen Voreinstellung nach hier die öffentlichen Ankläger, während Sie in den meisten Fällen die Stellung der Verurtheilten einnehmen. (Kann rechts. Bravo! bei den Socialdemokraten.) Der Luderbrief hat niemals in den Zeitungen gestanden, das stelle ich zunächst fest. Im übrigen bleibe ich dabei, daß nur meine damalige Kalligraphie gegen Peters zu dem gerichtlichen Verfahren gegen Peters geführt hat. Da Herr Arendt auf die alte Geschichte wieder zurückkommen will, werde ich dafür sorgen, meine Arien über den Fall bei der Hand zu haben. Nun noch ein Wort an den Abgeordneten Baasche. Ich habe nur gesagt, mir sei von vertrauenswürdiger Seite mitgeteilt worden, die Pension an die Familie sei erst bewilligt worden, als die Angelegenheit hier erörtert worden sei. Ich weiß, daß Herr Isidor Löwe an dem Tage noch, wo ich die Angelegenheit hier zur Sprache brachte, die Sache berichtet worden ist. Herr Löwe geriet begreiflicherweise in höchste Aufregung. Zu der Presse ist der Fall wochenlang besprochen worden, ohne daß von der Firma eine Berichtigung erfolgte, während die Herren doch sonst immer mit Berichtigungen sehr reich bei der Hand sind. (Sehr richtig! bei den Soc.) Grade das Schweigen fiel mir auf und veranlaßte mich, die Sache hier zur Sprache zu bringen. Herr Baasche hat mir Rechtfertigungsvorgeworfen. Das muß ich mir gefallen lassen. Wenn mir von vertrauenswürdiger Seite Angaben über öffentliche Mißstände gemacht werden, dann halte ich mich verpflichtet, sie hier zur Sprache zu bringen. Wenn in den Hunderten von Fällen einmal einer ist, bei dem nicht alle Angaben stimmen, so müssen wir uns Vorwürfe gefallen lassen. Das passiert jedem, der als öffentlicher Ankläger gegen Staat und Gesellschaft auftritt. (Bravo! bei den Socialdemokraten.) Die Löwen'sche Sache werde ich weiter verfolgen, soweit ich die Möglichkeit dazu habe und bei erster Gelegenheit darauf zurückkommen.

Beim Kapitel „Allgemeine Fonds“ beantragt Fürst zu Jun- und Annpflanzen (l.) folgende Resolution:

Den Herrn Reichsanwalt zu ersuchen, im Interesse der Hochseefischerei in der Nordsee Verhandlungen mit den Staaten Holland, England, Dänemark und Schweden-Norwegen anzufangen, und zwar in der Richtung, daß erstens Einfuhr einer Schonzeit für Fische vom 1. Februar bis 1. Mai, zweitens die Festlegung von Schonrevieren für Fischdampfer, drittens die Festlegung der Trawl-fischerei (Grundschleppnetzfischerei) oder wenigstens doch die Einschränkung derselben auf bestimmte Fischgründe unter den bei der Hochseefischerei interessierten Staaten vereinbart würde.

Abg. Dr. Hahn (l.)

begrüßt die Anregung, die durch diese Resolution gegeben wird. Ob die einzelnen Forderungen als wichtig anzuerkennen sind, darüber müssen doch Erfahrungen gesammelt werden. Allzu scharfe Maßregeln werden jedenfalls nicht getroffen werden dürfen. So halte ich ein striktes Verbot der Schleppnetzfischerei für nicht angebracht.

Staatssekretär Graf Posadowski: Ich bitte Sie, die Erledigung dieser Fragen zu stellen, bis die Resultate von der Stockholmer internationalen Konferenz vorliegen, die Untersuchungen über die geographischen und biologischen Verhältnisse der nördlichen Meere und vor allem die Lebensbedingungen der Nordseefische betreffen.

Abg. Müller-Sapau (fr. Sp.) bittet auch diese Untersuchungen abzuwarten und zeitliche Zurückziehung der Resolution an.

Abg. Fürst Jun- und Annpflanzen (l.) zieht infolge der Erklärung des Staatssekretärs die Resolution zurück.

Im Kapitel „Reichs-Gesundheitsamt“ beantragen die Abg. Reubold und Genossen (E.) folgende Resolution: Die verschiedenen Regierungen zu ersuchen, angefaßt der überaus schweren wirtschaftlichen Schädigungen, welche durch die Maul- und Klauenseuche, sowie durch die zur Verhütung ihrer Weiterverbreitung angeordneten Sperrmaßnahmen in den letzten Jahren herbeigeführt worden sind, die bestehenden Vorschriften über Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche auf Grund der gemachten Erfahrungen einer eingehenden Revision zu unterziehen, insbesondere darauf Bedacht zu nehmen, daß vor Anordnung der Sperr eines Orts, einer Feldmark oder eines sonstigen Sperrgebietes und des Partiverbotes die Notwendigkeit einer sorgfältigen Prüfung und jede Verzögerung bei Aufhebung dieser Maßregeln vermieden wird.

Staatssekretär Graf v. Posadowski:

Im Reichs-Gesundheitsamt ist bereits erwogen worden, ob die Institutionen zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche zu ändern sind. Die Regierung wird in eine erneute eingehende Prüfung der Angelegenheit gern eintreten und dabei die Wünsche des Reichstages berücksichtigen. Die Hauptursache der Seuchenverbreitung liegt in der Abhaltung von Viehmärkten in versehrten Gegenden. Hieran vermag das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Sociales.

Rückfällige Verbrecher.

Die Zeitschrift des königl. preussischen statistischen Bureaus veröffentlicht einige interessante Tabellen über die Verhältnisse der rückfälligen Inhaftungsgefangenen in Preußen. Der Gesamtbestand an Rückfälligen in den preussischen Zuchthäusern vom 1. Oktober 1894 bis zum 31. Oktober 1897 betrug 15 539 männliche und 2510 weibliche, zusammen also 18 049 Personen. Davon waren zur Zeit der Aufnahme der Statistik 306 Männer und 42 Frauen jünger als 21 Jahre, 570 Männer und 136 Frauen waren 60 bis 70 Jahre alt, 113 Männer und 37 Frauen waren über 70 Jahre alt. Die größte Anzahl, nach zehnjährigen Altersabschnitten, wies das Alter von 30 bis 40 Jahren auf, nämlich 4937 Männer und 720 Frauen. Es waren 1820 männliche und 308 weibliche Personen mehrfach geboren; verheiratet waren nur 4380 Männer und 781 Frauen. Von den Verheirateten hatten 481 mehr als 5 Kinder. Von den weiblichen Gefangenen hatten 565, das ist fast ein Viertel, unehelich geboren.

Von der Gesamtzahl der Gefangenen hatten 2778 männliche und 452 weibliche vor dem vollendeten 14. Lebensjahre den Vater, 1788 männliche und 328 weibliche die Mutter und 840 männliche und 187 weibliche beide Eltern verloren. Zwischen 14 und 18 Jahren verloren den Vater 1021 männliche, 163 weibliche, die Mutter 766 männliche, 114 weibliche, beide Eltern 137 männliche und 30 weibliche, so daß also bei 8003, das ist beinahe die Hälfte der Rückfälligen, vor dem 18. Lebensjahre eine empfindliche Störung der häuslichen Verhältnisse eintrat. Nicht bei den Eltern erzogen waren 2500, davon hatten 355 männliche und 13 weibliche Personen den Segen der Zwangserziehung genossen, während überdies 4205, also mehr als ein Viertel, noch die segensreiche Kasernen-erziehung genossen hatten.

Hinsichtlich der Bildung der rückfälligen Zuchthäuser wurde ermittelt, daß 7228 männliche und 1361 weibliche nur eine mangelhafte, 1006 männliche und 485 weibliche überhaupt keine Schulbildung genossen hatten; es sind also weit über die Hälfte, nämlich 10 080 Personen, nicht einmal der vollständigen Volksschulbildung teilhaftig geworden.

Bei 6574 Männern und 1008 Frauen betrug die Dauer erlittener Vorstrafen mehr als 5 Jahre. Bei Begehung ihrer ersten Straftat standen 1029 männliche und 121 weibliche Personen im Alter von unter 14 Jahren und 4310 männliche sowie 628 weibliche im Alter von 14 bis unter 18 Jahren. Es haben also 6086 oder ein Drittel der rückfälligen Zuchthäuser ihre erste Straftat im Alter von unter 18 Jahren begangen, was besonders beachtlich ist im Zusammenhang mit der Zahl derer, in deren häuslichen Verhältnissen Störungen eintraten und der Zahl der mangelhaft Gebildeten.

Es befanden sich unter den Gefängten 4473 männliche und 457 weibliche Gewohnheitssträfer, 2817 männliche und 268 weibliche Landstreichler, während 61 männliche und 671 weibliche Personen, das ist ein Viertel der gezählten weiblichen, „geverbsmäßige Unzucht“ trieben.

Das genaueste Zahlenbild erfährt erst erst die rechte Vollenbung durch die Angabe, daß 16 355 der Verbrecher, nämlich 13 931 Männer und 2424 Frauen nur ein Einkommen bis zu 500 M. hatten, und daß bei 15 906, nämlich 13 555 Männern und 2351 Frauen Verbrechen und Vergehen gegen das Vermögen die Ursache der letzten Bestrafung war, während die Ursache der ersten Bestrafung bei 11 930 männlichen und 2191 weiblichen in Verbrechen und Vergehen gegen das Vermögen bestand.

Den Schluß der Tabellen bildet eine Betrachtung über die Wahrscheinlichkeit des Rückfalls nach der Verbüßung der laufenden Strafe, deren Ergebnis ist, daß nur bei 1004 der Rückfall nicht wahrscheinlich ist und zwar bei 16 658 wegen Unverbesserlichkeit.

Diese Zahlen über die Einkommensverhältnisse der Verbrecher in Verbindung mit dem amtlichen Jugendstandnis der Unverbesserlichkeit fast sämtlicher Rückfälligen bildet eine ebenso schneidende Kritik der sozialen Verhältnisse wie der Kuppligkeit der Strafe. Sie zeigen ganz unbestritten den Zusammenhang zwischen den sozialen Zuständen und Verbrechen, und sie zeigen, wie ohnmächtig die heutige Gesellschaft mit ihrem Strafsystem dem Verbrechen gegenüber ist. Sie zeigen auch, wie thöricht das Verlangen nach Verschärfung des Strafvolkszugs ist; 16 658 von 18 049 Verbrechern werden als unverbesserlich bezeichnet. Wird auch nur das geringste für die Gesellschaft gewonnen, wenn diese Unverbesserlichen noch härter behandelt werden, als sie in den Zuchthäusern heute schon behandelt werden? Man Sorge für eine Verbesserung der sozialen Verhältnisse und man wird den größten Teil der heutigen Verbrecher vor dem Verbrechen bewahren und sie als nützliche Glieder der menschlichen Gesellschaft erhalten.

Aus der Geschäftsübersicht des Reichs-Versicherungsamts

teilen wir heute noch einiges über die Invalidenversicherung mit. Danach wurden vom 1. Januar 1891 bis 31. Dezember 1899 477 990 Invalidenrenten und 355 253 Altersrenten bewilligt. Davon liefen im Jahre 1899 noch 345 200 Invalidenrenten und 213 800 Altersrenten; abzüglich einiger im Laufe des Berichtsjahres umgewandelter Renten belief sich 1899 die Gesamtzahl der Rentenempfänger auf 557 800, die zusammen 68,7 Millionen Mark Renten empfangen.

Beitragsverpflichtungen waren 1899 rund 167 000 zu verzeichnen. Die Einnahmen der Versicherungsanstalten aus Beiträgen beliefen sich nach Abzug der Verwaltungskosten auf rund 111 Millionen Mark und seit 1891 insgesamt auf 888,7 Millionen Mark.

Aus dem Gebiet der Rechtspflege ist interessant eine Vergleichung der Häufigkeit der Berufungen gegen Entscheidungen der Versicherungssträger bei der Invalidenversicherung und der Unfallversicherung. Berechnet auf 100 berufungsfähige Entschiede der Berufsgegenstände betrug die Zahl der eingelegten Berufungen 21,56, während gegen 100 berufungsfähige Entschiede der Versicherungsanstalten nur 6,5 Berufungen eingelegt wurden. Der Schluß dürfte nicht schlagend sein, daß die von den Berufsgegenständen, das heißt den Zahlungspflichtigen selber, gestroffenen Entscheidungen mehr das Interesse der Zahlungspflichtigen als etwas andres berücksichtigen.

Von den Beständen der Versicherungsanstalten wurden 52 Mill. Mark für den Bau von Arbeiterwohnungen, 45,2 Mill. Mark für landwirtschaftliche Zwecke und 36,4 Mill. Mark für Krankenhäuser, Herbergen zur Heimat, Volkshäuser, Kleinkinderschulen u. ausgegeben.

Ueber die Heinen Zerkowen hier und in der Umgegend sollen, wie die „Berl. Korresp.“ berichtet, auf Anweisung des Ministers der hiesige Polizeipräsident und der Regierungspräsident von Potsdam Erhebungen veranstalten. Der Polizei habe sich die Ueberzeugung aufgedrängt, daß die Heinen Wasserfallenhandlanger von ihren Meißnern arg ausgebeutet und mißhandelt würden, und die anzustellenden Erhebungen, die sich vor allen Dingen auf Entlohnung, Beschäftigung und Unterkommen beziehen, sollen die Grundlage für Schutzmaßnahmen liefern.

Die Ankunft eines geizigen Jungen
zeigen hiermit an
Dr. Zadek und Frau.

Deutsche
Metallarbeiter-Gewerkschaft.
Todes-Anzeige.

Allen Mitgliebern hiermit die traurige Nachricht, daß unser Kollege, der
Schlosser
Heinrich Metzger

im Alter von 43 Jahren am 26. März, morgens, verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 29. d. M., nachmittags um 7 1/2 Uhr, vom Kaiserstr. 115, nach dem Kirchhof der Goltzha-Bezirk, Parochstraße, statt.

Um rege Beteiligung erucht
Die Ortsverwaltung.

Jun- und Annpflanzen!
Gebrochtes Rothholz, Bretter,
Satten, Weiden, Äheln, Fenster, Dach-
pappe billig.
1893
H. Röhle, Kolthauer Damm 22.

Central-Annten- u. Sterbe-
kaffe d. Deutschen Wagenbauer.
(Berlin-Gesundbrunnen.)
Am Sonntag verstarb unser Mitglied
Bernhard Kristen.
Die Beerdigung findet heute, Mitt-
woch, den 28. März, nachm. 4 Uhr,
von der Wohnung, Kolonnenstr. 6, nach
dem Seebald-Kirchhof in Reinick-
dorf statt.
1916
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Danksagung.
Allen Freunden, Verwandten und
Gemeinden sowie dem Uebel und den
Kollegen der Firma Vollschneider,
Kahnen-Allee 77, für die zahlreiche
Beteiligung sowie die stützende
Beitragung meiner lieben
Frau Amanda Müller geb.
Nasshul meinen herzlichsten Dank.
Der trauende Gatte Heinrich Müller
nebst Kindern. 1916

Partei-Expeditionen:

Berlin vierter Wahlkreis O.: Robert Wengels, Große
Frankfurterstr. 133, Hof part. - SO.: Fritz Thiel, Schillerstr. 35 v. part. -
Sechster Wahlkreis (Noabit): Paul Anders, Salzweber-
straße 8, part. im Norden. - Wedding und Oranienburger
Vorstadt: Emil Stolzenburg, Bienenstraße 14. - Gesund-
brunnen: Wilhelm Gahmann, Grünhaldenstr. 65. - Rosen-
thaler Vorstadt und Schönhauser Vorstadt: Karl Wiers,
Kahnen-Allee 95/96. - Charlottenburg: Gustav Schwartzberg,
Felsenheimstr. 1. Gde. Goethestr. v. 1. Trepp. - Deutsch-Wilmers-
dorf: Th. Müller, Behlmerstr. 182/183, rechter Seitenstr. und 19. Trepp.
Kuhndamm, v. 1. - Friedrichsberg-Friedrichsfelde: Carl
Bell, Berlin O., Friedrichstr. 4. - Grünau: Engel, Dahmebr. 6.
Rixdorf: Oker mann, Grisebr. 6. - Schöneberg: Wite. Baumler,
Köpenick-Panitzsch, 13. Euergeb. Gde. - Ober-Schöneweide:
Otto John, Wilhelmstr. 18. - Nieder-Schöneweide:
Karl Weyer, Gärtenstraße 18. - Johannisthal: Zentl, Eden,
Rebaustr. - Adlershof: Ray Wards, Meyerstraße 4. -
Cöpenick: Franz Weyer, Gärten-Gaulein, Grünhaldenstr. 1. -
Friedenau-Steglitz: v. Bernies, Rixdammstr. 15 in Friedenau.
Befehlungen nehmen entgegen in Steglitz: v. Mohr, Tüppelstraße 8,
und Fr. Schellhauer, Köpenick, 10a. - Baumschulenweg:
Krebs, Baumschulenweg 32, Hof links II. - Neu-Weissensee:
Expedition Heinrich Bachmann, Ledderstraße 1, part. links.

Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen
Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für
den „Vorwärts“ entgegengenommen.
Um genauere Angabe der Adresse wird drin-
gend gebeten.

Bitte ausschneiden!
Die Parteipedition des 1. Wahlkreises (Osten) be-
findet sich vom 3. April an Gr. Frankfurterstr. 133,
Hof part.

R. Wengels.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 28. März.
Opernhaus. Sigaros Hochzeit. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Die Tochter des Croesus. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Der Probediener. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig. Was ich wiederkam... Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Ueber unsre Kraft. Anfang 7 1/2 Uhr.
Stened. Im Gril. Anfang 7 1/2 Uhr.
Hoftheater. Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.
Welfen. Die Jüdin. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Gebildete Menschen. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Im Himmelhof. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luise. Der Erbforster. Anfang 8 Uhr.
Central. Die Puppe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Belle-Alliance. Cigarettenmädchen. Anfang 8 Uhr.
Carl Weis. Der Minentönig von Transvaal. Anfang 7 1/2 Uhr.
Victoria. Dichter und Bauer. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmstädter. Die Braut von Messina. Anfang 8 Uhr.
Wilhelm. Die Circus-Fee. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Die verkehrte Welt. Anfang 7 1/2 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Im Reiche des Indra. Anfang 7 1/2 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Die neue Herrin. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panopticum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Anwaltsstr. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.
Taubenstr. 18/19. Abends 8 Uhr: „Von den Alpen zum Vesuv“.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Gebildete Menschen.
Aufspiel in 3 Aufz. von Victor Böon.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Hilrich Lornsen.
Freitag, abends 8 Uhr:
Hilrich Lornsen.

Belle-Alliance-Theater.
8. Gokspiel des Wiener Operetten-Theaters (Bühne ohne Männer).
Direktor: Gothof-Grüneke.
Zum 8. Male:
Cigarettenmädchen.
Operette in 1 Akt v. Gothof-Grüneke.
Ein Studentenstreich.
Operette in 2 Akt v. Gothof-Grüneke.
Anfang 8 Uhr.

Central-Theater
Direktion: José Ferenczy.
Nur noch 3 Aufführungen!
Die Puppe.
(La Poupée).
Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Odouneau und Sturgen.
Musik von Ed. Kadran.
Morgen und folgende Tage: Die Puppe (La Poupée).
Sonabend, den 31. März, zum erstenmal: Die Heiratstüchtigen.
Baudelle in 3 Akten von Carl Meyer-Helmund.
Sonntagvormittag 11 Uhr zu halben Preisen: Der Verrückte. Von C. Müllner.

Thalia-Theater.
Tel. Amt IVa 6440, Dresdenstr. 72/73.
Täglich: Riesenscherer!
Im Himmelhof.
Thomas, Liebfischer, Heineking, Guntermann, Baumhacker.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Im Himmelhof.

Carl Weiss-Theater
Gr. Frankfurterstr. 132.
Täglich: 8 Uhr: Der Minentönig von Transvaal.
Vorgangsbillets haben Gültigkeit.
Zum Krüger: Dir. Carl Weis.
Morgen und folgende Tage: Der Minentönig von Transvaal.

Passage-Panopticum.
35
Togo-Neger
(28 Mädchen, 5 Männer, 2 Kinder).
Vorstellung um 11, 12, 3 1/2, 4 1/2, 5 1/2, 6 1/2, 7 1/2, 9 Uhr.
Von 7-10 1/2 Uhr:
Théâtre varié.

Urania
Taubenstr. 18/19.
Im Theater abends 8 Uhr:
„Von den Alpen zum Vesuv“
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

CASTANS PANOPTICUM
165, Friedrichstr. 165.
Im glänzend restaurierten Theatersaal:
Vorführung lebender Photographien in Lebensgrösse.
Der englische Riese nur noch kurze Zeit.
In der Schreckenkammer Heinze, der Mörder.

Apollo-Theater.
Heute:
Grosse Festvorstellung anlässlich der
** 100. **
Aufführung der Paul Linckeschen Operette
Im Reiche des Indra.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Metropol-Theater.
Täglich um 9 Uhr 30 Min.:
Verkehrte Welt!
mit der hochoriginiellen
Weiber-Parade.
Vorher:
Das große März-Spezialitäten-Programm:
Die 8 Diamants,
Deltorelli-Trio, Fred Gillet,
Sandor-Trio, Les Rissots,
The Daytons, Mary Wolf etc.
Anfang an Wochentagen um 8, an Sonntagen um 7 1/2 Uhr.

Palast-Theater
früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
Beste Bühne
die so erfolgreichsten
Kunst-Spezialitäten.
Noch nie dagewesen!
14 dressierte Ziegen.
Um 8 1/2 Uhr: Zirkusier-Beispiel.
Direktor Wilhelm Probel in der Berliner Volks-Operette
Die neue Herrin.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Billet-Vorverkauf v. 11-1 Uhr.
Sonabend: Vierter Familien-Arzt.
Tanz vor Offern. Abgedr. Vorstellung des gesamten Spezialitäten-Programms.

Cirkus Schumann.
Donnerstag, den 12. April:
Unwiderstehlich leichte Vorstellung.
Schluss der ersten Saison.
Heute, Mittwoch, den 28. März, abends prächtige 7 1/2 Uhr:
Zum 54. Male:
Doktor Faust.
Eine romantisch-phantastische Handlung in drei Abteilungen von Hofballmeister A. Siems.
Außerdem: Die mehrfach prämierten Hunde des Mr. Wilkes. Pferde als Akrobaten.
Grande fontaine hippique von den Kappphengeln.
„Zhaun“, engl. Volkstanz-„Spring-Phän.“, Vortrag über 2 Meier Teile Barriere etc.
Originalrequisiten des Direktors Albert Schumann. Ein musikalisches Entree von 60 Damen, sowie Auffreten sämtlicher neu engagierten Kunstkräfte.

Sanssouci
Kottbuserstr. 4a.
Heute Mittwoch:
Keine Soiree.
Donnerstag, d. 29. März:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger
Wir von der Kavallerie.
Nach der Solore: Tankränzchen.

Robert Müller & Co.
Altzäckchen-Wehjelburg, Agr. Eschj.
Holzschuh- und Holzpantoffel-Fabrik,
empfehlen alle Sorten
Lederschuhe und Pantoffeln mit Holzsohlen.
Gratte Arbeit. - Gute, passende Façon. - Billigste Preise. - Die nur Wiederverkäufern zu Diensten stehen.
Illustrierte Preisliste gratis und franco.
Eigene Sägewerke. Lieferanten an Konsumvereine.

S. Neumanns Central-Bazar, 62 Andreasstr. 62 und 20 Münzstr. 20
empfehlen zum bevorstehenden Umzug zu aussergewöhnlich billigen Preisen sein reichhaltiges Lager bestehend in
Haus- und Küchengeräten, Emaille, Glas, Porzellan, Holzwaren, Besenwaren, Lampen usw.

Cirkus Busch.
Nur noch kurze Zeit!
Heute Mittwoch, d. 28. März 1900, abends 7 1/2 Uhr: Soiree equestre, zum 130. Male: Die Camorra. Außerdem: Die Brigard-Troupe. Dreigepaun von Hrn. Burkhart-Hottel. Die weiße Dame. Contre-Dance zu Pferde. Goussinischer Kompaedieg. Die Clomnd mit neuen Spöken.

W. Noacks Theater,
Brunnendrohe 16.
Heute Mittwoch, den 28. März 1900:
Begen Privatfehllichkeit keine Vorstellung.
Donnerstag:
Der Gold-Düfel.

Reichshallen.
Täglich: Stettiner Sänger
Anfang:
Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pfennig.
Vorverkauf 40 Pf.

Wilhelm-Theater.
Dresdenerstr. 96.
Die Cirkus-Fee.
Operette in 2 Akten von G. Gleich.
Musik von H. Scheibenhöfer.
Billetverkauf von heute ab im Theaterbureau.

Dr. Lange,
Zahnziehen schmerzlos. Sprechst. 8-5. Blumenstr. 25. Gede Hartstr. 10.

Schnegelsbergers Festsäle, Hasenheide 21, Jahnstr. 8.
Inhaber: Max Schindler. - Telefon: Amt IV Nr. 1132.
Heute: Großer Ball
als Spezialität: Pfannkuchenregen verbunden mit Schlangen- und Apfelsinen-Rogen und diversen Ueberraschungen.
Täglich: Spezialitäten-Vorstellung. Entree frei.
Empfehle den geübten Gewerkschaften, Vereinen, Fabriken etc. meine Zäte, 300 und 1200 Personen fassend (mit Bühne) zu Verammlungen und Festlichkeiten jeder Art.

Neu-Rahnsdorf Restaurant Neuer Krug
Gegr. 1847. Inhaber: Fr. Domning. Gegr. 1847.
Vorortverkehr von sämtl. Stadtbahnhst. an der Obersee, zwischen Rüggelel und Damerigee. [40209]
Ueberrahrt nach: Grünau, Müggelheim, Gosen.
Schönste und größte Lokal der Obersee an herrlichem Wald und Wasser, besonders geeignet für Vereine und Gesellschaften.
Großer Park. Neuer Tanzsaal. Spielplätze. Billard. Regellebahn. Ruderboote.
Vorzügliche Küche, Hiesige und Münchner Biere. Feine Weine, Kaffeeküche.
Riesen-Schinkenstullen.

550 mal so süß wie Zucker ist Saccharin.
der gesetzlich geschützte Original-Süsstoff.
Ärztlich empfohlen.
Vollkommen 'unschädlich'.
Für den Haushalt vorzüglich geeignet:
Saccharin-Tabletten
1 TABLETTE
Nr. 1 (110 fäch) - Ersatz für 1 1/2 Stück Würfelzucker
• 2 (180 fäch) - • • 1/2 Pfund Zucker
• 3 (350 fäch) - • • 1/2 „
• 4 (350 fäch) - • • 1/2 „
Ersatz für 1 Pfund Zucker = 10 Pf.
Schmeckt angenehm süß, wenn gelöst.
Warnung vor Nachahmungen!
Man verlange überall ausdrücklich SACCHARIN!

Robert Müller & Co.
Altzäckchen-Wehjelburg, Agr. Eschj.
Holzschuh- und Holzpantoffel-Fabrik,
empfehlen alle Sorten
Lederschuhe und Pantoffeln mit Holzsohlen.
Gratte Arbeit. - Gute, passende Façon. - Billigste Preise. - Die nur Wiederverkäufern zu Diensten stehen.
Illustrierte Preisliste gratis und franco.
Eigene Sägewerke. Lieferanten an Konsumvereine.

Achtung, Vereine!
1. Osterfeiertag großer Saal für 300 Personen frei.
Englischer Garten
Alexanderstr. 27. (40189)

Sofastoff-Reste
ausreichend zu Bezügen, in Wolllrips, Damast, Phantasie, Moquet und Plüsch, sowie Satteltaschen, nur gute Qualitäten, bedeutend unter Preis.

J. Adler, Teppichhaus,
Königstr. 20, dicht am Rathaus. [3914L]
nur deutsche Ware!
mager a Pfd. 65 Pfg.
del. a Pfd. 55 „
fetter 55 „
prima a Pfd. 1,10, halbharte a Pfd. 85 Pfg.
a Pfd. 90 Pfg.
Tinden-Str. 10.

Gänsefedern 60 Pf.
pr. Pfd. (größere zum Reigen).
Schlafgedern, wie sie d. d. Gans fallen, mit allen Daunen M. 1,50, äußerster Gänsefedern M. 2,00, bessere daunige Waare M. 2,50, 3,00, sehr schone weiße M. 3,50, russische Daunen M. 3,50, weiße hohe Daunen M. 5,00, gefüllte Federn M. 1,50, 2,00, 3,50. Prima gerillene M. 3,00, 2,50. Versend. gegen Nachnahme. Berlin S., Oettingenstr. 46a. Erste Bettfedernfabrik u. elect. Betriebe. Viele Uebernahmungsstellen.

Neu-Rahnsdorf Restaurant Neuer Krug
Gegr. 1847. Inhaber: Fr. Domning. Gegr. 1847.
Vorortverkehr von sämtl. Stadtbahnhst. an der Obersee, zwischen Rüggelel und Damerigee. [40209]
Ueberrahrt nach: Grünau, Müggelheim, Gosen.
Schönste und größte Lokal der Obersee an herrlichem Wald und Wasser, besonders geeignet für Vereine und Gesellschaften.
Großer Park. Neuer Tanzsaal. Spielplätze. Billard. Regellebahn. Ruderboote.
Vorzügliche Küche, Hiesige und Münchner Biere. Feine Weine, Kaffeeküche.
Riesen-Schinkenstullen.

Neu-Rahnsdorf Restaurant Neuer Krug
Gegr. 1847. Inhaber: Fr. Domning. Gegr. 1847.
Vorortverkehr von sämtl. Stadtbahnhst. an der Obersee, zwischen Rüggelel und Damerigee. [40209]
Ueberrahrt nach: Grünau, Müggelheim, Gosen.
Schönste und größte Lokal der Obersee an herrlichem Wald und Wasser, besonders geeignet für Vereine und Gesellschaften.
Großer Park. Neuer Tanzsaal. Spielplätze. Billard. Regellebahn. Ruderboote.
Vorzügliche Küche, Hiesige und Münchner Biere. Feine Weine, Kaffeeküche.
Riesen-Schinkenstullen.

Robert Müller & Co.
Altzäckchen-Wehjelburg, Agr. Eschj.
Holzschuh- und Holzpantoffel-Fabrik,
empfehlen alle Sorten
Lederschuhe und Pantoffeln mit Holzsohlen.
Gratte Arbeit. - Gute, passende Façon. - Billigste Preise. - Die nur Wiederverkäufern zu Diensten stehen.
Illustrierte Preisliste gratis und franco.
Eigene Sägewerke. Lieferanten an Konsumvereine.

Robert Müller & Co.
Altzäckchen-Wehjelburg, Agr. Eschj.
Holzschuh- und Holzpantoffel-Fabrik,
empfehlen alle Sorten
Lederschuhe und Pantoffeln mit Holzsohlen.
Gratte Arbeit. - Gute, passende Façon. - Billigste Preise. - Die nur Wiederverkäufern zu Diensten stehen.
Illustrierte Preisliste gratis und franco.
Eigene Sägewerke. Lieferanten an Konsumvereine.

Die gestrige Generalversammlung der Berliner Holzindustriellen und Tischlermeister hat den Streit für beendet erklärt, wir laden deshalb sämtliche Arbeiter, auch diejenigen, die seiner Zeit von den Arbeitgebern entlassen wurden, ein, heute, Mittwoch früh in ihren bisherigen Werkstätten die Arbeit wieder aufzunehmen.
Berlin, 27. März 1900.

Freie Vereinigung der Holzindustriellen Berlins.
Centralverband der Bautischlermeister Berlins u. Umgegend.
Verein der Feinstreifer und verwandter Gewerbe.
Verein der Tischlermeister der Laden- und Comptoirbranche.

Achtung, Böttcher!
Donnerstag, den 29. März, abends 8 Uhr, bei Nümann, Braunnstraße Nr. 188:
Öffentl. Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Beschlußfassung über die Bewegung in den Brauereien.
2. Der Streit in der Backfabrik von Koch.
3. Der Arbeitsnachweis der Ringbrauereien.
4. Verschiedenes.
Es wird gebeten, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
Der Vertrauensmann.

Achtung, Bauanschläger!
Donnerstag, den 29. März, abends 7 Uhr:
Versammlung sämtlicher Kollegen
bei Buske, Grenadierstraße Nr. 33.
Tages-Ordnung:
Beschlusfassung über unsern Tarif und Meisterei.
Zahlreiches Erscheinen erwünscht.
Die Lokalkommission.

Charlottenburg.
Kommunalwähler-Versammlung
am Donnerstag, den 29. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Rietsch, Spandauer Berg 15.
Tages-Ordnung:
1. Die bevorstehende Stadterordneten-Wahl im 1. Bezirk. Referent: Genosse Hirsch. 2. Diskussion.
Zahlreiches Besuch erwartet
Das Wahlkomitee.

Rixdorf.
Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Mittwoch, den 28. März, abends 8 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im Lokal des Herrn Thomas, Hermannstraße Nr. 45-50.
Tages-Ordnung: Unser weiteres Vorgehen.
87/2

Orts-Frankenkasse
der Rixdörfer u. verw. Gewerbe zu Berlin.
Bekanntmachung.
Das in den Generalversammlungen vom 12. November 1899 und 24. Januar 1900 beschlossene revidierte Statut ist seitens des Bezirks-Ausschusses am 28. Februar 1900 genehmigt und tritt laut Beschluß am 1. April d. J. in Kraft.
Die neuen Statuten sind von diesem Tage an im Kassalokal, Neue Rixdorfstraße 76, in Empfang zu nehmen.
Der Vorstand:
J. W. G. Seldenkranz, Vorsitzender.

Anzüge nach Maß für Herren u. Knaben
Größte Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Beinkleider etc. werden unter Garantie des guten Sitzes zu überaus billigen Preisen schnellstens angefertigt im Ladengeschäft bei
A. Karle, Waldemarstr. 66.

Möbel
Spiegel u. Polsterwaren
versch. zu soliden Preisen, empfiehlt
H. Strelow, Tischlermeister
Rixdorf, Richardstr. 116, am Denkmal.

ZAHNSCHMERZ hohler Zähne
beseitigt sofort
KROPP'S Zahnwalle
(20% Carvacrolwalle)
in plom. Flasche
4 503 zu haben
in allen Drogerien
Nimm keine Nachahmungen!
Stänbliche Zahne, 3 W. an, vorzüglich, fest (schmerz), ein. Plombieren, Schmerz, Zahnweh, Zahndruck, bei Rep. ist. Goldstein, Oranienstr. 123.

Schultze,
Wasserthor-Str. 1/2.
Behandlung aller Haut-, Blasen- und Gichtleiden ohne Verwundung.
3973L
Sprechstunden 9-2, 5-9.
Bei Beteiligung der Verbandsorten 10 Pro.

Dr. med. Schaper, homöop. Arzt, Spezialarzt für
Haut- u. Harnleiden
Frauen-Krankheiten.
Königsstr. 27. Spt. 9-1, 4-7.
Homöopath. Poliklinik:
Montag, Mittwoch, Sonnabend, Ab. 7-8: Friedrichstr. 114, L.

Natur-Heilverfahren.
Haut-, Harn- u. Blasenleiden, Frauen-Krankheiten, heilt sicher ohne Verwundung. [39788]
R. Wagner, Anwaltsstr. 151, I.
(fr. Wallstraße 23.)
9-2, 5-9, Sonntag 9-2.

Steppdecken
Kauft man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik
B. Strohmendel, Berlin S., 72, Wall-Strasse 72,
wo auch alle Defekte ohne Arbeit werden.
3811L

Hans Kayser
Gärtler-Handel, Platz 6.
Billigste Bezugsquelle für Press- u. Steinkohlen.

Chronische Leiden
Jeder Art u. h. e. Berufshilfe
Institut Jost, Chausseestr. 117, I. r.
9-3, 5-9, Sonntag 9-7.
Arbeits. 20 Proz. Ermäßigung.

Wegen seiner Bekömmlichkeit wird Carola-Kaffee vielseitig ärztlich empfohlen.
34228L

Appell an die öffentliche Meinung!

In der Sitzung der Kommission für die Warenhaussteuer am 20. d. M. sagte der Regierungskommissar, der General-Direktor der direkten Steuern, Excellenz Burghardt u. a. H. Stellungsberechtigter:

„Nachdem die öffentliche Meinung eine Umsatz-Steuer verlangt hat“

Die öffentliche Meinung verlangt aber überhaupt keine Steuer, weder für Warenhäuser noch für Special-Geschäfte mit Filialbetrieben, wie in der Kommission beschloffen wurde. Die Steuer wird vielmehr nur von einem bestimmten Interessentenkreise gefordert, der es durch fortgesetztes Schreien verhindern hat, eine große Anzahl von Abgeordneten für sich zu gewinnen. Wir wenden uns hiermit an die breite Öffentlichkeit und fordern jedermann auf, seine Stimme gegen diese Steuer zu erheben, damit die wahre öffentliche Meinung zum Ausdruck komme.

Die öffentliche Meinung kann unmöglich eine Steuer aufheben, die niemand Nutzen, dagegen den vielen Tausenden von Konsumenten und Angestellten großen Schaden bringt.

Der öffentlichen Meinung kann es nicht gleichgültig sein, dass der gesamten Bevölkerung die täglichen Bedarfsartikel verteuert werden sollen.

Die öffentliche Meinung kann es nicht zulassen, dass einer aufstrebenden Industrie, die ihre Nahrung aus den Warenhäusern erhält, der Boden entzogen wird.

Die öffentliche Meinung kann nicht damit einverstanden sein, dass durch eine solche Maßregel die soziale Lage vieler Tausender von Handels-Angestellten ver schlechtert wird.

Die öffentliche Meinung muss darum einmütig und laut Protest erheben gegen eine solche Ungerechtigkeit, gegen eine Steuer, die willkürlich einzelne Gruppen von Geschäften herausgreift und darum mit Recht den Namen Straffensteuer trägt.

Jeder, der es ernst meint mit einer gesunden Entwicklung unseres Handels und unserer Industrie, jeder, der Recht und Gerechtigkeit hat für die moderne wirtschaftliche Entwicklung, jeder, der Sinn hat für Gerechtigkeit, jeder Mann und jede Frau, alle müssen ihre Stimme in die Togahele werfen und einstimmen in den allgemeinen Protest gegen die Besteuerung der Warenhäuser und der Filialbetriebe, damit die Volkspartei und die Regierung sehen, was die öffentliche Meinung verlangt.

1776

Vier grosse öffentliche Protestversammlungen

gegen die Warenhaussteuer finden **Wittwoch, den 28. d. M., abends 8 1/2 Uhr** statt:

Kellers Festhale, O., Koppenstraße 29.
Referent: Herr Stadt-Privat-Dozent **Dr. Hugo Preuss.**
Germania-Säle, N., Chausseestraße 103.
Referent: Herr Chef-Redacteur **v. Gerlach.**

Konzerthaus Sanssouci, SO., Kottbuserstraße 4a.
Referent: Herr Stadtverordneter und Fabrikbesitzer **Leopold Rosenow.**
Victoria-Brauerei, W., Bülowstraße 111/112.
Referent: Herr **Dr. Walter Borgius**, Decernent in der Centralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen.

Ausschuss der Warenhaus-Angestellten. Der Vorstand: Dertinger, Zander, Robinsoa.

Möbel und Polsterwaren. Reelle Arbeit, ganze Einrichtungen zu billigen Preisen. 134562
Franz Totzauer, Brunnenstraße 152.

Möbel-Offerte!
Wegen Aufgabe werden Krausenstr. 22, bei der Cranienburgerstraße, Hof-Druckerei, große Vorräte von **Zimmer-Einrichtungen, sowie einzelne Stücke** elegant wie einfache Möbel, bedeutend unter dem Selbstkostenpreis verkauft!
Ziegel- und Polsterwaren

Möbel und Polsterwaren. Reelle Arbeit, ganze Einrichtungen zu billigen Preisen. 134562
Franz Totzauer, Brunnenstraße 152.

Möbel-Offerte!
Wegen Aufgabe werden Krausenstr. 22, bei der Cranienburgerstraße, Hof-Druckerei, große Vorräte von **Zimmer-Einrichtungen, sowie einzelne Stücke** elegant wie einfache Möbel, bedeutend unter dem Selbstkostenpreis verkauft!
Ziegel- und Polsterwaren

Die besten und billigsten Wohnungs-Einrichtungen
taufen Sie bei
Julius Apelt, Tischlermeister, Skalitzerstraße 6,
am Kottbuser Thor.

Lösl. Frühstücks-Suppen
Gemüse- und Kraftsuppen
Bouillon-Kapseln
Suppen-Würze

MAGGI

Nährhaft, wohlschmeckend, billig, sofort herstellbar. Empfohlen von **A. Rauhold** vormals **E. W. Eifreich, N. Prinzen-Allee 18,** Ecke Bellermannstraße.

Wem seine Pflanzen lieb sind, dünge nur mit **Hallmayer's Pflanzendünger.**



Falbe,
44. Elsassstr. 44.
Behandlung aller Haut- u. Hornschuppenkrankheiten, Ekzeme, Psoriasis, etc. Sprechst. u. morg. bis 9 abends, Sonntag u. Donnerstags 9-3. Bei Verschickung der Verbandskarten 10 Fra., 39702

Special-Möbel-Kaufhaus
für bürgerliche 37811
Wohnungs-Einrichtungen.
Theilzahlung
gestaltet Anzahlung und Jahre hinaus verteilte Raten.
Central-Möbel-Halle
Kommandantenstr. 51, Ecke Alexandrinenstrasse.
Empfehlenswerte Bezugsquelle. Lagerbesichtigung erbeten.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilz. wöchentl. 1 M.
Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7.
Zahnärztliches Institut, Alexanderplatz 1 (Haus Aschinger).
Jahre 2 M. Plomb. p. 1,50 M. Zahnziehen 75 Pf. Teilzahlung. Sprechst. 8-6.

Attest:
Geachteter Herr Apotheker!
Der „Magen doktor“ ist in allen Fällen, in denen jemand eines Schnapfes zu seiner Erquickung oder zu seinem Wohlbehagen benötigt, an erster Stelle zu empfehlen. Derselbe ist ein vorzügliches, wohlschmeckendes und denlichen Anregungs- und Genussmittel.
W., den 6/12. 1899.
(gez.) Dr. med. H., prakt. Arzt.
Gratisproben werden, so lange der Vorrat reicht, in Delikatesswaren- und Drogeriehandlungen abgegeben.
Ausverkauf in den Restaurationen.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
Sorjährlige elegante Herren- und Damenkleider aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonntag und Montag, Berlinstraße 10, Germania. Unter den Linden 21 II.
Kuhbaummöbel, ganze Einrichtung, auch einzeln, vollständig, Sprechst. 28, vom II. rechts. 101K
Kuhbaummöbel, ganze Einrichtung, freistehend, auch einzeln, Sprechst. 28, vom II. links. 101K
Möbel, bar und Teilzahlung, billig, Kaufhaus über 110, I. Ecke Sängerkirchstraße. 287B
Stetten, Gelegenheitsaufn., Holz, Kleiderherstellung 159. 98B
Stetten, Steppdecken vollständig, Pfandleiche Kaufhaus 6. 111/2
Pfandleiche, Kaufhaus vollständig, Pfandleiche Kaufhaus 6. 111/2
Fahrrad verkauft, Frau, Kinderstr. 12, Charlottenburg. 1187
Fahrräder, zu sofort billigen Preisen, auch Teilzahlung, Fabrik Cranienstraße 23. 39K
Fahrradhändler! kaufen Familien- und Hofräder, sowie alle feine, gepanzerte Räder sehr vorzuziehlich. Fahrradfabrik, an großem Platz, Ludowikstraße 3, Lichtenberg. 11/13

Nemontstrichen, Regulatoren vollständig Pfandleiche Kaufhaus 6.
Röhrenschneidmaschinen für alle Zwecke ohne Anzählung, möglichst 1 Monat, fünfjährige Garantie, Postkarte genügt. Vaidenberg, Landwehrstraße 33. Unterricht gratis, kein Laden. 175B
Zofa billig, Schilke, Bergmannstr. 107, vom IV. 180B
Blüschgarnitur verkauft, Parfüm, Stralauer, Berlinstraße 1. 183B
Cigarrengeschäft, mehrere Größen, preiswert zu verkaufen. Röhrenschnitzerei 49a im Restaurant.
Wollwäscherei, nachweislich gut gehend, Umkleekabinen für jeden annehmbar, Preis zu verkaufen. Postfach für Anfragen. Agenten verbleiben. Frau Becken, Stralauerstraße 45. 185B
Reine Tischdecken sowie alle Sorten Räder in sehr bester Qualität und feine Kleiderwaren offeriert zu billigen Preisen G. Bittermann, Gortzestr. 72, Victoria des Nobilit. Sparvereins Süd-29. 1110K
Ringschiff, Barchin, fast neu, vollständig verkauft, Barchinmann, Prinzenallee 87. 394
Zofa, rot, verkauft Barchinmann, Prinzenallee 87. 194B
Blüschgarnitur, rotbraun, verkauft Barchinmann, Prinzenallee 87. 194B

Materialwaren-Geschäft zu verkaufen Lehmannstraße 15. 188B
Stoffe und Werk aus dem Brande eines Warenhauses für Damenkleider, Kleider, Herrenkleider, Balletts, Knabenkleider. Nur prima Qualität. So lange der Vorrat reicht, vollständig, Bismarckstraße 53 I rechts. 188B
Taschentuch- und Halbtaschentuch-Modell 1900, wunderbar leicht laufend, fast neu, sofort vollständig, Barlow, 2. Hofstr., Sebastianstraße 70 III. 13/10
Möbelstücke kaufen Möbel trotz engerer Preisgestaltung, und zwar zu alten wirklich billigen Preisen. Bismarckstraße 27, Wollschneiderei 10, Sprechst. 30.50, Trammstr., geblühtes Glas, 50. Hochelegante Cigarren, Stoffe 25. Große Auswahl in Küchenmöbel, sowie vollständige Wohn- u. Geschäftszimmer, Preisliste, Karlshorststraße 7a. 112K
Richtfäden, lebende Wasserpfanzen verkauft Streitz, Wollschneiderei 10. 1110
Bögel, gut eingewöhnt, gutes Vogeltrutz, Uffertien empfiehlt Barchin, Prinzenallee 87. 1110B

Electrotechnik, 2 Korst praktischer Abendkurs; 4. April theoretischer Abendkurs. Prof. Dr. Wie. Vofelstr. 24. 61B
Unfallkosten, Klagen, Steuern, Meldeanfragen, Puffer, Weglitzstr. 65.
Knäbinder-Arbeit jeder Art fertigt Ferdinand Kleinert, W. Bülowstraße 56, 2. Hof parterre. 2887B
Angustabad, Köpferstraße 60, Bäder jeder Art für sämtliche Krankheitsfälle. 77B
Pfandleiche kauft Pfandleiche Kaufhaus 65. 90B
Möbel, alle, Schlafsofa kauft Kaufhaus, Anhalterstraße 20. 107B
Bereitszimmer empfiehlt Bier, alle Vofelstr. 119. 1288K
Bereitszimmer mit Piano Quantit. Biele. Anhalterstraße 74 a. 3K

Vermietungen.
Zimmer.
Freundlich möbliertes Zimmer zu vermieten Bismarckstraße 142, Seitenflügel II. Von 10 bis 12 Uhr, von 12 1/2-3 und nach 8 Uhr. 1110

Vermischte Anzeigen.
Bereitszimmer zu vergeben Gortzestr. 72. 57B

Kommunales.

Der Ausschuss der Stadtverordneten-Versammlung zur Vorbereitung des Antrages des Stadtverordneten Lüden und Genossen, betreffend die Vereinfachung einer Summe von 50 000 M. zwecks Beschäftigung der Weltausstellung in Paris seitens einiger Beamten, Techniker, Arbeiter oder Handwerker der städtischen Betriebe hat unter Vorsitz des Stadtverordneten Schwabe einstimmig beschlossen, obigen Antrag in folgender Form der Versammlung zur Annahme zu empfehlen: „Die Versammlung wolle beschließen: Den Magistrat zu ersuchen, die Summe von 50 000 M. für den Besuch der Weltausstellung von Paris durch städtische Beamte, Lehrer, Fachlehrer, Techniker und Arbeiter bereit zu stellen. Ueber die Auswahl der städtischen Verwaltungen und Betriebe sowie der Personen scheidet die Versammlung einer Vorlage des Magistrats entgegen. Zum Berichterstatter im Plenum der Versammlung ist der Stadtd. Singer gewählt worden.

Der Etats-Ausschuss der Stadtverordneten-Versammlung, der, wie wir bereits gestern mitteilten, am Montag seine Sitzung abhielt, hat beim Personal-Beschlussbescheid, der von der Stadtverordneten-Versammlung an den Ausschuss zurückverwiesen war, dem Antrag des Magistrats entsprechend das Höchstgehalt für die Magistrats-Bureau-Assistenten auf 3000 Mark festgesetzt, und die für außerordentliche Leistungen der Hilfs-Arbeiter in Anschlag gebrachten 3000 Mark auf 10 000 M. erhöht. Interessant war bei diesem Antrage des Magistrats, daß die Gehaltsverbesserungen nicht der Ansicht des Magistrats zu danken sind, sondern daß zum erstenmal der Oberpräsident der Provinz Brandenburg von seinem Einspruchsrecht, das ihm auf Grund des neuen Kommunalbeamten-Gesetzes zusteht, gegen die Befolgsordnung Gebrauch gemacht hat. Auf seinen Antrag hin hat der Magistrat die Erhöhungen vorgenommen.

Nun Gasetat motiviert der Magistrat seinen Standpunkt, den Einheitspreis zum 1. April 1901 einzuführen, jedoch von einer Festsetzung des Preises abzusehen, bekanntlich mit der jetzigen Höhe der Kohlenpreise. Demgegenüber hat der Ausschuss seinen früheren Beschluß auf Einführung des zwölf-Pfennig-Tarifs zum 1. Oktober 1900 aufgehoben, dagegen beschlossen, der Versammlung folgende Resolution zur Annahme zu empfehlen: Die Versammlung bleibt bei ihrem Beschluß vom 18. Januar cr., wonach für je nach Gas ein Einheitspreis von 12 Pf. für das Kubikmeter festgesetzt werden soll, stehen. Sie ersucht den Magistrat um Einführung dieses Einheitspreises zum 1. April 1901. Sie ersucht ferner den Magistrat, die über die etatsmäßigen Ueberschüsse der Gaswerke in den Etatsjahren 1899 und 1900 hinaus erzielten Ueberschüsse der Gaswerke nicht für 1900 und 1901 in den Special-Etat als Einnahme einzustellen, sondern dieselben den Gaswerken als Reserve zu überweisen. Diese Reserve ist dazu bestimmt, den durch Einführung des Einheitspreises zum 1. April 1901 von zwölf Pfennigen für das Kubikmeter entstehenden Ausfall an den Einnahmen der Gaswerke zu decken. — Der Stadthaushalts-Etat schließt nunmehr in Einnahme und Ausgabe mit 107 189 908 M. ab und ist in dieser Höhe festgesetzt worden.

Auf der Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag stehen folgende Punkte: Fortsetzung der Berichterstattung des Etats-Ausschusses für das Etatsjahr 1900 und zwar: Gemeindefschulen (Volksschulen), — Hochbau, — Straßenbeleuchtung, — Straßenreinigung und Beseitigung, — Verschiedene Einnahmen und Ausgaben, — Kapital- und Schuldenverwaltung, — Personal-Beschluss-Etat, — Gas-Ankassen, — Straßen- und Straßenbahn, — Betriebssteuer, — Hundesteuer, — Brauwerksteuer-Zuschlag und Wanderlagersteuer, — Umfahsteuer, — Gemeinde-Grundsteuer, — Gewerbesteuer, — Gemeinde-Einkommensteuer, — Festsetzung des Stadthaushalts-Etats für das Etatsjahr 1900, — Berichterstatter über die Vorlage, betreffend den Neubau der Lessingbrücke, — Die Kirchenbaukosten der politischen Gemeinde nach männlichem Provinzialrecht, — Die Anlage einer Uferstraße auf dem rechten Spree-Ufer zwischen der Stromstraße und der Lebehofstraße, — Vorlagen, betreffend ein gemeinsames Vorgehen mit den Nachbargemeinden bei der bevorstehenden Volkszählung, — Berichterstattung über die Vorbereitung der Wahl des zweiten Bürgermeisters eingeleiteten Ausschusses, — Berichterstattung, betreffend die Wahl eines Bürgerdeputierten in die Schulddeputation, — Berichterstattung über die Anträge des Magistrats wegen Wahl von Waisenpflegerinnen auf Grund des Artikels 77 § 2 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch.

Eine außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung ist auf nächsten Freitagnachmittag 5 Uhr anberaumt worden. Zur Beratung sollen diejenigen Gegenstände der für die regelmäßige Donnerstag-Sitzung festgestellten Tagesordnung gelangen, die in dieser un erledigt bleiben werden.

Lokales.

Geheimorganisierte Königsstreue. Der Berliner deutsch-konservative Wahlverein ist in diesen Tagen dabei, sich von Leuten, die er dazu fähig hält, ein paar Dreier an milden Gaben auszubitten. Dies geschieht durch ein originelles Bittgeschick folgenden Inhalts:

Berlin SW., Datum des Poststempels. Velle-Allianzestr. 23.

Hochgeehrter Herr! 10 Pf. wöchentlich, d. h. 5,20 M. jährlich und 26 M. zu jeder Wahltschlacht neuert jeder Genosse seinem Parteifonds bei, wenn er „reine Wäsche“ haben will; und leistet außerdem alle Wahlarbeiten unentgeltlich. Deshalb hauptsächlich die großen Erfolge der Socialdemokratie!

Wenn wir einen Bruchteil der Opferfreudigkeit des Lohnarbeiters von denen erbitten, für welche wir den Kampf um die idealen Güter und materiellen Interessen der Nation kämpfen, sagen Sie selbst: Ist das zu viel? Nicht unser ist die Schuld, daß der Wahlkrieg in der Reichshauptstadt von derjenigen Partei siegreich geführt wird, welche die vollste Klasse hat, um ihre sämtlichen Angehörigen an die Aene zu bringen. Mit dieser Tatsache aber haben wir zu rechnen, soll die politische Richtung, die auf Gottesfurcht, Königsstreue und Vaterlandsliebe hält, nicht unwürdig eintreten in den Kampf gegen die jüdisch-freimaurerische und sociale Demokratie. Die Meinung mancher, der Kampf sei unnütz, ist irrig. Haben wir auch nicht viel sichtbare Erfolge aufzuweisen, so dürfen wir doch mit Recht behaupten, daß wir wenigstens christliche, vaterlandsliebende und monarchische Stimmung gepflegt und verbreitet haben. Der Kampf ist aber auch durchaus notwendig, wie jeder zugeben muß, der die Gegner, wie wir, aus eigener Anschauung kennt. In brutaler nichtswürdiger Weise sucht namentlich die Socialdemokratie schon jetzt alle andere Gesinnungen wieder zu säubern, so daß man mit Furcht und Schrecken an die Zeit denken muß, in der sie zu bestimmen hat. Die von ihr gepredigte „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ wird nur für diejenigen da sein, die willig nach ihrer Weise tanzen! Wer den Kampf gegen diese vaterlandsliebe internationale Gesellschaft nicht wagt, oder nicht wenigstens pränumerar unterstützt, wenn er es kann, macht sich zum Mitschuldigen der Verkünder unseres glorreichen Vaterlands!

„Nichtswürdig die Nation, die nicht ihr Alles freudig setzt in ihre Ehre!“

Der uns aufgezwungene Kampf ist schwer, aber nicht aussichtslos, wie es sich auch bei den letzten Stadtverordnetenwahlen gezeigt hat. Abgesehen vom 4. und 6. Reichstags-Wahlkreis sind auch in Berlin Siege sehr wohl möglich. Von 897 000 Wählerberechtigten bei der letzten Reichstagswahl haben socialdemokratisch 155, freimaurerisch 55 und in unserm Sinne 43 1/2 Tausend gewählt. Da die 189 221, welche nicht gewählt haben, meist nur Anhänger unserer Richtung sein werden, so ergibt sich, daß, wenn es uns erst gelingt, alle Stämmigen aufzurütteln, wir fast über die Hälfte sämtlicher Stimmen hier verfügen. Diese Aufgabe haben wir uns seit Jahren gestellt. Aber unsere Mittel und Kräfte allein reichen hierzu nicht aus, deshalb wenden wir uns an Sie, hochgeehrter Herr, mit der dringenden Bitte um Unterstützung. Es kommt uns nicht so sehr darauf an, einzelne größere Summen zu erhalten, obwohl uns solche natürlich auch sehr willkommen sind, es ist uns lieber, wenn eine recht große Anzahl Herren mit geringeren Jahresbeiträgen Mitglieder unseres Wahlvereins werden, womit unerwünschte Pflichten nicht verbunden sind. Unser Mitglieder-Verzeichnis wird geheim gehalten. Wir sind zu großem Dank verpflichtet, wenn nicht bloß Sie unserem Verein beitreten, sondern möglichst unter Ihren Bekannten auch einige weitere Mitglieder für uns werben. Eine Anweisung fügen wir zur gefälligen Verwendung bei.

Hochachtung Der Vorstand des Berliner deutsch-konservativen Wahlvereins, von Löbell, Polizeirat, Ulrich, Rechtsanwält und Stadtverordneter, Segner, Medicoeur, Stöckmann, Ober-Postassistent, Schulz, Erziehungs-Inspektor, Baumgärtner, Bankier, Wendland, Geh. Registrator. So wohlfeil wie man ihn hier haben kann, haben wir uns den Kampf für Ordnung, Religion und Sitte eigentlich nicht vorgestellt. Man denke, für den Verdienst eines Nichts kann sich jedermann, er sei edel oder unfrei, von dem garniert schämen genug zu veranschaulichen Verdaut reinigen, ein Mitschuldiger der Verkünder unseres glorreichen Vaterlandes zu sein. Bis jetzt ist von dieser Absicht nie wiederkehrenden Offerte leider nicht der erwünschte Gebrauch gemacht worden. Das ist in hohem Grade bedauerlich. Die Chance, die dem Publikum geboten wird, ist phantastisch verlockend wie etwa die, mit der die berühmten spanischen Schachgräber hanfieren gehen; ja insoweit noch viel verlockender, als hier durch ehrliche Männer bei einem ganz unbedeutenden Risiko unendlich wertvolle Güter zu gewinnen sind, als je ein spanischer Schachgräber sie in Aussicht stellen könnte. Statt schänden Mannons fällt einem beinahe das heiligste, was der Deutsche kennt, nämlich die Ehre der Nation, in den Schoß, und das für ein paar lumpige Dreier!

Bis jetzt ist, wie gesagt, dies Angebot leider von der Mehrzahl der Gutgesinnten übersehen worden, aber das lag wohl nur daran, daß nicht das nötige Papier zur Propaganda aufzutreiben war. Sobald die 232 721 deutschen Männer in Berlin, die zum geringeren Teil aufopferungsvoll konservativ gestimmt, zum größeren Teil sich bei der Wahl aber hinter dem Ofen verkrochen haben, erst die von uns abgedruckte Offerte zu Gesicht bekommen haben, wird der Umsturz seines Lebens nicht mehr sicher sein. Der Kampf wird von den 232 721 um so freudiger aufgenommen werden, als ihr Name vor jedermann, ja wie es scheint sogar vor der sonst in Vereinsangelegenheiten so neugierigen Polizei, geheim gehalten werden soll, und diese Deutschen, wieder, fromm und stark, mithin nicht die geringste Gefahr laufen, bei Berichtigung ihres nationalen Rettungswerts an irgend einer Stelle anzuklopfen oder gar Leiblichen Schaden zu erleiden.

Sollte aber für die Königsstreue, die der konservative Wahlverein unter Leitung eines Polizeirats geheim zu organisieren gedenkt, wider Erwarten nicht das Geld zum nötigen Agitationspapier zusammen kommen, so empfehlen wir, einen Mann um Beistand anzugehen, der schon häufig gezeigt hat, daß es ihm auf ein bißchen Papier nicht ankommt. Wie wäre es, wenn man Herrn Scherl, Verfasser des weitverbreitetsten „Anzeigers“, der „Woche“, der „Hilfspost“, des Kronenordens dritter Klasse und anderer, die Königsstreue garantierender Wertgegenstände, für den auf Gewinn der 232 721 abzielenden Plan zu interessieren trachtete?

Herr Scherl ist ein vorzüglicher Geschäftsmann, und es gilt die heiligsten Güter!

In den hygienischen Vortragskursen, welche die „Central-Kommission der Krankenkassen Berlins“ veranstaltet, gelangt nunmehr das wichtige Kapitel: „Allgemeine Arbeits- und Gewerbe-Hygiene“ zur Besprechung. Auf die Bedeutung dieses Themas unsere Leser erst noch aufmerksam zu machen, halten wir für überflüssig; sie alle werden ja täglich von neuem durch die eigene Erfahrung darauf hingewiesen, daß die Arbeit im Gewerbebetriebe vorläufig immer noch die größere Hälfte — oder mindestens fast die Hälfte — ihres Lebens in Anspruch nimmt, und daß schon deshalb die hygienisch möglichst vollkommene Ausgestaltung der Erwerbsarbeit dringendstes Erfordernis ist. Darum zweifeln wir nicht, daß gerade diese Vorträge — die, wie die vorausgegangenen, ein selbständiges Ganzes darstellen, und zu denen der Zutritt ohne Legitimation freiecht — regen Zuspruch finden werden.

Es sprechen aber das Thema: „Allgemeine Arbeits- und Gewerbehygiene“ am Donnerstag, den 29. März Dr. Th. Sommerfeld in der 80. Gemeindefschule Wrangeistr. 128, Dr. P. Christeller in der 84. Gemeindefschule Reichstr. 31/32, Dr. H. Wegl in der 118/127. Gemeindefschule Panstr. 8 und Dr. J. Jadel in der 107. Gemeindefschule Genthinerstr. 4. Dann folgen am Donnerstag, den 3. April die Vorträge der Herren Dr. J. Jadel in der 110/174. Gemeindefschule Schönhauser Allee 166a, Dr. Th. Sommerfeld in der 180. Gemeindefschule Stephanstr. 27 und Dr. A. Lennhoff in der 40. Gemeindefschule Gneiffenanst. 7.

Das gemeingefährliche Verkehrsinstitut. Die Ursachen der Schwerverletzungen, in welchen sich die Betriebs-Krankenkasse der Großen Berliner Straßenbahn befindet, wurde von den Vertrauensleuten gelegentlich der von der Direktion einberufenen Versammlung erörtert. Als Hauptursache wurde der anstrengende Dienst der Beamten bezeichnet. Das Betriebspersonal ist angeblich außerordentlich knapp, so daß die Fahrer und Schaffner von früh bis zum Abend in Thätigkeit bleiben. Sollen doch von dem Bahnhof in der Müllerstraße 37 Fahrer vier Wochen hintereinander ohne einen freien Tag beschäftigt gewesen sein. Hierzu kommt, daß Beamte von einem Bahnhof nach andern sehr entfernt liegenden Depots beordert werden und dann in später Nachtstunden den Rückweg zu Fuß antreten müssen. Da dieselben am frühen Morgen ihren Dienst wieder aufnehmen haben, so bleiben ihnen nur 2-4 Stunden Schlafzeit. Häufig kommt es jetzt vor, daß die Wagen morgens nicht fabrikmäßig von Hofe herunterkommen, weil das überanstrengte Personal nicht rechtzeitig zum Dienst erscheint. Reserveschaffner und Aufsicher, die früher ständig auf dem Bahnhof sein mußten, um im Notfall einzuschreiten, sind nicht mehr vorhanden. Alle von dem Aufsichtsrat gemachten Vorschläge betreffend Einführung einer Auzenszeit, Erhöhung der Beiträge für Familienmitglieder der Angestellten um 25 Pf., ja auch nur um 10 Pf., wurden strikte abgelehnt. Es wird wohl nichts weiter übrig bleiben, als die Direktion mit Zwang zur Pflächterfüllung zu bringen.

Die Frühjahrskontrollversammlungen von 1900 finden in der Zeit vom 17. bis 30. April statt, und zwar für diejenigen Mannschaften der Provinzial-Infanterie mit den Namens-Anfangs-

buchstaben L-Z, welche beim Bezirks-Kommando II Berlin in Kontrolle stehen und in folgenden Orten wohnhaft sind: Berlin, Schöneberg mit Schöneberger Anteil bei Friedenau, Bahnhof Friedenau, Dt. Wilmersdorf, Bilitzkolonie Grunewald mit Bahnhof Grunewald, Hundeshöhe, Palenke mit Bahnhof, Tempelhof, Martensdorf mit Siedende, Marienfelde mit Bahnhof und Chausseehaus, Dorstenstein, Hagenheide, Steuerhaus am Tempelhofer Berge und Rixdorf. Näheres ergeben die öffentlichen Bekanntmachungen des Bezirkskommandos, welche, außer letztem Sonntag, noch am 7. und 10. April an den Ausschlagläulen erfolgen. Sämtliche Kontrollversammlungen finden auf dem Hofe des Landwehr-Dienstgebäudes in Schöneberg, General-Papestraße, statt.

Theaterkrach. Ein bedeutender Beschluß in der künstlerischen und geschäftlichen Leitung des Friedrich-Wilhelmstädtischen Theaters steht, nach einem hiesigen Blatt, unmittelbar bevor. Herr Direktor Max Samst wird danach wahrscheinlich die bisher bewohnten Räume bald verlassen müssen. Die Existenzfrage gegen ihn, den jetzigen Pächter, ist bereits in der Schwelbe, nachdem Herr Samst die am 1. März fällige Vierteljahresrate der Pacht nicht bezahlet hat. Während früher eine jährliche Pacht von 60 000 Mark festgesetzt war, wurde der Preis im letzten Jahre auf 35 000 Mark reduziert. Der Pachtvertrag läuft am 1. September 1900 ab. Von diesem Zeitpunkt an übernimmt Herr Direktor Freitische das Etablissement wieder in eigene Rechnung. Die letzte Zahlung wurde vom Direktor S. mit der Begründung verweigert, daß Herr Freitische Gerüchte über ihn in Umlauf gesetzt habe, die geeignet seien, ihn in der öffentlichen Meinung herabzuzuwürdigen. Er kauft sich dabei auf den 824 M. G. - B. und behauptet, daß der Gaspielvertrag einer französischen Gesellschaft darum rückgängig geworden sei. Herr Samst fordert nicht weniger als 18 000 M. Entschädigung.

Verlegt werden: Am 30. März das Bureau des Polizeireviere 33 von der Königin Augustastr. 30 nach von der Gehdtstraße 1; am 1. April das Bureau des Polizeireviere 71 von der Potsdamerstr. 2 nach der Wartenburgstr. 13/14; am 4. April das Bureau des Polizeireviere 68 von der Strahburgerstr. 24 nach Saarbrückerstraße 30.

Große Gepäckstücke auf Straßenbahnwagen und Omnibussen mitzuführen ist laut polizeilicher Verordnung untersagt. Trotz dieses schon seit langer Zeit bestehenden Verbots liegen bisher die Beamten der Verkehrs-polizei Mißde walten, und gefahrten den Schaffnern, Passagiere mit nicht übermäßig umfangreichen Gepäckstücken aufzunehmen. Gegenwärtig aber wird auf strikte Durchführung der oben erwähnten Verordnung gehalten, zum größten Leidwesen vieler ständiger Fahrgäste der Straßenbahn, die bisher ungehindert auch größere Koffer und Pakete in die Wagen oder wenigstens auf dem Vorderpertron mit sich nehmen konnten.

Beim Wohnungswechsel empfiehlt es sich, die neue Wohnung nicht nur dem Vrieträger genau anzugeben, sondern auch dem Postamt, zu dessen Bezirk die bisherige Wohnung gehörte, rechtzeitig entsprechende kurze Mitteilung zu machen, damit die Wohnungsänderung beim Verteilen der Briefsendungen berücksichtigt werden kann und Verzögerungen in der Bestellung thunlichst vermieden bleiben.

Folge gehäufter Erkrankungen von Neugeborenen an Schäbllasen sind die Hebammen von dem Polizeipräsidium angewiesen worden, von jeder in ihrer Praxis vorkommenden Schäbllasen-erkrankung dem Bezirksphysikus unter näherer Vorlegung des Falls Anzeige zu erhalten. Beim Auftreten von mehreren Fällen in ihrer Praxis hat sich die Hebamme der Ausübung ihres Berufs so lange zu enthalten, bis sie von dem Bezirksphysikus Verwaltungsmaßnahmen eingeholt hat. Auch ist jeder Fall in das Tagebuch einzutragen und auf die Inzuehung eines Arztes zu dringen.

Ein Inzuhause-Extrazug passierte gestern die Reichshauptstadt. Der Zug bestand aus sechs Wagen und beherbergte 170 Zuchtthiere, die unter Bedeckung von 14 Ausschern von Halle aus über Thorn-Inzuebung nach Warendorf, Heideburg usw. zur Arbeitsleistung transportiert wurden. — Zur Lenkung der Leutenoth??

Von der Ferkelsbrücke in den Landwehrkanal stürzte sich gestern, Dienstag, nachmittag das 28 Jahre alte Kindermädchen Thunelda Pierch, das bei einem Dr. B. in der v. d. Gendtsstraße in Stellung war. Dr. B. vermählte schon seit längerer Zeit wiederholt Kollatin. Gestern um entdeckte seine Frau 1 1/2 Gramm im Beut des Mädchens. Zur Rede gestellt, entfernte sich dieses um 3 Uhr nachmittags aus der Wohnung und stürzte sich eine halbe Stunde später in den Landwehrkanal. Die Leichensinde wurde gerettet und von einem Schuttmann des 32. Reviers mit einer Drosche in ein Krankenhaus gebracht.

Einen Dienstmädchen wurde ein goldenes Kettenarmband mit einem daran hängenden zweiten Medaillon in Herzform abgenommen. Das Mädchen giebt an, das Armband etwa drei Wochen vor Weihnachten in der Nähe des Rosenhaler Thors gekauft zu haben. Diese Angaben erscheinen ungläubhaft; das Armband ist wahrscheinlich gestohlen. Der Eigentümer wird ersucht, sich in den Vormittagsstunden im Polizeipräsidium, Zimmer 331, einzufinden.

Beim Glas Bier vom Tode überrascht wurden gestern nachmittags zwei Männer. Der 50 Jahre alte Kaufmann Richard Dohmann aus Reuhütten kam gestern nachmittags in die Gastwirtschaft von Schirmacher in der Alexanderstr. 36a und bestellte einen Schnitt Bier. Er hatte das Glas noch nicht angetrunken, als er bezaubert zusammenbrach und bald darauf starb. Der Verstorbene vertrat eine Holzhandlung und hatte eine große Summe Geldes bei sich. — Der in einem Jahrgeschäft thätige Arbeiter August Schmidt, ein Mann von 48 Jahren, lehrte abends mit vier Arbeitsgenossen bei dem Gastwirt Neßlis in der Frankfurter Allee 48 ein. Die fünf Gäste tranken zusammen zwei Beihen. Dann saß Schmidt plötzlich auf seinem Stuhl zusammen. Seine Begleiter wollten ihn nach einer Unfallstation bringen, er starb jedoch bereits auf dem Wege dorthin.

Mord und Selbstmord.

In dem Hause Königsbergerstraße 13 hat der 34 Jahre alte Jagdführer Hermann Boh seiner Frau Auguste geb. Nicus mit einem Weil den Schädel eingeschlagen und mit einem Küchenmesser den Hals durchschnitten und dann sich selbst mit demselben Messer durch einen Schnitt in den Hals getötet. Boh, der aus Hannover stammt und bei der Stadt- und Ringbahn angestellt war, wohnte mit seiner Familie seit 1 1/2 Jahren in dem bezeichneten Hause. Seine Frau war eine Tochter des Cigarettenfabrikanten Nicus aus der Staliferstraße 1. Aus der Ehe gingen zwei Söhne hervor, Franz, der jetzt 8 Jahre zählt, und Paul, der 5 Jahre alt ist. Nach dem Einbruch, den die Hausgenossen erlitten, lebten die Leute stets in der größten Verant. Auch der Katastrophe ging keinerlei lärmender Aufrüst voran. Als der älteste Sohn Franz gestern vormittags in der Schule war, schickten die Eltern den jüngsten, Paul, aus der im dritten Stock des Vorderhauses gelegenen, aus Stube, Kammer und Küche bestehenden Wohnung zum Spielen auf den Hof hinauf. Das war gegen 10 1/2 Uhr. Der Knabe blieb lange Zeit unten. Als er dann in die Wohnung zurückkehren wollte, fand er keinen Einlaß. Daher ging er auf den Hof zurück und spielte weiter. Um 1 Uhr kam Franz aus der Schule. Auch er fand die Thür verschlossen und niemand antwortete ihm. Franz ging nun ebenfalls auf den Hof hinunter und spielte mit. Um 2 1/2 Uhr begaben sich dann beide Knaben wieder hinauf und als sie nun immer noch vergeblich Einlaß begehrten, wurde die Nachbarin, die Frauensfrau Grunbe, auf sie aufmerksam. Unheil vermutend, besaß-

richtigte sie den Hausverwalter, Schuhmachermeister Engel, und dieser holte die Polizei. Man drang in die Wohnung ein, indem man das Schloss vor der Thür mit Gewalt absprenge, und sah sich nun einem schauerhaften Bilde gegenüber. In der Stube lag blutüberströmte Frau Woy mit gespaltenem Schädel und durchschmittener Hals. Neben ihr lag das blutbesetzte Küchenschüssel, mit dem ihr der tödliche Hieb versetzt worden war. In der Küche schwebte Woy, ebenfalls mit durchschmittener Hals, in seinem Stuhl, neben ihm lag das blutbesetzte Küchenmesser. Beide Ehegatten waren nach dem Befund der Leichen schon länger tot. Wahrscheinlich ist die That bald nach 10 1/2 Uhr ausgeführt worden. Zunächst sorgte man dafür, die bedauernswerten Kinder dem entsetzlichen Anblick zu entziehen. Ein Schuhmann brachte sie, nachdem zunächst die Hausgenossen sich ihrer angenommen hatten, zu ihren Großeltern in der Stalgerstraße. Die beiden Leichen blieben bis zum Eintreffen der Staatsanwaltschaft an Ort und Stelle.

In späterer Stunde erhalten wir folgenden ergänzenden Bericht: Der alte Großvater, ein Mann von 73 Jahren, wurde durch die Nachricht von dem Unglück vollständig niedergeschmettert, obwohl man ihm den Tod seiner Tochter und ihres Mannes zunächst noch verheimlichte. Frau Woy ist vor anderthalb Jahren gestorben. Zweifelhaft war zunächst die Frage, ob Woy seine Frau ermordet oder mit ihrer ausdrücklichen Einwilligung getötet habe. Nach der ganzen Sachlage muß man annehmen, daß ein Mord vorliegt. Woy lernte seine Frau, die jetzt 30 Jahre alt war, kennen, als er beim 3. Garde-Regiment seiner Militärpflicht genigte, und heiratete sie vor neun Jahren, als er noch Hilfsarbeiter war. Zuletzt war er Schaffner und als solcher mit der Fahrgeldverwaltung beauftragt, ein nützlich und dienstfertiger Beamter. Dreimal verheiratete er in der letzten Zeit, das Jagdrevierregiment zu machen, aber ohne Erfolg. Er war ein großer stattlicher Mann, bildete sich aber ein, an der Schwindsucht zu leiden. Erst vor einiger Zeit hatte er einige Wochen Urlaub, bis der Bahnarzt ihn für gesund erklärte. Da er sich selbst jedoch nicht für gesund hielt, so besuchte er mehrere hervorragende Aerzte. Auch diese sagten ihm, daß er vielleicht nicht ganz gesund sei, keineswegs aber schwindsüchtig. Seine Einbildung plagte ihn unangenehm. Sehr häufig fragte er seine Frau, wie er denn aussehe. Wenn sie ihm eine günstige Antwort gab, so wandte er sich, da er ihr mißtraute, mit derselben Frage an seine Kollegen. Das war schon so zur Gewohnheit geworden, daß die Kollegen ihn öfter hänselten. Die schwerste Sorge machte dem Mann die Zukunft der Frau und Kinder, für den Fall, daß er früh sterben sollte. Wiederholt fragte er, daß sie dann kein genügendes Auskommen hätten und selbst den Gedanken, sich mit seiner ganzen Familie ums Leben zu bringen, äußerte er mehr als einmal. Ein und wieder fragte er sogar seine Frau, ob sie sich umbringen würde, wenn er stürbe. Nach neueren Feststellungen hat Frau Woy allein um 10 1/2 Uhr den kleinen Paul hintergeschickt, und zwar nicht zum Spielen, sondern um sich nach dem Kartoffelhändler anzusehen, der um diese Zeit durch die Straße kommen sollte. Der Knabe kam schon nach einer halben Stunde wieder, um seiner Mutter Bescheid zu sagen und fand keinen Einlaß mehr. Erst jetzt ging er zum Spielen wieder hinunter, bis der ältere Bruder kam. In der halben Stunde bereits hat Woy sein blutiges Werk vollbracht. Wie die Ortsbesichtigung zeigte, schlug er seine Frau in der Stube nieder, zertrümmerte ihr mit dem Beil den Schädel vollständig und schnitt ihr dann den Hals ab. Hieran ging er nach der Küche, um sich in einem Becken, das jedoch kein Wasser enthielt, die Hände zu waschen. Nachdem er das Becken mit dem Blut seiner Hände besudelt hatte, ging er in die Stube zurück, schnitt sich hier den Hals durch, ließ dann das Messer fallen, warf es wieder nach der Küche und brach unmittelbar hinter der Thür tot zusammen. — Die beiden Kinder wissen von dem Tode ihrer Eltern noch nichts. Schulmäßig verlangten sie gestern Abend nach dem Mordhand gebracht, da mit dem Tod des Mörders für die Staatsanwaltschaft die Mordthat erledigt ist.

Feuerbericht. Ein umfangreicher Dachbodenbrand beschäftigte die Feuerwehre gestern (Dienstag) nachmittags am Kottbuser Damm 13 1/2 längere Zeit. Derselbe entwickelte einen erschreckenden Qualm, der die Straße einschloß und Anlaß zu dem Gerüchte gab, daß das Warenhaus von Louis Heymann, das in den Parterre-Räumen untergebracht ist, in Flammen stehe. Da das Feuer von mehreren Stellen aus gleichzeitig gemeldet war, so eilten sieben Löschiige herbei, die aber nur teilweise unter Leitung des Branddirektors Gierberg in Thätigkeit zu treten brauchten. Nach halbständiger Arbeit war die Gefahr beseitigt. Mehrere mit Brennmaterial und Hausat gefüllte Bodenkompartimente wurden eingeschert, auch erlitt die Dachkonstruktion starke Beschädigung. Die Entstehungsurache ist nicht ermittelt. — Gegen mittag wurde die Wehr nach Stalgerstraße 69 gerufen, wo der 34jährige Bruno Stacumard, Sohn des Doppelnerstraße 6 wohnhaften Arbeiters H. beim Ueberschreiten des Bahndammes von einem elektrischen Straßenbahnwagen umgeworfen und unter die Schungvorrichtung geklemmt war. Bevor indes die Wehr eintraf, war der tödlich verletzte Knabe bereits betretet und nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. — Vormittags war Feilnerstraße 3a ein kleiner Küchenbrand abzulösen. Zwei Mann nach Friedrichstraße 17 und Hohenstraße 37 waren auf blinden Lärm zurückzuführen. Thaeerstraße 35 brannte Gerümpel und Grüner Weg 30 Holz in einer Drechselerei. In beiden Fällen konnte das Feuer leicht erloscht werden.

Aus den Nachbarorten.

Charlottenburg. Freitag, den 30. März, findet die Erziehung im I. Bezirk statt. Da die Wahl noch nach den alten Listen vollzogen wird, so können auch diejenigen Wähler ihr Wahlrecht ausüben, die seit Juli vorigen Jahres aus dem Bezirk verzogen sind. Parteigenossen! Es bedarf in dieser Hochburg der Gegner Anspannung aller Kräfte, wenn wir aus der Wahl als Sieger hervorgehen wollen!

Der in Charlottenburg vor einiger Zeit in Untersuchungskammer genommene Landdirektor A. F. F. ist gegen eine Kaution, die sich auf 200 000 Mark belaufen soll, aus der Haft entlassen worden.

Die Nachforschungen nach den Mördern der Schifferfrau Grahn werden mit allem Eifer betrieben, ohne daß bisher eine sichere Spur aufgefunden werden konnte. Gestern früh hat man sich noch einmal daran gemacht, die Umgebung der Mordstelle und weitere Teile des Waldes abzusuchen, da man immer noch hofft, irgend ein Beweismittel und einen Anhaltspunkt zu finden. Die Abwendung der Gewässer nach dem Nordwesten hat seinen Erfolg gehabt. Die Mitteilung eines Lokalblatts, daß hiesige Kriminalbeamte zur Aufklärung des Verbrechens nach Eichwalde entsandt worden seien, und dort längere Zeit bleiben sollten, trifft nicht zu. Eichwalde gehört nicht zu den Vorortbezirken, die in kriminalpolizeilicher Beziehung dem Polizeipräsidenten von Berlin unterstellt sind. Eine Entsendung von Berliner Beamten dorthin kann also nur auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft stattfinden. Diese hat sie aber bisher noch nicht gefordert. In allen Ortsteilen zwischen Eichwalde und Berlin, Königswinterhausen, Schmadowitz, Möpeln, Spindlersfeld etc. haben Nachforschungen stattgefunden, bisher jedoch ohne Erfolg.

Die Defenung der Leiche der Ermordeten, die gestern, Dienstag nachmittags um 3 Uhr stattfinden sollte, ist abermals verschoben worden. Auf die Ergründung des Mörders hat nunmehr der Regierungspräsident von Potsdam eine Vernehmung von 500 Mark ausgelegt. Die Nachforschungen, die der Amtsvorsteher v. d. Decken leitet, erstrecken sich auf alle umliegenden Ortsteile. In diesen sind jetzt die Herbergen kontrolliert worden. Ein großer Teil der Leute, die dort am Tage des Mordes und in den letzten Tagen vor und nachher sich aufgehalten und übernachtet haben, ist bereits ermittelt und vernommen worden. Aus von dem geraubten Portemonnaie

hat man jetzt eine genauere Beschreibung. Es ist ein braunes, ziemlich großes Lederportemonnaie mit blanken Nägeln. Der eine der beiden Verschlußhaken ist abgebrochen. Das Innere ist durch zwei Schloßwände in mehrere Fächer eingeteilt. Die Durchsichtung des Waldes hat, wie gestern Abend noch mitgeteilt wurde, kein Ergebnis gehabt. Dagegen ist durch andre Anzeichen der Verdacht nunmehr auf eine bestimmte Persönlichkeit gelenkt worden und hat sich angeblich schon bis zu einem gewissen Grade verdichtet. Zur Ausführung der Recherchen sind zahlreiche Gendarmen aufgeboten.

In späterer Abendstunde wird noch gemeldet, daß zwischen Erkner und Volterdsdorfer Schleuse zwei Männer festgenommen wurden, von denen einer ein blaues Auge und ein zertrümmertes Gesicht hat. Auf ihn paßt die Beschreibung, die wir schon mitteilten. Der Mann verlangte von dem Wirt ein Glas Wasser zur Kühlung seiner Verletzungen.

Gerichts-Beilage.

Im Militärbefreiungs-Prozess zu Elberfeld sind am Montag die Vernehmungen wieder aufgenommen worden. Interessant ist die Zeugenerklärung des Rentiers Abraham Jäger aus Wiesbaden. Er habe mit dem früheren Hotelier, jetzigen Rentner Nordach gemeinschaftlich Bouteillen unternehmen, zu denen habe auch das Hotel „Europäischer Hof“ gehört. Er kannte den Strudberg seit vielen Jahren, und zwar als dieser noch in Oberhausen wohnte. Daß Strudberg schon in Oberhausen Freimacherei betrieb, glaube er nicht. Strudberg habe sich einmal gerühmt, daß er der Justiz ein Schnippchen geschlagen, indem er in dem Anfang der 1860er Jahre in Potsdam vorgekommenen Diebstahlsprozeß, in dem er auch angeklagt war, rechtzeitig ins Ausland entkommen sei. Er sei erst, nachdem eine allgemeine Amnestie erlassen war, wieder nach Deutschland zurückgekehrt. Strudberg habe mehrfach offen bekundet, daß er Freimacherei betriebe, er (Zeuge) habe aber gesehen, daß Strudberg sich nur mit der Freimacherei brüste, daß er aber in Köln wegen Betrugs verurteilt worden sei, er habe sich deswegen dem Strudberg gegenüber etwas reserviert gehalten. Eines Tags fragte ich Strudberg — so etwa fuhr der Zeuge fort — nach dem Befinden eines gewissen Daniel Schmitz in Oberhausen. Strudberg antwortete: Dem Schmitz geht es schlecht, ich dagegen habe, nachdem ich zwei Monate aus Oberhausen weg war, 10 000 M. verdient. Da mir bekannt war, daß Strudberg als armer Mann aus Oberhausen fortgezogen war, so nahm ich an, daß Strudberg sein altes Freimachergeschäft wieder aufgenommen habe. — Präsi.: Strudberg soll auch höchst ehrenhafte Leute beschäftigt haben, daß sie Freimacherei betreiben? — Zeuge: Das ist richtig. Vor 6 bis 7 Jahren traf ich den Strudberg im Quartier des „Europäischen Hofes“. Strudberg sagte auf meine Frage, wie es ihm gehe: Es ist mit dem Freimachergeschäft nichts mehr zu machen, die Konkurrenz ist zu groß. Große Heiterkeit im Zuhörerraum. — Präsi.: Es liegt doch wirklich keine Veranlassung vor, hier zu lachen, ich muß das Publikum dringend auffordern, sich ruhig zu verhalten. — Der Zeuge Jäger fährt in seiner Beschreibung fort: Ich war sehr erstaunt, daß Strudberg in dieser offenen Weise bekannte, Freimacherei zu betreiben. Strudberg erzählte mir: Ein Stabsarzt habe ihm gesagt: Lieber Strudberg, ich kann vorläufig nichts für Sie thun, der Beigeordnete Diege, Civilvorsteher der Militär-Erlassungskommission zu Elberfeld, hat mir eine Liste von 9 jungen Leuten gegeben, die bei der Musterung freikommen wollen. Mehr kann ich unmöglich freimachen. Strudberg nannte mir auch den Namen des Stabsarztes, ich habe diesen aber vergessen. — Präsi.: Aus welchem Grund mag Strudberg Ihnen diese Sache erzählt haben? — Zeuge: Ich hatte das Gefühl, daß Strudberg mir dies erzählt, um den Beweis zu liefern, daß auch ho. Beamte Freimacherei betreiben. — Präsi.: Hatten Sie das Gefühl, daß Strudberg die Mitteilung des Stabsarztes für wahr hielt? — Zeuge: Ja wohl. — Verteidiger Rechtsanwalt Kraus: Sogar Strudberg, daß er die Erzählung des Stabsarztes für wahr halte? — Zeuge: Ja hatte die Auffassung, daß er die Erzählung des Stabsarztes für wahr hielt. — Vert.: Hat Strudberg ausdrücklich gesagt, er habe die Erzählung des Stabsarztes für wahr? — Zeuge: Ja glaube, daß er dies gesagt hat. — Vert.: Ich stelle nun den Antrag, Herrn Beigeordneten Diege als Zeugen zu laden. — Präsi.: Was soll der Herr Beigeordnete Diege bekunden? — Vert.: Herr Beigeordneter Diege wird bekunden, daß die Beschuldigung des Strudberg eine gemeine Verleumdung ist. — Präsi.: Es wird ja von keiner Seite behauptet, daß die Erzählung Strudbergs wahr ist. — Der Gerichtshof beschließt, Herrn Diege als Zeugen vorzuladen. Die Vernehmung dieses Zeugen gestaltet sich wie folgt:

Der Zeuge giebt an, daß er im Jahre 1824 geboren und seit 1855 Beigeordneter der Stadt Elberfeld sei. — Präsi.: Nun, Herr Verteidiger, wollen Sie an den Herrn Jäger Fragen stellen? — Verteidiger Rechtsanwalt Kraus: Ich überlasse die Fragestellung dem Herrn Präsidenten. — Präsi.: Ich habe keine Veranlassung, den Herrn Jäger zu fragen. — Vert.: Sie werden bereits wissen, Herr Beigeordneter, weshalb Sie als Zeuge geladen sind. — Zeuge: Nach dem, was ich zu meinem großen Erstaunen in den Zeitungen gelesen, kann ich es mir denken. — Vert.: Strudberg hat einmal behauptet: Sie hätten ihm Konkurrenz gemacht, indem Sie auch Freimacherei betrieben haben. — Zeuge (mit erhobener Stimme): Ich erkläre diese Behauptung für eine teuflische Erfindung, für eine gemeine Lüge, wie sie gemeiner nicht erdacht werden kann. Ich füge hinzu, daß ich seit 1866 Civilvorsteher der Militär-Erlassungskommission bin und daß während dieser ganzen Zeit niemals der leiseste Versuch zu machen, mich herauszutreten ist, jemanden in ungebührlicher Weise vom Militärdienst frei zu machen. — Präsi.: Ich erkläre, daß von keiner Seite die Behauptung des Strudberg für wahr gehalten worden ist. — Verteidiger R. A. Kraus: Ich bemerke nochmals ausdrücklich, daß ich nur deshalb die Vernehmung des Herrn Beigeordneten beantragt habe, um demselben Gelegenheit zu geben, die gegen ihn erhobene Verleumdung des Strudberg zurückzuweisen. Ich halte den Herrn Beigeordneten für einen vollendeten Ehrenmann. — Damit ist die Vernehmung des Beigeordneten Diege erledigt.

Eine Böhlerin aus dem Reich der Nichtmündigen. Die kleine Elzge aus dem „Bar“-Leben, die wir dieser Tage an der Hand einer schöffengerichtlichen Verhandlung gaben, hat ihren Schlußakt gestern vor dem Schöffengericht gefunden. Wieder räumte sie, daß sie die von der Männerwelt bevorzugte Bar-Bebe, in großer Toilette-Figur „Geldstern“ auf die Anklagebank, um noch einmal die Gefächte von den beiden Ringeln, die sich auf ihre schlanken Finger verkrüppelt und von da den Weg zum Leihamt gefunden hatten, zu erzählen. Es handelte sich um zwei recht wertvolle Brillantringe, die die Angeklagte kurz hintereinander einem der in den Bars heimischen jungen Lebemannern abgeholt hatte. Den einen hatte er ihr freiwillig vorübergehend auf kurze Zeit überlassen, weil sie mit dem kleinen blühenden Sternlein eine Kollegin ärgern wollte, den andern, sehr kostbaren Ring hatte sie ihm nach seiner Behauptung in einer fröhlichen Morgenstunde dem Finger gezogen. Alle Bemühungen, die Ringe wiederzuerhalten, waren vergeblich. Die Angeklagte war sehr empört, daß ein galanter junger Mann, der ihr gestattete, seine Ringe anzufassen, eine Anklage wegen Diebstahls bezw. Unterschlagung gegen sie erheben könne. Die stilles Entrüstung stand ihr sehr gut zu Gesicht, ihre Behauptung aber, daß ihr die Ringe gestohlen seien, wurde durch die Verhandlung nicht gestützt. Auf ihren Antrag mußten zwei junge Kavaliere gestern vor Gericht erscheinen, die aber über die angebliche „Schlenkung“ nichts zu bekunden vermochten. So kam es, daß die empörte Dame zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

Polizei und Tageskunst. Am 26. Dezember v. J. hielt der Verband der Puser eine Matinee ab, in der der Duettschiff Gohlle in Gemeinschaft mit seiner Ehefrau eine Anzahl Lieder vortrug. Der Zeit war vorher dem Polizeipräsidenten eingereicht, welches einige der Lieder, insbesondere eins über den Völktauer-Prozess, beanstandete. Der Vorsitzende des Verbands der Puser,

der Maurer Schulz, hatte sich nun am 26. d. M. vor dem Schöffengericht zu verantworten. Es wurde ihm zur Last gelegt, daß bei der küniglichen Matinee vollständig nicht geschäftige Lieder vollständig Inhalt vorgelesen worden seien. Die mündliche Verhandlung ergab folgendes:

Das Polizeipräsident hatte seiner Zeit das Liederbuch Gohlles von Schulz eingefordert, behielt aber das Buch zurück und bezeugte nur dem Schulz einige Lieder, welche er nicht singen lassen durfte. In der That wurden denn auch diese beanstandeten Lieder nicht gesungen, wohl aber einige in dem Buch nicht enthaltene. Der Verteidiger des Angeklagten Rechtsanwalt Dr. Heinemann beantragte auf Grund dieses Sachverhalts die Freisprechung des Angeklagten und die Aufhebung der Kosten der Verteidigung an die Staatskasse. Zur Begründung dieses Antrags führte er aus, daß der Angeklagte gar nicht in der Lage gewesen sei, zu wissen, welche Lieder er singen oder nicht singen lassen durfte, da das Polizeipräsident durch das Behalten des Liederbuchs, also durch seine eigne Maßnahme, verhindert habe, daß der Angeklagte der Meinung, welche ihm das Polizeipräsident gab, nachkommen konnte. Im übrigen aber sei der Angeklagte den obigen Anträgen nachgekommen, denn diese gingen nur dahin, bestimmte Lieder nicht singen zu lassen. Damit aber war es dem Angeklagten gestattet, alle andern Lieder, welche es in der Welt giebt und die das Liederbuch nicht enthielt, unbehindert singen zu lassen. Das Gericht schloß sich diesen Ausführungen an, sprach den Angeklagten frei und legte die Kosten der Verteidigung der Staatskasse zur Last. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß dem Angeklagten keinerlei Verschulden treffe. Da die Polizei das Liederbuch behielt, konnte der Angeklagte nicht wissen, welche Lieder er singen lassen dürfe. Im übrigen sei in der That dem Angeklagten nur verboten, bestimmte Lieder zu singen und damit stillschweigend dem Angeklagten gestattet, alle andern Lieder, soweit sie nicht strafbaren Inhalts seien, vortragen zu lassen. Würde man die Anklage wörtlich nehmen, so müßte man dahin kommen, daß auch das Lied „Ich bin ein Preuße“ nicht hätte gesungen werden dürfen. Dies aber kann nicht gemeint sein. Da außerdem aber der Sachbestand rechtlich kompliziert liegt, richtigerweise sich auch der Antrag auf Aufhebung der Kosten an die Staatskasse.

Schnitz vor Schlichter. Vor der Strafkammer in Eisen hatte sich am 24. März der Polizeierkennnt Robert Pichhold aus Belsenkirchen wegen Mißbrauch seiner Amtsgewalt zu verantworten. Er hat einen Bergmann, den er angeblich wegen Ausbrechens einer Gaslaterne arrestiterte, auf dem Wege zur Wache und im Arrestlokal ganz grundlos mit dem Säbel geschlagen. Der Beschlagene mußte sich in ärztliche Behandlung begeben, war sogar eine Woche vollständig arbeitsunfähig. Der Staatsanwalt beantragte nur 6 Wochen Gefängnis. In Rücksicht auf die Robeit, mit der der Angeklagte vorgegangen, erlachte das Gericht aber auf 3 Monat Gefängnis. Nummer noch ein sehr mildes Urteil, wenn man es in Vergleich zieht zu denen, die gegen Streikführer gefällt werden.

Vermischtes.

Ueber das Unglück auf der Heinrichshütte werden aus Gattungen a. d. Ruhr noch folgende Einzelheiten gemeldet: In einem der beiden in Betrieb befindlichen Hochöfen entstand plötzlich eine Explosion, infolge deren ein Teil des Mauerwerks herausgeschleudert wurde. Dadurch verlor der eiserne Aufbau seinen Halt, das übrige Mauerwerk brach ebenfalls zusammen, und so stürzte der ganze Hochofen in sich zusammen, einen Teil der bei demselben beschäftigten Arbeiter mit in die schreckliche Glut reichend. Mehreren gelang es, sich im Sturze zu retten; andre wurden durch ihre Kameraden gerettet, von denen zahlreiche mehr oder minder schwere Verletzungen davon trugen. Unter den Verletzten befindet sich auch der Betriebschef Blauel, ein schon älterer Beamter. Nach vieler Mühe und Ausstrengung gelang es, fünf Leichen vermaglichter zu bergen, die zum Teil furchtbar verstümmelt und verbrannt waren. Ein Arbeiter wird noch vermisst. Getötet sind sechs Arbeiter. Generaldirektor Kommerzienrat Brauns aus Dortmund war bald zur Stelle, ebenso die Staatsanwaltschaft aus Bochum. Ueber die Ursache des Unfalls sind verschiedene Gerüchte verbreitet. Sicherer weiß man aber noch nicht. Welche Umstände haben sich in letzterer Zeit mehrfach auf Hochöfen ereignet, wenn auch die Folgen nicht so schlimm waren.

Die Pest. Aus Sydnen, 26. März, meldet der Draht: Im ganzen sind hier 36 Pestfälle vorgekommen, davon 13 mit tödlichem Ausgange. Ueber 5000 Personen wurden geimpft.

Marktpreise von Berlin am 26. März 1900

nach Eintheilungen des holl. Viehwirtschaftsministeriums		Schweinefleisch		Kühe	
Waren	Preis	Waren	Preis	Waren	Preis
Wolfs	15,10	Schweinefleisch	1,60	Kühe	1,10
Wolfs	14,20	Schweinefleisch	1,60	Kühe	1,10
Wolfs	14,10	Schweinefleisch	1,60	Kühe	1,10
Wolfs	14,10	Schweinefleisch	1,60	Kühe	1,10
Wolfs	14,10	Schweinefleisch	1,60	Kühe	1,10
Wolfs	14,10	Schweinefleisch	1,60	Kühe	1,10
Wolfs	14,10	Schweinefleisch	1,60	Kühe	1,10
Wolfs	14,10	Schweinefleisch	1,60	Kühe	1,10
Wolfs	14,10	Schweinefleisch	1,60	Kühe	1,10

*) Gemittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammern — Weiterverkauf — und umgerechnet vom Polizeipräsidenten für den Doppelcentner.

*) Kleinhandelspreise.

Produktionsmarkt vom 27. März. Weizen erntete in ziemlich leiser Haltung im Anstich an die, mit Ausnahme von Budapest, vorwiegend höheren Preisforderungen von den ausländischen Getreidehändlern. Insbesondere Holland war sehr fest bei Roggen, auch Paris meldete leicht anziehende Preise. Amerika durchschonlich unverändert. Im Frühlingsmarkt wurden Weizen und Roggen im Viehungsstand etwas höher gehalten, mittags war Roggen behauptet, Weizen etwas schwächer. Das Geschäft in eisernen Ware nahm einen überaus lebhaften, lebhaften Verlauf. Allgemein war Geschäftslust vorhanden. Ware war reichlich offeriert, besonders Ladungen, fand jedoch schwer Aufnahme; Preise neigten zur Abschwächung. Die Weizen-Berichtigungen Argentiniens sind wiederum bedeutend, Roggen in schwerer Verfassung, da man Rückwärtssehen der Ware beabsichtigt. Im Weizenmarkt war es sehr still, Weizenmehl sehr, Roggenmehl behauptet. Hafer lag sehr ruhig bei wenig veränderlichen Preisen. Für die Brauerei zeigte sich einige Frage zu niedrigeren Preisangeboten. Rüböl gab auf Realisationen 0,20 M. nach.

Am Spiritusmarkt wurden 15 000 Liter 70er loco mit 48,80 (unverändert) gehandelt.

Kartoffelabfälle. Rechte Kartoffelabfälle 10,50 M., prima reine Kartoffelabfälle disponibel 10,75 M., April 2000 — 20,25 M., Abfallende Prima-Quälitäten Stärke und Mehl disponibel 17,50 — 18,50 M. per 100 Kilogramm.

Witterungsübersicht vom 27. März 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer	Wind	Wolke	Temper.	Stationen	Barometer	Wind	Wolke	Temper.
Zwinnende	756	SW	2/3	1	Haparanda	753	SW	2/3	1
Danzburg	755	SW	2/3	1	Berodburg	759	SW	2/3	1
Berlin	756	SW	2/3	1	Leit	750	SW	2/3	1
Wiesbaden	755	SW	2/3	1	Koblenz	754	SW	2/3	1
München	755	SW	2/3	1	Paris	755	SW	2/3	1
Wien	757	SW	2/3	1					

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 28. März 1900.
Ein wenig wärmer, teils heiter, teils wollig mit geringen Niederschlägen und schwachen südlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.